

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25

VERBÄNDE



Thema: Nachhaltigkeitspolitik	29
DNR Intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Außerschulische Umweltbildung: Vielfältig. Modern. Nachhaltig	

THEMEN DES MONATS

US-Klimapolitik

Ein Riese wacht auf

Alle drei Kandidaten für das Präsidentenamt versuchen mit Klimapolitik Wahlkampf zu machen

Seite 2

Nanofood

Aus dem Labor auf den Teller

Schon bei knapp 100 Lebensmittelprodukten werden Nanomaterialien eingesetzt

Seite 4

Kleinwasserkraft

Small is not beautiful

Pauschale Wasserkraftförderung nützt weder dem Klima noch der Biodiversität

Seite 6

Interview: Privatisierung

„Wasser gehört in Bürgerhand“

Die Berliner Initiative gegen intransparente Wasserprivatisierung will Vorreiter für alle Kommunen sein

Seite 21

US-Klimapolitik

Ein Riese wacht auf

Alle drei Kandidaten für das Präsidentenamt versuchen mit Klimapolitik Wahlkampf zu machen

Zwar ist Umweltschutz kein zentrales Thema im US-Wahlkampf. Dennoch spricht einiges dafür, dass mit der Präsidentschaftswahl im November eine neue Ära in der nordamerikanischen Klimapolitik eingeläutet wird. Während die Bewerber mit dem einen oder anderen Umweltargument punkten können, blockiert der amtierende Präsident George W. Bush allerdings weiter jeden Anlauf für eine nationale Klimapolitik. ■ VON ARNE JUNGJOHANN, HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Dass im Kampf um die US-Präsidentschaft der republikanische Kandidat seinen demokratischen Konkurrenten vorwirft, sie hätten im Gegensatz zu ihm beim Klimaschutz wenig zu bieten, wäre bis vor Kurzem undenkbar gewesen. Doch hat sich mit Senator John McCain bei den Republikanern ein – wenn auch moderater – Überzeugungstäter in Sachen Klimaschutz durchgesetzt, der seinen Konkurrenten Barack Obama und Hillary Clinton bei diesem Thema wenig Angriffsfläche bietet. Auch wenn andere Themen in der Öffentlichkeit wichtiger sind: Der Klimaschutz ist auf der politischen Agenda in den letzten vier Jahren weit nach oben gerutscht. Keiner der Kandidaten kann es sich in diesem Wahlkampf leisten, ohne eine energie- und klimapolitische Strategie anzutreten.

Alle Kandidaten wollen mehr Klimaschutz

Auf republikanischer Seite genießt John McCain durch seinen schon 2001 in den Senat eingebrachten Vorschlag für ein Emissionshandelssystem (cap and trade) eine gewisse Glaubwürdigkeit in Sachen Klimaschutz. Aus zweierlei Gründen werden die Demokraten dennoch versuchen ihn anzugreifen. Zum einen ist sein jüngstes Abstimmungsverhalten im Senat zu Umwelt- und Klimathemen nach Zählung der Umweltverbände durch und durch anti-ökologisch. Zum anderen hat er programmatisch wenig zu bieten und setzt auf den Ausbau der Atomkraft.

Im Vergleich zu McCain können die beiden Kandidaten der Demokraten als umwelt- und klimapolitisch ambitioniert

eingestuft werden. Im direkten Vergleich schneidet Hillary Clinton besser ab. Ihr klimapolitisches Konzept ist das konkreteste.⁽¹⁾ Beim Emissionshandel setzt sie wie Obama auf anspruchsvolle Ziele – die Reduktion von Kohlenstoffdioxid bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 – und eine vollständige Versteigerung der Zertifikate. Ihre politische Erfahrung wird als Vorteil dafür gewertet, dass sie die USA erfolgreich in den UN-Klimaprozess zurückbringen kann.

Barack Obama hingegen ist in seinen Positionen nicht frei von Widersprüchen. Als Senator von Illinois hat er häufiger die Interessen der heimischen Kohleindustrie vertreten. Umweltverbände tragen ihm nach, dass er sich zunächst für die klimaschädliche Kohleverflüssigung (coal-to-liquid, CTL) eingesetzt hat. Auch sieht Obama die Nutzung der Atomkraft als notwendiges Übel einer klimaverträglichen Energieversorgung an. Andererseits spricht er sich klar gegen das umstrittene atomare Endlager in Nevada aus. Insgesamt sind seine Aussagen zum Klimaschutz wenig konkret.⁽²⁾ Wer von den beiden demokratischen Kandidaten sich durchsetzt, entscheidet sich voraussichtlich im Frühsommer.

Bush und das Ende einer überholten Energiepolitik

Die Energiepolitik von Präsident George W. Bush hat sich in den letzten Jahren auf die Ausweitung des Energieangebots konzentriert. Den großen Energiemultis wurde das Bohren nach Erdöl durch niedrigere Umweltstandards und großzügige Steuernachlässe erleichtert. Doch die Debat-

ten über Energiesicherheit, Irakkrieg und Klimawandel haben die amerikanische Öffentlichkeit und inzwischen auch etliche Republikaner von der Notwendigkeit überzeugt, mehr Augenmerk auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu legen. Nach mehr als einem Jahr Diskussion zwischen beiden Parlamentskammern und dem Weißen Haus wurde im vergangenen Dezember ein Energiepaket verabschiedet. Erstmals seit rund 30 Jahren werden die Verbrauchsrichtlinien für Kraftfahrzeuge, die sogenannten CAFE-Standards, angehoben. Die Produktion von Ethanol soll bis 2022 verfünffacht, die Energieverbrauchsstandards für Kühlschränke, Waschmaschinen und andere Elektrogeräte sollen verschärft werden. Die Umsetzung der Vorgaben soll bis 2020 rund 60 Großkraftwerke einsparen. Ohne das drohende Veto des Präsidenten wäre das Energiepaket allerdings anspruchsvoller ausgefallen.

Eine nationale Klimapolitik hat in den letzten Jahren in den USA unter Bush faktisch nicht stattgefunden. Nach der Ablehnung des Kyoto-Protokolls im Frühjahr 2001 hatte die Bush-Regierung ihre Aktivitäten auf freiwillige Vereinbarungen und einzelne Technologieprogramme beschränkt. Doch der totale Stillstand ist immerhin vorbei. Ein aktuelles Gesetzgebungsverfahren im Senat steht für den sich abzeichnenden Wandel der US-Klimapolitik. Der America's Climate Security Act hat die Einführung eines US-weiten Emissionshandels im Jahr 2012 zum Ziel. Mit ihm soll bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgase um knapp 60 Prozent gegenüber 1990 gelingen. Anfangs soll rund ein Viertel aller Emissionsrechte

versteigert werden. Die Einnahmen aus der Versteigerung sollen für Investitionen in klimafreundliche Technologien, Energiesubventionierung für einkommensschwache Haushalte und die Anpassung an den Klimawandel in den USA verwendet werden. ⁽³⁾ Noch liegt viel Arbeit vor den Initiatoren des Gesetzentwurfes. Von den für eine Mehrheit erforderlichen 60 Stimmen im Senat fehlen noch etwa 15. Viele Senatoren werden erst dann zustimmen, wenn Branchen ihres Heimatstaates über Sonderregeln für bestimmte Industriezweige begünstigt werden.

Candidates zu Renewables

Bei den Demokraten kämpfen noch zwei PolitikerInnen um die US-Präsidentschaftskandidatur im November: Hillary Clinton (59, Juristin, Senatorin von New York) und Barack Obama (47, Jurist, Senator von Illinois). Für die Republikaner tritt John McCain (71, militärische Laufbahn, Senator von Arizona) an. Zur Förderung erneuerbarer Energien äußern die drei unter anderem:

Hillary Clinton: „Ein 50-Milliarden-Dollar-Fonds für strategische Energiefinanzierung – teilweise gespeist von Ölkonzernen – soll Investitionen in alternative Energien fördern und unsere Ökonomie in Richtung erneuerbare Energiequellen umgestalten, mit Regenerativanteilen bei Strom von 25 Prozent bis 2025 und mit 60 Milliarden Gallonen selbst angebauter Biokraftstoffe, die bis 2030 für Autos und Lkw zur Verfügung stehen sollen.“

Barack Obama „will 150 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren investieren, um die nächste Generation Biokraftstoffe zu fördern, und einen 25-prozentigen Erneuerbaren-Portfolio-Standard etablieren, um 25 Prozent des in den USA verbrauchten Stroms durch saubere, nachhaltige Energiequellen zu erzeugen.“

John McCain: „Ich will die Entwicklung von Infrastrukturen und Marktanteilen für diese Produkte fördern und dann die Konsumenten über die Gewinner entscheiden lassen.“

Damit der Gesetzentwurf in Kraft treten kann, müsste auch das Repräsentantenhaus die Vorlage beschließen und der amtierende Präsident das Gesetz unterschreiben. Ersteres ist wenig realistisch, Letzteres undenkbar. Dennoch forcieren die Demokraten im Senat das Tempo. Sie haben ein Interesse daran, sich als treibende Kraft beim Klimaschutz zu profilieren und den politischen Gegner als Verhinderer darzustellen. Beobachter werten die Gespräche im Senat aber auch als wichtige Trockenübung für den Ernstfall im nächsten Jahr, wenn ein neuer Präsident im Amt ist, der den Emissionshandel befürwortet.

Klimapolitik in den Mühlen des Wahlkampfes

Welche energie- und klimapolitischen Initiativen in diesem Jahr im Kongress noch ernsthaft verfolgt werden, wird vor allem durch wahltaktische Motive entschieden. Vor allem die Demokraten rechnen sich gute Chancen aus, mit Klimapolitik im Wahlkampf zu punkten. Dies gilt sowohl für die Wahl um die Präsidentschaft als auch für die Wahlen zum Repräsentantenhaus und den Senat. Einige altgediente Abgeordnete der Republikaner haben angekündigt, für den nächsten Kongress nicht mehr zu kandidieren. Der zu erwartende Generationenwechsel wird dazu beitragen, dass klimapolitische Initiativen bessere Erfolgsaussichten haben.

So wie viele Bundesstaaten und Städte hat auch der US-Kongress mit seinen Aktivitäten in den letzten Jahren den Boden dafür bereitet, dass die nächste Regierung das nachholen kann, was unter George Bush beim nationalen Klimaschutz versäumt wurde. So ist es sehr wahrscheinlich, dass 2009 oder 2010 ein Gesetz zur Einführung des Emissionshandels beschlossen und eine US-weite Erneuerbare-Energien-Quote eingeführt wird. Die seit 2005 geltenden Steuererleichterungen für Energiemultis dürften unter einem demokratischen Präsidenten mindestens in Teilen wieder abgeschafft werden. Insgesamt ist absehbar, dass mit der Wahl des US-Präsidenten eine neue Ära im US-Klimaschutz eingeleitet wird.

Für die internationalen Klimaverhandlungen wird sich ein Wechsel im Weißen Haus positiv auswirken. Doch ist davor zu warnen, die Erwartungen zu hoch zu schrauben. In den USA wächst zwar die Einsicht, dass das Land nicht länger als Zuschauer am Rande stehen kann. Zudem ist zu erwarten, dass eine neue US-Regierung die Klimapolitik als strategisch wichtiges Politikfeld entdeckt, um die transatlantischen Beziehungen und das Ansehen der USA weltweit zu verbessern. Andererseits wird jeder künftige US-Präsident einem neuen Klimavertrag nur dann zustimmen, wenn den großen Entwicklungsländern wie China und Indien ebenfalls Verpflichtungen zum Klimaschutz abverlangt werden. Diese Forderung ist parteiübergreifender Konsens und Voraussetzung dafür, dass auch im Senat eine Mehrheit für die Ratifizierung erreicht wird. Eine zweite Hürde wird das zu vereinbarendes Minderungsziel für die USA sein. Der durch die Klimakonferenz in Bali vorgegebene Korridor sieht Ziele zwischen 25 bis 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 für Industrieländer vor. Demgegenüber ist davon auszugehen, dass im US-Klimagesetz das Ziel für 2020 moderater ausfallen wird. Der jetzige Vorschlag sieht ein Minderungsziel von minus 19 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 2005 vor.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.hillaryclinton.com/files/pdf/poweringamericasfuture.pdf
- ▶ (2) Für einen Vergleich zwischen allen Kandidaten siehe www.lcv.org/voterguide und www.brookings.edu/papers/2008/0129_climate_change_antholis_Opp08.aspx (Zitate im Kasten)
- ▶ (3) www.lieberman.senate.gov/newsroom/release.cfm?id=285619

Arne Jungjohann ist Politikwissenschaftler und leitet das Umweltprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington DC. Davor war er energie- und klimapolitischer Berater der Grünen im Bundestag.

Kontakt:
Tel. +1 202 / 462-7512,
Fax -5230
E-Mail: arne@boell.org
www.boell.org



Nanofood

Aus dem Labor auf den Teller

Schon bei knapp 100 Lebensmittelprodukten werden Nanomaterialien eingesetzt

Sie sind in Wurstwaren, Nahrungsergänzungsmitteln oder Getränken: Nanopartikel stecken unerkannt in Lebensmitteln, auch in Deutschland. Eine Studie hat erstmals ermittelt, wo Nanotechnologie im Ernährungsbereich angewendet wird. Auch Risiken wurden aufgelistet, wie die Schädigung von Organen, Immunabwehr oder Erbsubstanz. Die Bundesregierung sieht keinen neuen Regelungsbedarf. Umweltverbände fordern ein Moratorium. ■ VON KATJA VAUPEL, BUND

■ Weitgehend unbekannt von der Öffentlichkeit spielen sich auf dem Lebensmittelmarkt derzeit tiefgreifende Veränderungen ab: Synthetische Nanomaterialien werden immer mehr Nahrungsmitteln zugefügt, finden sich in Lebensmittelverpackungen und Küchenutensilien und gelangen durch Agrochemikalien direkt in die Umwelt. Etwas Licht in das Dickicht des Nano-Lebensmittelmarktes will nun das weltweite Umweltnetzwerk Friends of the Earth mit der ersten Veröffentlichung ihrer Art bringen: Die im März veröffentlichte Studie⁽¹⁾ zeigt, in welchen Bereichen der Lebensmittelherstellung, -verpackung, Küchenausstattung und Landwirtschaft Nanomaterialien bereits angewendet werden, welche Risiken für Mensch und Umwelt damit verbunden sein können und wie es um die Gesetzgebung steht. An der Erarbeitung beteiligt waren der deutsche Zweig von Friends of the Earth, der BUND, und seine Partnerorganisationen in Australien, Europa und den USA.

Länger haltbare Nano-Wurst

Nanomaterialien werden bereits jetzt etlichen Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln zugesetzt. Weltweit sind schon rund 600 Nanolebensmittel und 400 bis 500 Nanoverpackungen auf dem Markt, Tendenz steigend. Nanotechnologie wird zum Beispiel angewendet,

- ▶ um Nahrungsmittel wie Erfrischungsgetränke, Speiseeis, Schokolade und Chips als „gesunde“ Lebensmittel vermarkten zu können, indem der Mineral- und Vitamingehalt erhöht wird;
- ▶ um bestimmte Produkteigenschaften zu

erzielen, indem etwa nanopartikuläres Siliziumdioxid pulverförmigen Lebensmitteln wie Kochsalz, Gemüsebrühe, Gewürzmischungen und Puderzucker als Rieselhilfe zugesetzt wird;

- ▶ um aktive Substanzen wie Vitamin A und E, Omega 3 oder Koenzym Q 10 – in Nanokapseln eingeschlossen und enthalten in Fleisch-, Milch- oder Backwaren – durch das Verdauungssystem zu schleusen, sodass sie erst an ihrem gewünschten „Einsatzort“ im Körper wirksam werden;
- ▶ um stärkere Geschmacks- und Farbstoffe sowie Verarbeitungshilfen zu entwickeln, wodurch die Produktionskosten gesenkt werden können.

Schon weit verbreitet ist auch der Einsatz von Nanomaterialien im Bereich von Lebensmittelverpackungen sowie Küchenutensilien und -geräten. So werden Nanomaterialien verwendet, um Verpackungen und Küchenprodukte antibakteriell zu beschichten.

Durch die Blut-Hirn-Schranke

Wegen der fehlenden Kennzeichnungspflicht ist es jedoch äußerst schwierig festzustellen, bei welchen Produkten Nanomaterialien eingesetzt werden. Dennoch konnten in der Studie knapp 100 Nanoprodukte zusammengetragen werden. Darunter sind Lebensmittelzusatzstoffe von BASF und Evonik Degussa, die beispielsweise in Getränken oder Salz und Gemüsebrühen zugesetzt werden, Zusatzstoffe der deutschen Firma Aquanova, die unter anderem für Wurstwaren gedacht sind, oder Nahrungsergänzungsmittel für Kinder von Vitafoan.

Als Nanomaterialien werden in der Regel Materialien bezeichnet, die in mindestens einer Dimension – Länge, Breite oder Höhe – kleiner als 100 Nanometer sind. Zum Vergleich: Ein menschliches Haar ist etwa 80.000 Nanometer dick. Materialien und Partikel in dieser Größe unterscheiden sich in vielen Fällen von größeren Teilchen der gleichen chemischen Zusammensetzung. Nanopartikel können eine andere Farbe, Leitfähigkeit, Festigkeit oder Löslichkeit besitzen, sie können aber auch leichter chemisch und biologisch reagieren. Wegen ihrer geringen Größe gelangen sie leichter in den menschlichen Körper und überwinden auch biologische Grenzen wie die Plazenta- oder die Blut-Hirn-Schranke.

In Nanogröße giftiger

Obwohl es bisher noch viel zu wenige Untersuchungen gibt, mehren sich die Hinweise, dass viele synthetische Nanomaterialien toxischer sind als die gleichen Substanzen in größerem Format. So zum Beispiel Titandioxid: Es wird in Makroform häufig als chemischer Zusatzstoff in Nahrungsmitteln verwendet. Als Nanopartikel oder auch schon als Partikel mit einer Größe von einigen hundert Nanometern kann es zu Nieren- und Leberschäden führen. Versuche im Reagenzglas ergaben außerdem, dass nanoskaliges Titandioxid die Erbsubstanz DNS und die Zellfunktionen schädigen und die Abwehrmechanismen von Immunzellen beeinträchtigen kann.

Zink-Nanopartikel zeigten bei Tierversuchen, dass sie schwere Organschäden und Blutarmut verursachen können. Bei Silber im Nanoformat – eingesetzt zum

Beispiel in Lebensmittelverpackungen – wurde festgestellt, dass die antibakterielle und zytotoxische (Gewebezellen schädigende) Wirkung noch verstärkt wird, da eine größere Anzahl von Ionen freigesetzt wird. So wirkten Nanopartikel aus Silber hochgiftig auf Keimzellen von Mäusen und Leberzellen von Ratten.

Es besteht ferner der Verdacht, dass eine erhöhte Aufnahme von Nanopartikeln und Kleinstpartikeln mit wenigen hundert Nanometern Größe zu einer Erkrankung an Morbus Crohn beitragen kann. Morbus Crohn ist eine chronische Darmentzündung, die zu Krebs führen kann. Einige Studien zeigen auch, dass nicht abbaubare Nanomaterialien, die nicht akut giftig sind, sich im Körper anreichern und langfristig zu Komplikationen wie Blutgerinnseln oder auch Krebs führen können.

Sicherheitsstandards gibt es nicht einmal für Lebensmittel

Auch Studien über die Wirkung von Nanomaterialien auf die Umwelt sind Mangelware. Die wenigen, die es gibt, zeigen, dass Nanomaterialien umweltschädlich sein können: Zwei der am häufigsten verwendeten Nanomaterialien, Titandioxid und Zinkoxid, können für Algen und Wasserflöhe, die als Indikatoren für die Ökotoxizität verwendet werden, giftig sein. Einige Wasserorganismen scheinen Nanomaterialien anzureichern; ob sie auch über die Nahrungsketten weitergeben werden, muss dringend erforscht werden. Es besteht auch der Verdacht, dass das erhöhte Vorkommen von hochwirksamen antibakteriellen Nanomaterialien wie Nanosilber im Abwasser die Funktionsweise von nützlichen Bakterien in der biologischen Abwasseraufbereitung und in der Umwelt stört. So könnte zum Beispiel der Stickstoffausgleich in Süß- und Salzwassermilieus aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Außerdem ist zu befürchten, dass die weitverbreitete Verwendung von antibakteriellen Stoffen schädliche Bakterien resistenter machen könnte.

Die Royal Society, Großbritanniens angesehenste Wissenschaftlervereinigung, und die Royal Academy of Engineering haben

dazu aufgerufen, die Freisetzung von Nanomaterialien in die Umwelt „weitestgehend zu vermeiden“ sowie „die bewusste Freisetzung zu verbieten, bis gesicherte Erkenntnisse vorliegen, dass die Vorteile die Risiken bei Weitem übersteigen.“ Doch die Industrie bringt fleißig neue Nanoprodukte auf den Markt und die Gesetzgebung hinkt hinterher: Weltweit gibt es bislang keinerlei verbindliche Sicherheitsstandards und -tests für Nanoprodukte, auch nicht für deren Einsatz im Lebensmittelbereich.

Regierung sieht „keinen Veränderungsbedarf“

Auch die deutsche Bundesregierung sieht „gegenwärtig grundsätzlich keinen Veränderungsbedarf bei bestehenden Gesetzen und Verordnungen aufgrund nanotechnologischer Entwicklungen“. (2) Der BUND fordert daher ein Moratorium für den Einsatz von Nanomaterialien bei Lebensmitteln, Zusatzstoffen und Nahrungsergänzungsmitteln, aber auch für Verpackungen und Küchenutensilien, aus denen Nanomaterialien in Lebensmittel überge-

hen können, sowie für Nano-Agrochemikalien. Dieses soll bestehen, bis wirksame Regulierungen in Kraft sind, eine umfassende Risikobewertung stattgefunden hat und Wahlfreiheit für VerbraucherInnen gewährleistet ist.

Anmerkungen

- (1) BUND (Hrsg.): Aus dem Labor auf den Teller. Die Nutzung der Nanotechnologie im Lebensmittelsektor. Berlin 2008, 62 S., kostenlos. Bezug: BUND, Tel. +49 (0)30 / 27586469, E-Mail: info@bund.net. Download (PDF, 1,8 MB): www.kurzlink.de/nanofoodstudie
- (2) Bericht der Bundesregierung vom 30.08.2007 <http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606337.pdf>

Katja Vaupel ist Soziologin und ist als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Chemikalienpolitik und Nanotechnologie beim BUND in Berlin tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
27586-423, -422,
E-Mail:
katja.vaupel@bund.net
www.bund.net/chemie



Nanopartikel können Schadstoffe transportieren

Grundwasseruntersuchungen in Vietnam haben erstmals den Schadstofftransport mittels natürlicher Nanopartikel in die Tiefe des Bodens nachgewiesen. Der Einsatz von chemischen Kampfstoffen während des Vietnamkrieges Ende der Sechziger- und Anfang der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts war enorm. Studien belegen, dass darin enthaltene Dioxine bis heute die oberen Bodenschichten verunreinigen. Das Grundwasser wurde allerdings nicht untersucht, weil man davon ausging, dass durch den klassischen Transport mit dem Regen- und Bodenwasser das Dioxin höchstens 10 Zentimeter in die Tiefe gelangt sein könne. Doch Geowissenschaftler der Universität Wien fanden jetzt heraus, dass Dioxine mittels Nanopartikeln auch bis ins 20 Meter tiefe Grundwasser gelangen. Mit dem zunehmenden Einsatz synthetischer Nanopartikel ist zukünftig auch mit einem vermehrten Eintrag in Boden und Wasser zu rechnen.

Forscher der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich haben festgestellt, dass Schwermetalle aus Bergbaugebieten wie etwa dem Grenzgebiet von Thüringen und Bayern durch Nanopartikel über mehrere hundert Kilometer in Fließgewässern transportiert werden. Wo sich die sauren Bergbauabwässer mit neutralem Bachwasser mischen, bilden sich weißliche, watteartige Aluminiumflocken von etwa einem Nanometer Größe, die für mehrere Wochen stabil bleiben. Die Schwermetalle, die in den Abwässern der Bergwerke vorhanden sind, werden an diese Partikel chemisch gebunden und mit ihnen flussabwärts transportiert.

- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Nanotechnologieexperte Oliver Kalusch, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 2140-32, E-Mail: bbu-bonn@t-online.de, www.bbu-bonn.de

Naturschutz und Energieerzeugung

Small is not beautiful

Pauschale Wasserkraftförderung nützt weder dem Klima noch der Biodiversität

Die gegenwärtige Förderpraxis für Kleinwasserkraft verbindet ökonomische Ineffizienz mit der Verletzung des Verursacherprinzips. Denn der Ausgleich gewässerökologischer Schäden, den europäische Richtlinien aus gutem Grund verlangen, ist für kleine Wasserkraftwerke zu teuer. Trotzdem teilt die öffentliche Hand weiter Subventionen aus – als Beitrag zum Klimaschutz. Für den bringen die Minikraftwerke aber kaum etwas. ■ VON MICHAEL BENDER, DNR

Erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Die Bundesregierung will ihren Anteil an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 20 Prozent steigern. Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen werden deshalb durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert – und ebenso die Wasserkraft.

Doch genau die hat nun die bayerischen Naturschutzverbände auf den Plan gerufen: „4.250 Wasserkraftanlagen von bundesweit rund 7.700 finden sich an Bayerns Fließgewässern und erzeugen rund 13.000 Gigawattstunden Strom im Jahr“, schreiben die Umweltschützer des Freistaats in einem gemeinsamen Papier. 92 Prozent der Elektrizität würden allerdings von nur 219 Anlagen bereitgestellt – vor allem an den alpinen Donau-Nebenflüssen Isar, Inn, Lech und Iller. Dagegen erbrächten die über 4.000 Kleinwasserkraftanlagen mit einer Leistung unter 1.000 Kilowatt zusammen nur acht Prozent. „Sie leisten damit einen sehr geringen Beitrag zum Klimaschutz, zerstören aber massiv Fließgewässerlebensräume“, empören sich die Verbände.

Viel Naturverlust für wenig Klimaschutz

Bei der „Kleinen Wasserkraft“ steht häufig gar nicht die Energieerzeugung im Vordergrund. Viele Anlagen sind vor allem eine Liebhaberei der Betreiber. Was diese nicht wissen oder nicht wissen wollen: Nur in den wenigsten Fällen – etwa wenn Wasserräder oder sogenannte Wasserschnecken eingesetzt werden – halten sich die Schäden für die Fischfauna in Grenzen.

Die Betreiber kleiner Wasserkraftwerke erhalten nicht nur Subventionen, ohne

einen erkennbaren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Sie beteiligen sich auch nicht an der Wiedergutmachung des von ihnen verursachten Schadens an der Gewässerökologie. Dieser Schadensausgleich ist aber kein Akt des guten Willens, sondern eine Forderung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Deren Standards bringen die Kleinanlagen sehr schnell in die roten Zahlen. Die Errichtung von geeigneten, gut auffindbaren Fischaufstiegsanlagen und Fischabstiegen mit ausreichenden Restwassermengen und der Ausgleich der sonstigen gewässerökologischen Schäden lassen einen wirtschaftlichen Betrieb kleiner Wasserkraftanlagen nicht zu – nicht einmal mit der geplanten höheren EEG-Förderung.

Auch Fischaufstiegsanlagen sind Hindernisse

Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, hantieren die einschlägigen Interessenverbände mit den unsinnigsten Argumenten. „Der Lachs ist keine einheimische Art“, hieß es etwa in einer Stellungnahme des Verbandes kleiner Wasserkraftbetreiber zur letzten EEG-Novelle. Bei ungebremsster Weiterentwicklung der Wasserkraft wird nach dieser Logik wohl auch der Aal nicht mehr lange zu unseren einheimischen Arten gehören. Ein regelrechter Fischversteher muss dagegen ein Kleinwasserkraft-Lobbyist aus Baden-Württemberg sein. Bei einer Anhörung im Umweltbundesamt versicherte er: „Meine Fische wollen gar nicht wandern.“

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Die Überprüfung von funktionierenden Fischpässen ergab an kleineren Ge-

wässern Aufstiegszahlen von bis zu 10.000 Fischen pro Tag, auch von kleineren Arten und Jungfischen. Schon der Betrieb einer überschaubaren Anzahl von Wasserkraftanlagen mit funktionierendem Fischpass führt aber durch die kumulierte Wirkung dazu, dass im Oberlauf keine reproduktionsfähigen Bestände von Fischarten wie dem Aal aufgebaut werden können.

Vor allem Aale sterben in den Turbinen

Das läuft europäischen Schutzbestimmungen zuwider, so zum Beispiel der im vergangenen September in Kraft getretenen Aalverordnung. Die vom Aussterben bedrohten Aale sind mit ihrem langen, schmalen Körper besonders in Gefahr. In den Wanderzeiten werden sie regelmäßig von den Turbinen zerhäckselt, wenn sie versuchen, flussabwärts in die Meere zu gelangen.

Bei bestehenden Anlagen müssen deshalb dringend ökologische Verbesserungen durchgesetzt werden, um die Schädigung, Tötung und Verstümmelung von Fischen beim Turbinendurchlauf zumindest einzuschränken. Jeder, der einmal Aale mit Quetschungen vom Turbinenrechen gesehen hat, wird das schon allein aus Tierchutzgründen für geboten halten.

Der Aufstau von Wasser für die Energieerzeugung ist laut Artikel 9 der Wasserrahmenrichtlinie als sogenannte Wasserdienstleistung zu behandeln. Das trifft im Übrigen auch für den Zweck der Schiffbarkeit zu. Die Umsetzung der Richtlinie in bundesdeutsches Landesrecht ist in diesem Punkt allerdings mangelhaft. Die im Europäischen Umweltbüro (EEB) zusammengeschlossenen Verbände haben das

gemeinsam mit dem WWF in einer strategischen Beschwerde bei der Europäischen Kommission angemahnt. Das inzwischen von der EU-Kommission gegen Deutschland und zehn weitere Mitgliedstaaten eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren greift auch diesen Aspekt auf. Doch statt darauf einzugehen, sieht der Entwurf des Bundesumweltministeriums zum neugefassten EEG vor, die Vergütung für kleine Anlagen bis 500 Kilowatt von 9,67 Cent je Kilowattstunde erzeugten Stroms auf 12,67 Cent zu erhöhen.

Wandernde Fischarten auf der Roten Liste

Die Aalverordnung, die EU-weit eine schadenfreie Abwanderquote von mindestens 40 Prozent der Tiere verbindlich vorschreibt, lässt sich am wirkungsvollsten

mit dem Abbau von unnötigen Querbauwerken und von ökologisch unverträglichen Wasserkraftanlagen in den Flüssen umsetzen.

Wenn aber, wie geschehen, sogar ein Umweltverband die Errichtung einer Wasserkraftanlage am Wehr Geesthacht bei Hamburg fordert – also am einzigen Wehr im deutschen Elbestrom überhaupt – und gleichzeitig die geplante Errichtung eines Fischaufstiegs an dieser Stelle als überdimensioniert kritisiert, stellt sich die Frage, ob dort der Naturschutz noch als wichtiges Vereinsziel betrachtet wird.

Mehr als ein Drittel der Süßwasserfische in Europa sind nach Angaben der Weltnaturschutzunion IUCN vom Aussterben bedroht. Das gilt für Stör, Lachs, Meeresforelle und andere europaweit geschützte Arten, die zur Reproduktion in

die Flüsse wandern, aber auch für andere Fische, die auf strukturreiche Fließgewässer und Auen angewiesen sind. Um sie zu schützen, brauchen wir nicht nur Naturschutzgesetze, sondern auch eine Energiepolitik mit Augenmaß – gerade in Zeiten des Klimawandels.

Michael Bender ist Wasserexperte und arbeitet seit 20 Jahren für verschiedene Umweltverbände. Unter anderem koordiniert er das bundesweite Netzwerk „Unser Wasser“ und den DNR-Gesprächskreis Wasser.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
443391-44, Fax -33,
E-Mail: michael.bender@
grueneliga.de,
www.wrrl-info.de



Foto: NASA (www.nasa.gov)

LegasDeaney.de

Verändern Sie die Welt durch Lesen.

Für 12 Euro erhalten Sie ausgewählte Zukunftsliteratur zum Lesen und Verschenken



Global Marshall Plan

Balance the world
with an Eco-Social Market Economy

Im Jahr 2006 umfasste das Abo 31 Bücher im Wert von € 319! Unterstützen Sie unsere Initiative. Für € 12 / Studierende € 6 im Monat schicken wir Ihnen mehrmals im Jahr kostenlos relevante Literatur zu. Ohne, dass weitere Kosten für Sie entstehen. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.globalmarshallplan.org/buchabo, Tel 0049-40-822904-20, Fax -21 oder info@globalmarshallplan.org.

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Verpackungsverordnung

Fünfte Novelle kommt 2009

■ Nachdem der Bundestag Ende Februar den vom Bundesrat eingebrachten Änderungen zugestimmt hat, kann die fünfte Novelle der Verpackungsverordnung (VerpVO) Anfang 2009 in Kraft treten. Zukünftig sollen alle Verpackungen, die zu privaten Endverbrauchern gelangen, bei dualen Systemen lizenziert werden. Verreiber von Verpackungen müssen Mengen und Verbleib in Vollständigkeitserklärungen dokumentieren, um die Transparenz bei der Entsorgung zu erhöhen. Dies gilt bereits für Verpackungen, die ab dem Tag der Verkündung – geplant ist der April – in Verkehr gebracht werden. Damit will die Bundesregierung verhindern, dass Trittbrettfahrer ihre Abfälle auf Kosten anderer entsorgen. Für bis zu einem Viertel der Verkaufsverpackungen – so Schätzungen – sei unter der alten Verordnung kein Geld geflossen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte, dass die Wende zu einer Kreislaufwirtschaft auch mit dieser Novelle nicht gelungen sei. [jg]

► www.kurzlink.de/DUH_VerpVO

Getränkeverpackungen

Mehrweg unter 30 Prozent

■ Die Mehrwegquote für Getränkeverpackungen ist in Deutschland erstmals unter 30 Prozent gefallen. Wie die „Welt“ im März berichtete, ermittelte die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für 2007 bei alkoholfreien Getränken nur noch eine Quote von durchschnittlich 30 Prozent. Vor der Einführung des Pflichtpfandes auf Dosen zum Jahreswechsel 2003 waren es noch über 50 Prozent.

58 Prozent der alkoholfreien Getränke wurden in Plastik-Einwegflaschen verkauft. Danach folgen laut GfK Glas-Mehrweg mit 15,5 Prozent und Plastik-Mehrweg mit 14 Prozent. Kartons und Dosen spielten kaum noch eine Rolle. Bei Bier liege die Mehrwegquote zwar bei 90 Prozent, dennoch befürchteten kleinere Brauereien wirtschaftliche Schäden. VerbraucherInnen könnten durch die generelle Pfandpflicht nicht mehr zwischen Ein- und Mehrweg unterscheiden. Kritiker bemängeln, dass nun das Gegenteil von dem eintrete, was eigentlich erreicht werden sollte. Die Mehrwegquote in Deutschland könne bald wie in Österreich und der Schweiz unter 20 Prozent liegen. [jg]

► www.umweltjournal.de/fp/archiv/AfA_recycling/11861.php

Altautos

Schrotberge wachsen

■ Im Jahr 2030 werden in den EU-25-Staaten (ohne Rumänien und Bulgarien) fast 19 Millionen Altautos anfallen – das wäre ein Anstieg um mehr als 50 Prozent im Vergleich zu 2005. Zwischen 2005 und 2015 wird ihre Zahl bereits um ein Viertel auf 13,5 Millionen steigen – was einem Schrotberg von etwa 17 Millionen Tonnen entspricht. Das berechnete eine Untereinheit der Europäischen Umweltagentur, das European Topic Centre on Waste and Material Flows (ETC/RWM), in einer Studie.

Laut der EU-Altautorichtlinie, die in Deutschland 2002 mit der Altfahrzeugverordnung umgesetzt wurde, sollen Autos so konstruiert werden, dass die Demontage, das Wiederverwenden und Verwerten von Altfahrzeugen, ihren Bauteilen und Werkstoffen erleichtert werden. Zudem sollen sie kein Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertiges Chrom enthalten. 2015 soll eine Recyclingquote von 85 Prozent erreicht sein. Allerdings war bisher nicht mit so hohen Zahlen gerechnet worden. Die Studie gibt auch Hochrechnungen für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten an. [jg]

► ETC/WRM, Kopenhagen, Tel. +45 (0)72 / 546160, E-Mail: etc@etc.mim.dk
 ► www.kurzlink.de/altauto-studie

UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter www.oekom.de/gaia



EU-Abfallpolitik

Immer mehr Müllexporte

■ Seit 1997 sind die Abfallexporte aus EU-Mitgliedstaaten deutlich gestiegen, zumeist aus wirtschaftlichen Gründen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Europäischen Ressourcen- und Abfallmanagementzentrums (Eionet), einer Untereinheit der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen. Bei Kontrollen fielen zudem immer wieder illegale Praktiken auf.

In der Dekade von 1995 bis 2005 habe es einen signifikanten Anstieg der Verbringung sowohl von gefährlichen und problematischen als auch ungefährlichen Abfällen gegeben, so Eionet. In diesen zehn Jahren hätten sich die Transporte in außereuropäische Länder versechsfacht. Bei gefährlichem Müll gab es in den 15 alten EU-Staaten zwischen 1997 und 2003 einen Mengenanstieg um 28 Prozent. Außerdem wurden laut der Studie große Mengen Papier und Metall als Sekundärrohstoffe nach Asien exportiert.

Eionet kritisiert, dass die Qualität und Glaubwürdigkeit der übermittelten Daten über die Verbringung von Abfällen zu wünschen übrig ließen. Die Kodierung erfolge auf der Grundlage der Basel-Konvention, sei aber so allgemein gehalten und werde von Land zu Land so unterschiedlich interpretiert, dass nicht immer ersichtlich sei, um welche Art von Abfall es sich handle. Bei mehr als einem Drittel aller Abfälle sei unklar, woraus sie wirklich bestünden. Das Eionet-Zentrum empfiehlt, stattdessen die Kodierung der Europäischen Abfallliste zu verwenden. [jg]

► www.kurzlink.de/eionet-studie

Industrieunfälle

EU prüft Seveso-Richtlinie

■ Die EU-Kommission will überprüfen, ob die Seveso-II-Richtlinie noch angemessen ist, um bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen Mensch und Umwelt zu schützen. Hierzu hat sie eine Studie in Auftrag gegeben, die die Umsetzung und

Effektivität der Regeln in den Mitgliedstaaten überprüfen und eine Erhebung der Meinung von Interessengruppen beinhalten soll. Eine Konsultation hierzu endete am 28. März, noch in diesem Jahr soll ein Entwurf vorliegen. [jg]

- Konsultation: www.f-seveso.eu-vri.eu
- Hintergrund: www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l21215.htm

Industrie-Störfälle

Transparenz gefordert

■ Ein breites Bündnis von Umweltverbänden hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel aufgefordert, alle Informationen zu Störfällen in der Industrie offenzulegen. Bislang würden Angaben zu Unfällen nur anonymisiert veröffentlicht, sodass die Verursacher nicht bekannt würden. Das verstößt nach Meinung von BUND, DNR, Greenpeace, NABU und weiteren Verbänden gegen die Umweltinformativpflicht. Medien und Umweltverbände hätten keine Möglichkeit, eine Unfallbilanz einzelner Firmen zu erstellen. Sicherheitsrelevante Informationen dürften der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Initiatoren des Vorstoßes beim Minister waren die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Seit 1993 erfasst die Zentrale Melde- und Auswertestelle für Störfälle (ZEMA) im Umweltbundesamt alle nach der Störfallverordnung meldepflichtigen Ereignisse. Die ZEMA-Onlinedatenbank enthält momentan über 530 Berichte. Hinzu kommen 25 Datenblätter zu Einzelereignissen auf der Webseite des Umweltbundesamtes. Die Vorfälle enthalten weder eine Angabe des Ortes noch des Betreibers der Anlage, als Zeitpunkt ist nur das Jahr angegeben. Hierdurch sei eine eindeutige Zuordnung unmöglich, kritisieren die Umweltverbände. [jg]

- CBG, Philipp Mimkes, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 3339-11, Fax -40, E-Mail: cbgnetwork@aol.com, www.cbgnetwork.org

Emissionsregister

Neuigkeiten aus der Chemiefabrik nebenan

■ Im nächsten Jahr können EU-BürgerInnen Emissionsdaten von Industriebetrieben in Europa in einem Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister (Pollutant Release and Transfer Register – PRTR) nachlesen. Unternehmen in Europa müssen ihre Schadstoffemissionen in Luft, Wasser und Boden sowie den Verbleib des Abfalls und des Abwassers erstmalig offenlegen.

Bis zum 15. Juni müssen Industriebetriebe Berichte über ihre Emissionen des vergangenen Jahres an die zuständigen Landesbehörden schicken. Der Bund hat dann ein Jahr Zeit, die Daten an die EU-Kommission zu melden. Das PRTR löst das bisherige Europäische Schadstoffemissionsregister EPER ab. Es bietet Unternehmen auch die Möglichkeit, ihre Maßnahmen und Investitionen zur Minderung des Schadstoffausstoßes zu veröffentlichen. Ferner informiert es die BürgerInnen online über die Schadstoffemissionen der Industriebetriebe in ihrer Nachbarschaft.

Daten von Emissionen in Deutschland aus den Jahren 2001 und 2004 können bereits im Internet eingesehen werden. [jg]

► www.home.prtr.de

Hausstaub

DDT in jeder dritten Wohnung

■ Eine vom Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass Hausstaub oftmals mit Umweltschadstoffen belastet ist. So wurde unter anderem das Mückenbekämpfungsmittel DDT oder das Holzschutzmittel PCP gefunden. In 600 Haushalten wurde drei Jahre lang der Staub getestet. 39 Prozent der Proben enthielten DDT und sogar 89 Prozent PCP. Die beiden Stoffe gelten als „möglicherweise krebserregend“ und sind in Deutschland seit den 1970er-Jahren verboten. Dennoch, so das UBA, seien

die Stoffe durch verschiedene aus dem Ausland eingeführte Produkte in die Innenräume und damit auch in den Staub gelangt. DDT tritt häufiger in den neuen, PCP häufiger in den alten Bundesländern auf. Weiterhin bemerkenswert ist, dass bei Familien mit einem hohen sozialen Status überdurchschnittlich oft Schadstoffe gefunden wurden. Eine Erklärung hierzu gab das UBA nicht. [io]

- ▶ www.umweltbundesamt.de/gesundheit/survey
- ▶ www.umweltdaten.de/publikationen/pdf-l/3356.pdf (59 S., 520 kB)

Computer

Grüner PC bleibt Theorie

■ Anlässlich der Computermesse CeBIT, die in diesem Jahr mit Umweltthemen aufwartete, hat Greenpeace Alarm geschlagen. Jährlich fielen bis zu 50 Millionen Tonnen Elektronikmüll an, davon gehe nur ein geringer Teil in offizielle Recyclinganlagen. Große Mengen des weltweiten Elektroschrotts würden in Entwicklungsländer ausgeführt und auf Müllhalden ausgeschlachtet. Die ausgemusterten Computer, Monitore oder Handys enthielten zahlreiche giftige Substanzen wie Blei, Quecksilber, Cadmium, Flammschutzmittel oder dioxinhaltiges PVC.

Auch Germanwatch und das Projekt PCglobal (umwelt aktuell 02.08, S. 6) protestierten auf der CeBIT. Umweltschutz dürfe nicht auf die Nutzungsphase eines Computers beschränkt bleiben. Die Energie- und Ökobilanz beginne beim Rohstoffabbau und ende beim Recycling. Zudem würden Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen bei der Rohstoffförderung und der Produktion auf der CeBIT kaum thematisiert. Die Organisationen informierten auf der Messe in Hannover über Schattenseiten der IT-Branche wie verseuchte Böden in Indonesien oder unzumutbare Arbeitsbedingungen in China. [jg]

- ▶ <http://blogs.greenpeace.de/cebit2008>
- ▶ www.pcglob.org (mit kostenlosem Newsletter)
- ▶ www.kurzlink.de/toxic-tech

Dieselfuß

Neue Autos, feinsten Feinstaub

■ Rußpartikel aus modernen Dieselmotoren sind wahrscheinlich gefährlicher als die aus älteren. Zu diesem Schluss kamen Forscher der deutschen Max-Planck-Gesellschaft und des Instituts für Neurobiologie und Molekulare Medizin in Rom.

Seit 1993 verschärft die EU-Kommission regelmäßig die Abgasnorm für Rußpartikel. Um die seit 2005 geltende Euro-IV-Norm zu erfüllen, verbesserten die Hersteller die Verbrennungstechnik der Dieselmotoren. Dies hat zur Folge, dass zwar immer weniger, jedoch umso kleinere Partikel freigesetzt werden. Die fünf bis 20 Nanometer großen Partikel sind nur noch etwa halb so groß wie die aus den älteren Motoren. Den Wissenschaftlern zufolge seien die kleineren Partikel gefährlicher, da sie tiefer in die Lunge eindringen könnten. Außerdem verfügten sie über eine andere Struktur, mit der menschliche Zellen leichter geschädigt werden können. [io]

- ▶ Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Dr. Dangsheng Su, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 8413-5406, E-Mail: dangsheng@fhi-berlin.mpg.de,
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/russpartikel

Kohleverstromung

Vattenfall spart sich den Stand der Technik

■ Das umstrittene Steinkohlekraftwerk Hamburg-Moorburg ist nicht nur aus Klimaschutzgründen ein Risiko. Aus den Schornsteinen der beiden 820 MW-Blöcke sollen ab 2012 große Mengen gesundheitsgefährdender Schadstoffe wie Quecksilber, Dioxine und Feinstaub entweichen. Das geht aus den Antragsunterlagen hervor.

Vattenfall will bis 2012 in Hamburg für etwa zwei Milliarden Euro ein Steinkohlekraftwerk errichten. Der Stromkonzern hat beantragt, die gesetzlichen Grenzwerte für Kohlenmonoxid (CO), Quecksilber (Hg), Dioxine und Furane voll ausschöpfen zu dürfen. Gleichzeitig sollen aber die Queck-

silberwerte nicht kontinuierlich gemessen werden, „da aufgrund der Kohlequalitätsdaten davon ausgegangen wird, dass der Emissionsgrenzwert für Hg zu weniger als 50 Prozent in Anspruch genommen wird.“

Dies ist nicht der einzige Widerspruch in dem Antrag. 2003 haben zwei Mitarbeiter des schwedischen Mutterkonzerns eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht, nach der sich die Quecksilberemissionen auf weniger als ein Sechstel des derzeitigen deutschen Grenzwertes reduzieren lassen. Das dreistufige Filtersystem wurde über 20 Jahre lang in einer Verbrennungsanlage in Uppsala in Schweden erprobt.

Kohleverbrennung ist weltweit die größte Quelle von Quecksilber. Das Schwermetall breitet sich global aus und gelangt vor allem über Fischprodukte zu arktischen Völkern genauso wie zu KonsumentInnen in Europa. Schon kleinste Mengen können Nervensystem und Fortpflanzungsfähigkeit schädigen. [fn]

- ▶ Deutscher Naturschutzring, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de, <http://quecksilber.wordpress.com>
- ▶ Hylander, L. et al.: „A three-stage system to remove mercury and dioxins in flue gases“, *Science of the Total Environment* 304 (2003), S. 137-144.

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Zukunftsstudie

OECD blickt auf 2030

■ Dringenden Handlungsbedarf sieht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in vier großen Umweltbereichen. Der „Umweltausblick 2030“, den die OECD Ende Februar veröffentlichte, nennt den Klimawandel, den Verlust der Artenvielfalt, die Wasserknappheit sowie Gesundheitsgefahren durch Umweltverschmutzung und Chemikalien als weltweit größte Umweltprobleme. Um sie zu bewältigen, müsse die Weltgemeinschaft gut ein Pro-

zent der globalen Wirtschaftskraft im Jahr 2030 einplanen, was die OECD für bezahlbar hält. Die Kosten seien aber höher, wenn nicht schnell gehandelt werde. Mit einem globalen Maßnahmenpaket für die dringlichsten Umweltprobleme würde sich das jährliche Wirtschaftswachstum nach OECD-Berechnungen um 0,03 Prozentpunkte verringern.

Ohne Maßnahmen steige der weltweite Treibhausgasausstoß bis 2030 um 37 und bis 2050 um 52 Prozent. In den OECD-Ländern seien es noch 23 Prozent bis 2030 und 26 Prozent bis 2050. Die Treibhausgasemissionen der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) würden um 46 Prozent bis 2030 steigen und dann ähnlich hoch sein wie in den OECD-Ländern.

Um den steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln und Biokraftstoffen zu decken, wird laut OECD-Ausblick die Landnutzung bis 2030 um rund zehn Prozent zunehmen, was den Druck auf die Artenvielfalt deutlich erhöhe. Außerdem würde bis 2030 rund die Hälfte der Erdbevölkerung unter Wassermangel leiden und sich die vorzeitigen Todesfälle durch bodennahes Ozon vervierfachen, wenn nichts dagegen getan werde, so die OECD. [jg]

► OECD-Centre Berlin, Matthias Rumpf, Tel. +49 (0)30 / 28883541, E-Mail: matthias.rumpf@oecd.org, www.oecd.org/de/environmentaloutlook

Globale Gerechtigkeit

CO₂-Emissionen besser beim Konsumieren abrechnen

■ Der Vorwurf, europäische Staaten würden ihre Treibhausgasemissionen in Entwicklungsländer auslagern, indem sie CO₂-intensive Güter dort produzieren ließen und anschließend importierten, kann so allgemein nicht aufrechterhalten werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Europäischen Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen.

Die EEA untersuchte in acht EU-Staaten die Emissionen auf der Produktions- und auf der Konsumseite. Dabei zeigte sich

ein sehr differenziertes Bild. Einige Staaten wie Großbritannien oder Deutschland exportieren tatsächlich einen Teil ihrer Emissionen. Die CO₂-Bilanz der konsumierten Produkte übersteigt dabei die Bilanz der produzierten Güter. In den Niederlanden und in Dänemark sieht es dagegen anders aus: Beide Länder verfügen über CO₂-intensive Industrieproduktion und exportieren mehr Emissionen als sie importieren. In Dänemark sind vor allem die Schiffsindustrie und die Fleischherstellung verantwortlich für den hohen Schadstoffausstoß. So emittierte die dänische Industrie im Jahr 2000 rund 16 Tonnen CO₂ pro Kopf; bezogen auf den Konsum musste sich jeder Däne und jede Dänin aber nur 12 Tonnen anrechnen lassen.

Die Autoren der Studie halten die derzeit übliche Berechnung der Emissionen auf der Produktionsseite deshalb für problematisch. Aussagekräftiger und gerechter sei es, die Pro-Kopf-Emissionen auf der Konsumseite zu betrachten. Das sei zwar statistisch deutlich schwieriger, löse aber das Problem der CO₂-Exporte. [ms]

► Studie: www.kurzlink.de/eea-emissionexport

Welternährung

Zu wenig Geld für Nahrungshilfen

■ Internationalen Hilfsorganisationen droht das Geld für Nahrungshilfen auszugehen. Steigende Weltmarktpreise für Lebensmittel und Benzin trieben die Kosten so in die Höhe, dass die Versorgung von Hunderttausenden nicht mehr gesichert sei, beklagt das UN-Welternährungsprogramm (WFP). Betroffen seien etwa Indonesien, Mexiko und Teile Afrikas.

Um die Leistungen auf bisherigem Niveau aufrechterhalten zu können, fehlen dem WFP nach eigenen Angaben etwa eine halbe Milliarde US-Dollar. Hauptgrund für die Kostenexplosion sei der hohe Ölpreis, der das Benzin verteuere. Außerdem trieben Dürren und – zu einem kleinen Teil – auch die wachsende Nachfrage nach

Biokraftstoffen die Preise für Getreide in die Höhe. So seien die Weizenpreise innerhalb eines Jahres um 83 Prozent gestiegen, rechnet die Welternährungsorganisation (FAO) vor. Leidtragende seien die mittellosen Menschen in armen Ländern, sagte der scheidende UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler. Das WFP hofft nun auf zusätzliche Finanzmittel von den Geberländern. [ms]

► www.wfp.org

KLIMA & ENERGIE

Globales Umweltministerforum

Club der Klimaneutralen gegründet

■ Auf der Jahrestagung des globalen Umweltministerforums im Februar in Monaco ist ein „Netzwerk der Klimaneutralen“ ins Leben gerufen worden. Unter den Gründungsmitgliedern des Climate Neutral Network (CNN) sind vier Staaten, vier Städte und fünf Firmen. Costa Rica, Island, Neuseeland und Norwegen wollen beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen. Costa Rica will bis zum 200-jährigen Unabhängigkeitsjubiläum im Jahr 2021 klimaneutral sein, unter anderem durch ein Aufforstungsprogramm und eine Steuer auf fossile Brennstoffe.

Teilnehmende Städte sind bisher Arendal in Norwegen, Rizhao in China, Vancouver in Kanada und Växjö in Schweden. Im chinesischen Rizhao soll beispielsweise eine Rundumversorgung mit Solarkochern erreicht und Solarenergie generell stark gefördert werden.

Unter den beteiligten Unternehmen ist der brasilianische Kosmetikkonzern Natura, der alle Erdöl-basierten Kosmetikwirkstoffe durch Naturprodukte ersetzen und ein Drittel seiner Emissionen einsparen will. [jg]

► www.climateneutral.unep.org

Außenpolitik**Europa sieht Klimawandel als Sicherheitsrisiko**

■ Die Europäische Union muss sich auf massive sicherheitspolitische Herausforderungen infolge des Klimawandels einstellen. Dies hat der EU-Außenbeauftragte Javier Solana in einem Bericht an die Staats- und Regierungschefs gefordert.

Solana weist darauf hin, dass zahlreiche Konflikte, die der Klimawandel auslösen werde, auch Europa betreffen werden. Er nennt weltweite Wasserknappheit, schwindende Nahrungsbestände, Dürren und Flutkatastrophen sowie einen verschärften Wettbewerb um die natürlichen Ressourcen etwa in der Arktis. Das werde riesige Flüchtlingsströme auslösen. Bürgerkriege und politische Konflikte könnten zunehmen und das multilaterale Staatensystem gefährden. Die EU müsse diesen Herausforderungen begegnen, indem sie einerseits die schlimmsten Folgen des Klimawandels durch einen geringeren Ausstoß von Treibhausgasen mindere. Gleichzeitig sei es aber auch ratsam, sich stärker bei Krisenprävention und Katastrophenschutz zu engagieren.

Die EU ist die erste Staatengruppe, die die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels explizit benennt und in ihre Sicherheitsstrategie integrieren will. [ms]

► Solana-Bericht: www.kurzlink.de/klima-sicherheit

EU-Klimapaket**EU-Minister schützen Dinosauriertechnologien**

■ Im Streit um Ausnahmen für energieintensive Industriezweige beim Emissionshandel hat sich die deutsche Regierung in der EU weitgehend durchgesetzt. Auf dem Frühjahrsgipfel am 13. und 14. März hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert, dass Industriezweige, die sehr viel Energie verbrauchen und im internationalen Wettbewerb stehen, Emissionszertifikate kos-

tenfrei erhalten müssten, um ein Abwandern der Unternehmen zu verhindern. Betroffen seien etwa die Stahl-, Zement- und Glasindustrie. Die EU-Kommission wollte diese Debatte bis Ende 2009 zurückstellen, wenn die Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen erwartet werden. Letztlich einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, dass die Ausnahmen im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen unmittelbar greifen sollen.

Der britische Guardian berichtete, vor allem Angela Merkel habe als „Kanzlerin der deutschen Industrie“ diese Position durchgeföhrt. Stefan Singer vom WWF bedauerte, dass die EU-Staaten weiter auf „technologische Dinosaurier“ setzten und so dem Klimaschutz entgegenwirkten.

Nicht durchsetzen konnte sich die slowenische Regierung mit dem Vorstoß, die EU-Klimapolitik eindeutig auf ein 30-prozentiges Emissionsminderungsziel auszurichten. Die EU hatte 2007 beschlossen, ihre Emissionen um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, wenn ein internationales Abkommen erzielt würde.

Eine vorsichtige Einigung gab es in der Frage von Steuererleichterungen für sehr energieeffiziente Produkte. Hier beauftragten die Staats- und Regierungschefs die Kommission, ein Konzept für eine verringerte Mehrwertsteuer vorzulegen.

Trotz vieler offener Detailfragen haben sich die EU-Staaten das Ziel gesetzt, die Verhandlungen zur europäischen Klima- und Energiepolitik noch in diesem Jahr abzuschließen. 2009 soll dann die Umsetzung in nationales Recht beginnen. Dafür müsste es allerdings schon in erster Lesung eine Einigung mit dem EU-Parlament geben.

Die Kommission hatte am 23. Januar in ihrem sogenannten Energiepaket Gesetzesentwürfe für eine Revision des Emissionshandelssystems, eine Verteilung der Reduktionsziele unter den Mitgliedstaaten sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien und eine forcierte Entwicklung der CO₂-Speichertechnologie vorgelegt. [ms]

- Schlussfolgerungen: www.kurzlink.de/eu-rat14032008
- EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Erneuerbaren-Weltkonferenz**Weder politisch noch ehrgeizig**

■ Die dritte Internationale Konferenz für erneuerbare Energien WIREC 2008, an der Vertreter von Regierungen, Internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Privatwirtschaft teilnahmen, ist erstmals ohne gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende gegangen. Während sich die Staaten auf den Konferenzen 2004 in Bonn und 2006 in Peking auf eine Deklaration zur Förderung erneuerbarer Energien einigten, endete das Treffen in Washington mit einem internationalen Aktionsprogramm, das lediglich die von den Teilnehmerstaaten gemachten Einzelzusagen zusammenfasst. So kündigten zum Beispiel die USA die Wiederverwendung von Methan aus Mülldeponien an.

„Das Zeitalter der Zusagen zu Kleininitiativen in Teilbereichen ist vorbei, jetzt wäre die Verabschiedung ambitionierter Ausbauziele für erneuerbare Energien das richtige Signal für die Industrie gewesen“ sagte Sven Teske von Greenpeace International. Begrüßenswert, wenn auch nicht neu, sei daher die Zusage der EU zu einem 20-prozentigen Ausbauziel bis 2020 oder Australiens gleichlautendes Ziel für die Stromversorgung.

Die Konferenzreihe wurde 2002 auf Initiative Deutschlands auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ins Leben gerufen, um auf globaler Ebene erneuerbare Energien zu fördern und zu verbreiten.

Auch das nach der ersten Konferenz in Bonn gegründete Politiknetzwerk „Erneuerbare Energien für das 21. Jahrhundert“ (REN21) legte seinen Globalen Statusbericht vor. Danach haben sich die Investitionen in erneuerbare Energien weltweit seit 2004 verdoppelt, wobei China, die USA und Deutschland die höchsten Kapazitätswachse vorzuweisen haben.

Die nächste Konferenz wird 2010 in Indien und damit zum zweiten Mal in einem wichtigen Schwellenland stattfinden. [mv]

► www.wirec2008.org, www.ren21.org

Regenerative Stromversorgung

Länder verpassen Chancen

■ Sieben Bundesländer könnten heute schon ihren gesamten Strombedarf aus erneuerbaren Energien decken, wenn sie ihr Potenzial ausschöpfen würden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Freien Universität Berlin, die das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hatte. Die WissenschaftlerInnen hatten die Wirtschaftlichkeit und die Hemmnisse für den Ausbau der Erneuerbaren untersucht. „Die Länder verfügen über nicht zu unterschätzende rechtliche Kompetenzen, um die Entwicklung der erneuerbaren Energien voranzutreiben“, sagte Lutz Mez, der Koordinator der Studie. In Rechtsbereichen wie der Raumordnung oder im Baurecht hätten die Länder viele Möglichkeiten. Davon machten sie aber bisher kaum Gebrauch. Das größte Hemmnis allerdings, die jahrzehntelange Subventionierung der fossilen Energieträger, müsse auf Bundesebene geregelt werden. [ms]

► www.erneuerbare-energien.de/inhalt/40859

Biokraftstoffe

Streit um Kriterien beigelegt

■ Ein EU-interner Streit, an welcher Stelle Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe in den Gesetzen verankert werden sollen, scheint ausgeräumt. Die Mitgliedstaaten haben sich offenbar mit der EU-Kommission geeinigt, die Kriterien sowohl in die Kraftstoffqualitätsrichtlinie als auch in die derzeit diskutierten Regelungen zu erneuerbaren Energien zu integrieren. Das berichtet der Informationsdienst Ends Europe Daily.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien will die EU einen Biokraftstoffanteil von mindestens zehn Prozent im Jahr 2020 erreichen. Die Kraftstoffqualitätsrichtlinie schreibt wiederum vor, dass die Hersteller die Emissionen über die Dauer des gesamten Lebenszyklus um zehn Prozent reduzieren müssen. In jüngerer Zeit ist jedoch deutlich geworden, welche negativen so-

zialen und ökologischen Auswirkungen Biokraftstoffe haben können, wenn sie industriell erzeugt werden. Daher will die Kommission nun Nachhaltigkeitskriterien in beide relevante Richtlinien schreiben.

Umstritten bleibt allerdings die konkrete Ausgestaltung der Kriterien. Umweltverbände kritisieren, dass der bisherige Vorschlag der EU-Kommission viel zu schwach sei. So seien selbst hochsensible Naturräume wie Moore nicht vor Zerstörung geschützt. Soziale Aspekte fehlten völlig. [ms]

- EU-Kommission zu erneuerbaren Energien: www.ec.europa.eu/energy (climate action)
- Kraftstoffqualitätsrichtlinie: www.ec.europa.eu/environment (Air/Luft – Transport)

EU-Förderpolitik

Milliarden aus Brüssel für den Klimaschutz

■ Bis 2013 sind im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik neun Milliarden Euro für den europäischen Klimaschutz vorgesehen. Das sagte die EU-Kommissarin für Regionalpolitik Danuta Hübner Ende Februar in Brüssel. Insgesamt stellt die EU für den Förderzeitraum 2007–2013 Investitionen von 4,8 Milliarden Euro für erneuerbare Energien und 4,2 Milliarden Euro für Energieeffizienz und Energiemanagement zur Verfügung. Damit steigert sie ihre Anstrengungen für den Klimaschutz erheblich. In der Finanzperiode 2000–2006 gab die EU nur 1,5 Milliarden Euro für das Klima aus.

Deutschland erhält aus dem Programm knapp 480 Millionen Euro, etwa je zur Hälfte zur Förderung von erneuerbaren Energien und von Energieeffizienz-Projekten.

Im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik werden seit Ende der 1980er-Jahre wirtschaftlich schwächere europäische Regionen mit Investitionen aus Brüssel unterstützt. [mbu]

► www.ec.europa.eu/dgs_de.htm (Regional)

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 145

Klimaschutz und Öko-Landbau

- Vorteile des Öko-Landbaus für das Klima
- Vorteile der Öko-Rinderhaltung
- Biogas als Beitrag zum Klimaschutz?

Themen in Heft 145

aus Forschung, Praxis und Beratung

- Schadnester in Getreide
- Zielvorgaben für die Tiergesundheit
- Tierhaltungsverfahren im Vergleich
- Die Bio-Branche in Japan

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 29,- EUR |
Firmen/Organisationen 45,- EUR | ermäßigt 20,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 7,95 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
Waltherstraße 29 | D-80337 München |
Fax +49 / (0)89 / 54 41 84-49 | www.oekom.de

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisethürth-Stiftung

CO₂-Emissionen von Pkw**Einigung in Sicht?**

■ In der Debatte über die Reduktion der CO₂-Emissionen von Pkw scheint sich eine Einigung abzuzeichnen. Auf der Sitzung des EU-Umweltministerrats Anfang März unterstrichen die einzelnen Mitgliedstaaten zwar ihre Positionen, bewegten sie jedoch offenbar ein Stück aufeinander zu.

Die EU-Kommission hatte im letzten Jahr einen Entwurf vorgelegt, wonach alle Pkw im Jahr 2012 einen durchschnittlichen Wert von 130 Gramm pro Kilometer CO₂-Emissionen einhalten müssen. Darüber besteht zwar Einigkeit, zwischen den Mitgliedstaaten mit einer ausgeprägte Automobilindustrie gibt es jedoch deutliche Differenzen über die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes. Der Streit spitzt sich vor allem zwischen Deutschland und Frankreich zu. Hintergrund ist, dass deutsche Autos im Schnitt deutlich mehr CO₂ ausstoßen als französische.

Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, einigten sich die beiden Länder nun darauf, das Gewicht der Fahrzeuge als Bemessungsgrundlage zu nehmen. Auch die Höhe der Strafzahlungen scheint geklärt. So sollen Verstöße zunächst fünf bis zehn Euro pro Gramm zu viel ausgestoßenem CO₂ kosten. Dieser Betrag soll dann langsam auf 80 bis 90 Euro steigen. Strittig bleibt aber der zentrale Punkt, wie viel die einzelnen Hersteller einsparen müssen.

Auch die Frage, ob und wie die von der Kommission angestrebten zusätzlichen zehn Prozent CO₂ durch „technische Maßnahmen“ eingespart werden sollen, ist weiter ungeklärt. Vor dem Hintergrund zunehmender Kritik an Biokraftstoffen forderte Dänemark, dieses Ziel grundsätzlich zu überdenken. Außerdem forderten die Niederlande, als längerfristiges Ziel für das Jahr 2020 einen Grenzwert von 80 Gramm CO₂ pro Kilometer festzusetzen. Dies entspricht auch den Forderungen der Umweltverbände. [ms]

- ▶ Umweltministerrat 3. März 2008: www.consilium.europa.eu (Presse – Umwelt)
- ▶ Kommentar aus Umweltsicht: www.transportenvironment.org (03.03.2008)

CO₂-Emissionen des Verkehrs**Keine Klimaretung ohne Verkehrswende**

■ Wenn die Europäische Union ihre klima- und energiepolitischen Ziele bis zum Jahr 2020 erreichen will, muss sie den wachsenden Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehrssektor in den Griff bekommen. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den die Europäische Umweltagentur (EEA) im März dem Ausschuss für Klimawandel des Europäischen Parlaments vorgestellt hat. In den kommenden zehn Jahren müssen demnach weitere 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent eingespart werden, sonst werden die Klimaschutzziele verfehlt. Die Maßnahmen, die bereits ergriffen oder vorgeschlagen wurden, reichten nicht aus, heißt es in dem Bericht.

Auch um den auf der Weltklimakonferenz auf Bali beschlossenen Zeitplan zu erfüllen, müssten die Emissionen aus dem Verkehr viel stärker gesenkt werden: Statt des prognostizierten Verkehrswachstums von 15 Prozent im Zeitraum 2010–2020 sollte dieser Sektor nach Meinung der EEA um bis zu zwei Prozent schrumpfen.

EEA-Direktorin Jacqueline McGlade kritisierte die Verkehrspolitik der EU mit deutlichen Worten: „Der Verkehr ist schon viel zu lange Trittbrettfahrer – seit es den Kampf zwischen Erderwärmung und CO₂-Emissionen gibt“. Trotz verbesserter Energieeffizienz und dem vermehrten Einsatz alternativer Treibstoffe steigen dem Bericht zufolge die verkehrsbedingten Treibhausgase. Der Güterverkehr mit seinen rasch steigenden Emissionen sei weiter problematisch. Eine Zielsetzung für den kompletten Verkehrssektor könne Politiker motivieren hier etwas voranzubringen.

Die EEA empfiehlt, die Nachfrage nach Straßenverkehr durch eine gezielte Preispolitik zu mindern und eine Verkehrswende weg von der Straße hin zu Schiene und Wasser in Angriff zu nehmen. Auch weitere Initiativen wie spritsparendes Fahren seien hilfreich. [mbu]

- ▶ EEA-Bericht „Climate for a transport change“: www.eea.europa.eu (reports)

Deutsches Klimaziel**Kyoto-Primus nur auf dem Papier?**

■ Im Jahr 2007 sind die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Das hat das Umweltbundesamt (UBA) errechnet. Damit sind die Emissionen seit 1990 um 20,4 Prozent zurückgegangen – nur noch knapp entfernt von dem 21-Prozent-Ziel, zu dem sich Deutschland im Kyoto-Protokoll verpflichtet hat.

Doch ganz so positiv, wie es auf den ersten Blick aussieht, sind die Zahlen nicht. Denn der wesentliche Grund für den starken Rückgang ist laut UBA die gesunkene Nachfrage nach Öl und Gas infolge deutlicher Preisanstiege und des ungewöhnlich warmen Wetters. Es handele sich um „Einmaleffekte“ und es gebe daher „keinen Anlass, beim Klimaschutz nachzulassen“, mahnte UBA-Präsident Andreas Troge. Einen weiteren Effekt habe die Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresbeginn 2007 gebracht, wegen der viele Menschen ihre Öl- und Gasvorräte bereits 2006 aufgefüllt hätten. Negativ sei zudem, dass die Emissionen aus der Stein- und Braunkohleverbrennung zunähmen. Reale positive Effekte habe es dagegen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien gegeben. [ms]

▶ www.uba.de

Produktpolitik**Ökodesign-Gesetz in Kraft**

■ Am 28. Februar ist in Deutschland das Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (EBPG) in Kraft getreten. Im Rahmen des EBPG werden detaillierte Vorschriften für einzelne Produktgruppen entwickelt. Damit hat Deutschland die EU-Richtlinie über energieverbrauchende Produkte umgesetzt, die oft auch als Ökodesign-Richtlinie bezeichnet wird. [ms]

▶ www.ebpg.bam.de

Liberalisierung der Energiemärkte**Eon stärkt EU-Kommission unfreiwillig den Rücken**

■ Die Ankündigung des Energiekonzerns Eon, sein Stromnetz zu verkaufen, hat Bewegung in die Debatte um eine Liberalisierung der europäischen Strommärkte gebracht. Offenbar reagierte das Unternehmen mit dem überraschenden Vorstoß auf zwei Klagen der EU-Kommission. Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hatte Eon Verstöße gegen das Kartellrecht vorgeworfen; es drohten Strafzahlungen in Milliardenhöhe.

Die EU-Kommission hat den Quasi-Monopolen der europäischen Energiemärkte seit Jahren den Kampf angesagt. Sie fordert entweder eine vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung von Stromproduktion und Netzbetrieb oder eine Kontrolle durch einen unabhängigen Systembetreiber. So soll der Wettbewerb gestärkt werden. Doch mit diesem Vorhaben stieß sie nicht nur bei den Energieriesen – in Deutschland RWE, Vattenfall, Eon und EnBW – auf Widerstand. Auch die Regierungen einiger Mitgliedstaaten halten davon bisher wenig. Die deutsche Bundesregierung fordert gemeinsam mit sieben weiteren EU-Staaten einen „Dritten Weg“: keine eigentumsrechtliche Entflechtung, nur eine Ausgliederung des Netzbetriebs in Tochtergesellschaften.

Mit Eons Einlenken zeichnet sich nun ein Paradigmenwechsel ab. Bisher hatten die großen Energieversorger – mit Unterstützung der Bundesregierung – immer gefordert, das Netz zu behalten, um eine hohe Wirtschaftlichkeit und somit günstige Preise für die Verbraucher zu garantieren. Für Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, der von Eons Vorhaben erst beim Treffen des EU-Energieministerrates Ende Februar erfuhr, bedeutete der Vorstoß eine deutliche Schwächung seiner Verhandlungsposition bei der Diskussion um die Strommarktliberalisierung.

Bei der nächsten Sitzung des Energieministerrates am 6. Juni soll nun eine Entscheidung darüber fallen, welchen Weg die Mitgliedstaaten verfolgen wollen. [ms]

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung**Etikettenschwindel mit Nährwertangaben**

■ Aus Sicht von Verbraucherschützern ist die neue Nährwertkennzeichnung in Deutschland eine Mogelpackung. Tester der Verbraucherzentrale Hamburg warfen nach Stichprobenuntersuchungen im März den Lebensmittelkonzernen Trickserei bei den Angaben zum Zucker- und Fettgehalt und der Portionsgröße vor.

Unterschiedliche Gewichtsangaben machten den KundInnen das Vergleichen schwer. Sie würden in Sicherheit gewiegt, da der Fett- und Zuckergehalt gering erscheine. Tatsächlich aber ignorierten die Firmen die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Zuckerhöchstmenge von 60 Gramm pro Tag. Kinder würden bei der Berechnung der Kalorienmenge nicht berücksichtigt. So erscheine manche Kalorienbombe als Lightprodukt, kritisierten die Verbraucherschützer. Der Test zeige, dass das System der freiwilligen Nährwertkennzeichnung nicht funktioniere.

Die Verbraucherzentralen fordern eine „Ampelkennzeichnung“ der Inhaltsstoffe wie in Großbritannien. Dort wird ein hoher, mittlerer oder geringer Gehalt an Zucker, Salz und Fett mit den Farben rot, gelb oder grün markiert.

In der EU wird schon länger über eine strengere Kennzeichnung debattiert. Grundlage ist das EU-Weißbuch „Ernährung, Übergewicht, Adipositas“ von 2007. Darin signalisierte Gesundheitskommissar Markos Kyprianou der Lebensmittelindustrie, dass sie eine tragende Rolle im Kampf gegen das Übergewicht spielen muss. Laut EU sind in den meisten Mitgliedstaaten über 50 Prozent der Erwachsenen übergewichtig oder fettleibig. Außerdem seien fast 22 Millionen Kinder zu dick – und jährlich kämen 400.000 dazu. [mbu]

► Verbraucherzentrale Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 24832-290, www.vzhh.de

Lebensmittelzusatzstoffe I**EU will mit Aromen würzen**

■ Die EU-Kommission debattiert über eine geplante Verordnung zu Aromen. Ihr Gesetzesentwurf sieht vor, statt natürlicher Kräuter und Gewürze verstärkt den Zusatz von Aromastoffen bei der Lebensmittelproduktion zu erlauben. Das Europäische Parlament hat sich dagegen ausgesprochen. Die Gewürzhersteller warnten vor geschmacklichen und gesundheitlichen Veränderungen bei Lebensmitteln. Der Gesetzesentwurf beruhe nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und trage nicht zu höherer Lebensmittelsicherheit und mehr Verbraucherschutz bei. [mbu]

► Fachverband der Gewürzindustrie, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 216162, www.gewuerzindustrie.de

Lebensmittelzusatzstoffe II**Geschmacksverstärker macht Verbraucher irre**

■ Drei Viertel der Deutschen halten die Angabe „ohne den Zusatzstoff Geschmacksverstärker“ auf einer Tütensuppe für irreführend, wenn diese die geschmacksverstärkende Zutat Hefeextrakt enthält. Das ergab im Februar eine repräsentative Befragung von Emnid im Auftrag der Verbraucherorganisation Foodwatch. Anlass waren Maggi-Tütensuppen der Produktlinie „Natur pur“ von Nestlé mit der Angabe „ohne ... Geschmacksverstärker“. Tatsächlich enthalten die Suppen Hefeextrakt mit den geschmacksverstärkenden Substanzen Glutamat, Inosinat und Guanylat. Foodwatch wirft Nestlé vor, KundInnen damit bewusst in die Irre zu führen. Die Natur-pur-Tütensuppen kosten doppelt so viel wie konventionelle Maggisuppen. Außerdem sei die Werbung „unfair gegenüber Lebensmittelherstellern, die tatsächlich keine Geschmacksverstärker verwenden“. [mbu]

► Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 24047619, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Verbraucherrecht**Erster Consumer Champion Award geht an Finnland**

■ Die Finnen sind mal wieder Spitze: Der erste Consumer Champion Award der EU-Kommission geht an das skandinavische Land, und zwar für das Internetspiel „Galactor – Die Codebrecher“, mit dem junge VerbraucherInnen über ihre Rechte und Pflichten im Online-Handel informiert werden. Weitere Sieger sind Irland, Großbritannien, Ungarn, Estland und Norwegen. Auch ihnen überreichte EU-Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva im März Preise. Zum ersten Mal wurde der europäische Wettbewerb um die beste nationale Verbraucherrechtungskampagne ausgetragen. Er soll nun jedes Jahr anlässlich des europäischen Verbrauchertags am 15. März verliehen werden. Die Themen der diesjährigen 27 Bewerber reichten von Fluggastrechten über Internetbetrug und irreführende Werbung bis zu Lebensmittelinformationen. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Verbraucherschutz, Brüssel, www.ec.europa.eu/comm/consumers/index_de.htm
- ▶ Finnisches Internetspiel: www.galactor.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Ökolebensmittelmarkt**Deutschland ist Bio-Spitzenreiter**

■ In Deutschland werden europaweit die meisten Bioprodukte umgesetzt. Im vergangenen Jahr sei der Umsatz um 15 Prozent auf fünf Milliarden Euro gestiegen, teilte die Nürnberger Messegesellschaft anlässlich der BioFach 2008 Ende Februar mit. Das sei knapp ein Drittel des gesamten europäischen Volumens. Zweitgrößter Biomarkt Europas ist Großbritannien. Der weltweit größte Abnehmer von

Bioware sind die USA. Dort gab es 2007 eine Umsatzsteigerung um 20 Prozent auf 13,6 Milliarden Euro. Nach Prognosen von Experten könnte der Umsatz von Bioprodukten in der ganzen Welt bis 2010 auf 41 Milliarden Euro steigen.

Nach Ansicht des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) sind sogar noch mehr als die 15 Prozent jährlicher Zuwachs drin. Die Nachfrage erlaube ein noch stärkeres Wachstum, sagte der BÖLW-Geschäftsführer Alexander Gerber. Aber weil die Rohwaren knapp seien, werde eine weitere Umsatzsteigerung gebremst. Die deutschen Anbauflächen sind 2007 nur um gut fünf Prozent gewachsen. Auch stellten nach Angaben des BÖLW vergangenes Jahr nur knapp 500 Landwirte auf Öko-Landbau um. Dass es so wenige waren, liege daran, dass die Umstellungswilligen zu wenig Mittel aus den Förderprogrammen erhielten.

Diese Programme, so der BÖLW, sollten ebenso wie andere Agrarumweltprogramme eigentlich den Landwirten Anreize geben, für Umwelt und Natur besondere Leistungen zu erbringen. Wegen der deutlich gestiegenen Erzeugerpreise funktionierten die Programme in ihrer bisherigen Ausgestaltung aber nicht mehr.

Hier setzt ein Vorstoß des Bundeslandwirtschaftsministeriums an: Bund und Länder sollen sämtliche Prämien für Agrarumweltmaßnahmen und den ökologischen Landbau überprüfen und neu berechnen. Ziel sei es, deutschen Biobauern höhere Kosten und Einkommensnachteile möglichst vollständig auszugleichen und damit auch die Umstellungsbereitschaft auf den Ökolandbau zu erhöhen, sagte der Agrar-Staatssekretär Gerd Müller im Februar. Für das Bundesprogramm Ökologischer Landbau bedeute dies aber keineswegs eine Erhöhung. Es werde im jetzigen Umfang von 16 Millionen Euro fortgesetzt. Außerdem soll es laut Müller bis zum Jahr 2015 weiterlaufen. Naturschutz- und Ökolanbauverbände fordern eine deutliche Aufstockung des Programms. [mbu]

- ▶ BioFach, Nürnberg, www.biofach.de
- ▶ BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

EU-Agrarsubventionen**Kleinbauern fordern faire EU-Agrarpolitik**

■ Um Landwirten in der ganzen Welt ihren Broterwerb zu erhalten, sollen die EU-Kommission und die Bundesregierung gerechte Konzepte für eine existenzsichernde Landwirtschaft entwickeln. Das forderten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und die Hilfsorganisation „Brot für die Welt“ auf einem internationalen Kongress im März in Berlin. Zunächst sollten Berlin und Brüssel eine wirksame Milchmengenregulierung und eine gerechte Staffelung der EU-Subventionen beschließen, hieß es auf der Tagung unter dem Titel „Europäische Agrarpolitik fair gestalten“.

Wenn die Milchquote erhöht oder gar abgeschafft werde, bedeute dies nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen auf kleineren und mittleren Bauernhöfen hierzulande, sondern zerstöre auch weltweit Existenzen von Kleinbauern. Denn dann würden große Milchmengen zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Laut AbL führten in den vergangenen Jahren bereits geringe Mengen exportierter EU-Milchprodukte zu erheblichen Störungen auf den Märkten Afrikas.

Die Reform der europäischen Agrarpolitik steht in diesem Jahr ganz oben auf der Agenda in Brüssel. Ende Februar machte die Kommission einen Rückzieher bei der Staffelung der Direktzahlungen. Das EU-Parlament bestätigte die Vorschläge Mitte März. Die Kürzungen – vorgesehen waren zehn Prozent ab 100.000 Euro Zuschuss, 25 Prozent ab 200.000 und 45 Prozent ab 300.000 Euro – sollen laut AbL nun deutlich geringer ausfallen. Bauern aus Deutschland und Vertreter von Kleinbauernorganisationen aus Entwicklungs- und Schwellenländern kritisierten dies auf dem Kongress. Damit ändere sich nichts an der Privilegierung von Großbetrieben. [mbu]

- ▶ AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ Brot für die Welt, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 2159-348, www.brot-fuer-die-welt.de

EU-Milchmengenregulierung

Streit um Milchquote

■ Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat im März ein Hilfsprogramm vorgeschlagen, das die Ausfälle der deutschen Milchbauern nach Auslaufen der Milchquotenregelung 2015 abfedern soll. Das Konzept sieht langfristige struktur- und förderpolitische Maßnahmen vor. Diese sollten aus den vorhandenen finanziellen Reserven des EU-Agrarhaushaltes finanziert werden. Bei den Agrarausgaben der Union würden derzeit etwa 3,5 Milliarden Euro pro Jahr eingespart. Dieses Geld könnte den Milchbauern und -bäuerinnen helfen, ihre Existenz auf einem liberalisierten Markt zu sichern.

Die Milchviehproduktion sei besonders arbeits- und kapitalintensiv und erfordere langfristige Investitionen, hieß es zur Begründung. Deshalb müssten auch die Fördermittel aufgestockt und die Fördersätze für benachteiligte Gebiete angehoben werden. Nur mit besseren Vermarktungs- und Molkereistrukturen ließen sich höhere Milchpreise beim Lebensmitteleinzelhandel durchsetzen.

Mitte März präsentierte der EU-Agrarministerrat dem Europäischen Parlament seine Pläne für eine Erhöhung der Milchquoten. Zuvor hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Milchquoten bereits im April dieses Jahres um zwei Prozent anheben können. Das lehnt der DBV ab. [mbu]

► DBV, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8198-0, E-Mail: info@bauernverband.de, www.bauernverband.de

EU-Landwirtschaftsfonds

Magdeburg erlaubt Mitsprache

■ Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt will Verbände aus Umwelt, Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft einbinden, wenn es um die Umsetzung eines 817 Millionen Euro umfassenden EU-Programms geht. Dazu wurde im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MLU) in Magdeburg Mitte März ein Ausschuss gegründet. Das

Gremium berät nach Angaben des Ministeriums darüber, wofür das Geld ausgegeben werden soll, das von 2007 bis 2013 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nach Sachsen-Anhalt fließt. [mbu]

► MLU, Magdeburg, Tel. +49 (0)391 / 5671950, www.mlu.sachsen-anhalt.de

Genpflanzen

Weiter Streit um Genmais und Genkartoffel

■ In der EU wird weiter über die Zulassung von genveränderten Pflanzen gestritten. Beim Treffen der Agrarminister Mitte Februar in Brüssel erhielten weder Befürworter noch Gegner eine ausreichende Mehrheit. Dadurch liegt die Entscheidung bei der EU-Kommission, die sich bereits für die Zulassung von vier Genmaissorten ausgesprochen hat. Außerdem sollen die EU-Länder die Herstellung von Futtermitteln aus Abfällen der Genkartoffel Amflora von BASF genehmigen.

Seit Langem ist die EU bei der Genpflanzen-Zulassung gespalten. Vor allem unter den Mitgliedstaaten, aber auch in der Kommission gibt es große Differenzen, was den Nutzen und die Risiken dieser Pflanzen betrifft. Kann sich der Ministerrat nicht einigen, kann die Kommission selbst über die Zulassung eines gentechnisch veränderten Produkts entscheiden. Dieses Verfahren kritisieren zahlreiche EU-Länder sowie Umweltverbände und fordern, dass Einwände und Bedenken stärker berücksichtigt werden.

Deutschland enthielt sich im Ministerrat bei der Abstimmung zu den Maissorten MON863×MK603, MON863×MON810 und MON863×MON810×NK603 von Monsanto sowie GA21 von Syngenta. Im Fall der Genkartoffel Amflora stimmte die Bundesregierung gegen eine Zulassung. [mbu]

► Beschluss des Agrarministerrats: www.kurzlink.de/genmaiszulassung

Ernährungssouveränität

Wasser, Land und Saatgut in die Hand der Bäuerinnen

■ „Die Verfügungsgewalt über Wasser, Saatgut und Land muss zurückerobert werden.“ So lautete die zentrale Forderung beim Internationalen Frauenseminar „MACHT Essen!“ im Februar in Österreich. Eingeladen hatte die Österreichische Bergbauern- und Bergbäuerinnenvereinigung (ÖBV). Mehr als 100 Frauen aus 16 Ländern debattierten in Salzburg über Ernährungssouveränität und Bäuerinnenrechte, über den Zugang zu Ressourcen und die Verfügungsgewalt über Lebensmittel.

Dieser Zugang wird immer schwieriger, wie Bäuerinnen aus Ghana, Burkina Faso, Nicaragua, Ecuador oder Rumänien berichteten. Dabei sind es die Frauen, die die meisten Lebensmittel weltweit produzieren und verarbeiten. So dürfen Landwirtinnen in Burkina Faso die Hirsespeicher nach der Ernte nicht mehr betreten, obwohl sie zuvor die Hauptlast im Hirseanbau trugen.

Indigene Frauen in Ecuador berichteten vom Verlust ihrer traditionellen Saatgutvielfalt, weil multinationale Konzerne wie Monsanto und Syngenta Patente auf das traditionelle Andengetreide Quinoa anmelden und den Markt mit Hybridsorten überschwemmen.

In Rumänien werden Bäuerinnen an den Rand des Ruins getrieben: Seit 2007 dürfen sie keine selbst hergestellten Milchprodukte auf regionalen Märkten mehr verkaufen, weil dies nach Ansicht der Bukarester Regierung gegen EU-Hygienerichtlinien verstößt.

Auch in Österreich machen Hygieneauflagen, die für Großbetriebe konzipiert wurden, Direktvermarkterinnen das Leben schwer: Ein bäuerlicher Hof, der bis zu 40-mal im Jahr schlachtet, muss die gleichen Auflagen erfüllen wie ein Fleischereibetrieb mit 1.000 Schlachtungen im selben Zeitraum. [mbu]

► ÖBV, Wien, Tel. +43 (0)1 / 8929400, www.viacampesina.at

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Invasive Arten

Eindringlinge unter Aufsicht

■ Im März hat die Europäische Kommission eine Internetkonsultation zu gebietsfremden invasiven Arten eröffnet, in der Interessierte noch bis zum 5. Mai Informationen und Stellungnahmen übermitteln können. Die Ergebnisse sollen in Maßnahmen der EU gegen invasive Arten einfließen. Ende des Jahres will die EU-Kommission dazu eine formelle Mitteilung veröffentlichen.

Invasive gebietsfremde Arten sind Arten, die in Gebiete außerhalb ihres natürlichen Lebensraums gelangen und dort in der Lage sind, die einheimische Flora und Fauna zu beeinträchtigen und der Natur und der Wirtschaft erheblichen Schaden zuzufügen. Sie gehören mittlerweile zu den größten ökologischen und ökonomischen Bedrohungen weltweit.

In der EU fehlt derzeit noch ein gemeinsamer Rechtsrahmen für den Umgang mit gebietsfremden invasiven Arten. Die einzeln getroffenen Maßnahmen können nach Ansicht von Experten die Gefahren nicht wesentlich verringern. Die Konsultation soll ein erster Schritt sein, um das Pro-

blem auf europäischer Ebene anzupacken und damit dem Verlust der biologischen Vielfalt Einhalt zu gebieten.

Informationen über gebietsfremde Arten sind in der Ende Januar online gestellten Datenbank Daisei zusammengefasst (umwelt aktuell 03.08, S. 20). [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/eu-invasive-alien
- ▶ Datenbank Daisei: www.europe-aliens.org
- ▶ Veranstaltung: www.dnr.de/termine (27.5.2008)

Wirtschaft und Biodiversität

Pavan Sukhdev errechnet Kosten des Nichtstuns

■ Die EU-Kommission und das deutsche Umweltministerium haben den Leiter der Studie zur volkswirtschaftlichen Relevanz von Biodiversität der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Ökonom Pavan Sukhdev, Generaldirektor und Leiter der Abteilung „Globale Märkte“ der Deutschen Bank in London, soll das Forschungsprojekt leiten. Sukhdev hat bereits eine Studie zur wirtschaftlichen Bedeutung biologischer Vielfalt in Indien verfasst. „Mit den Ergebnissen der Studie wollen wir die enorme ökonomische Relevanz der abwechslungsreichen und unterschiedlichen Aspekte

biologischer Vielfalt aufzeigen“, erläuterte er die Zielsetzung seiner Untersuchungen.

Als im Oktober 2006 der Weltbankökonom Nicholas Stern seinen Bericht über die Kosten des Nichtstuns im Klimaschutz vorgestellt hatte, bekam die internationale Klimapolitik neuen Schwung. Nun soll auch beim Artenschutz gezeigt werden, dass es beim „Nichtstun“ letztlich um wirtschaftliche Fragen geht. Allein der Weltmarktwert für pharmazeutische Produkte, die aus der Nutzung natürlicher genetischer Ressourcen stammen, wird mit 75 bis 150 Milliarden Dollar pro Jahr veranschlagt. Das Vorhaben, die volkswirtschaftlichen Kosten durch den Verlust der biologischen Vielfalt weltweit zu ermitteln, ist ein Ergebnis des Treffens der G8+5 Umweltminister in Potsdam im letzten Jahr. Erste Ergebnisse sollen auf dem Treffen der Vertragsstaaten der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai in Bonn vorgestellt werden.

Naturschutzverbände äußerten die Hoffnung, dass ein „Stern-Report der Biodiversität“ zu mehr Ernsthaftigkeit in der europäischen Biodiversitätspolitik führen werde. Entwicklungspolitische Gruppen warnten jedoch vor den Folgen einer umfassenden Inwertsetzung der Natur. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/bmu-sukhdev-start

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenkerinnen und Vordenker

**Biodiversität – Vom Reden zum Handeln**

Eine überwältigende Fülle an Tieren und Pflanzen bevölkert den Planeten. Noch. Der Mensch und seine Wirtschaftsweise gefährden ganze Ökosysteme. Die Staatengemeinschaft will bis 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt deutlich reduzieren.

Die *politische ökologie* 109 erläutert, warum dies unerlässlich ist, analysiert den Einfluss verschiedener Interessengruppen und benennt die Aufgaben für die Zukunft.

- _ Welche Folgen hat die Globalisierung für die Artenvielfalt?
- _ Ist es sinnvoll, den Wert von Natur zu beziffern?
- _ Wie lassen sich Schutzgebiete weltweit vernetzen?

Mit Beiträgen von B. Streit, W. Cramer & K. Vohland, U. Brand, S. Friedrich, M. Niekisch u.v.a.

_ Stillen Sie Ihre Neugier! _ Fordern Sie die Heft 109 an_14,90 EUR (inkl. Versand)/19,20 CHF!
_ ISBN 978-3-86581-100-4_oekom verlag_Fax 089/54 41 84-49_neugier@oekom.de_www.oekom.de



Biodiversitätsgipfel**Allseitige Vorbereitung auf Bonner UN-Konferenz**

■ In Rom haben sich im Februar die Arbeitsgruppe zu Schutzgebieten (WGPA) und das Nebenorgan zur wissenschaftlichen, technischen und technologischen Beratung (SBSTTA) der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) getroffen, um Beschlussempfehlungen für die 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) der CBD zu erarbeiten. Jeweils am Wochenende zuvor versammelten sich außerdem Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt, um sich über die Themen der Sitzungen auszutauschen und ihre Aktivitäten abzustimmen. Zum WGPA-Arbeitsprogramm über Schutzgebiete überreichten sie den Delegationen eine Stellungnahme.

Die WGPA-Gruppe überprüfte unter anderem das CBD-Arbeitsprogramm und die Möglichkeiten zu seiner Finanzierung. Der SBSTTA prüfte die Umsetzung der CBD-Arbeitsprogramme zu Wäldern und Agrobiodiversität. Weitere Themen waren die Meere und Binnengewässer, invasive Arten und Klimawandel. Auf beiden Treffen konnten sich die Delegierten in vielen Punkten nicht einigen, zu denen nun der UN-Gipfel im Mai in Bonn einen Konsens finden muss.

Mit der Vorbereitung der COP 9 fassten sich auch die EU-Umweltminister. Am 3. März verabschiedeten sie sogenannte Schlussfolgerungen zur Verantwortung der EU für die Ziele der CBD.

Auch zu der 4. Sitzung der Vertragsstaaten des Cartagena-Protokolls zur Biosicherheit (COP/MOP 4) verabschiedete der Umweltministerrat Schlussfolgerungen. Er erhofft sich eine Entscheidung über die Haftung bei grenzüberschreitender Gentechnik-Kontamination. Auch die Vertragsparteien des Cartagena-Protokolls treffen sich im Mai in Bonn. [bv]

- ▶ Ergebnisse WGPA 2 und SBTTA13: www.cbd.int/meetings
- ▶ NGO-Kommentare: www.cbdalliance.org (ECOs)
- ▶ Schlussfolgerungen COP 9 CBD und COP/MOP 4: www.kurzlink.de/umweltrat-maerz08

An der COP 9 teilnehmen

Bis zum 1. Mai können sich Nichtregierungsorganisationen für die Teilnahme an der 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) anmelden. Die Akkreditierung erfolgt per Brief. Genauer ist auf der CBD-Internetseite angegeben.

Für alle Fragen rund um die COP 9 und auch zu der unmittelbar zuvor stattfindenden 4. Sitzung der Vertragsstaaten des Cartagena-Protokolls zur Biosicherheit (COP/MOP 4) hat das Bundesumweltministerium (BMU) eine Hotline eingerichtet. [bv]

- ▶ www.cbd.int/cop9/info (Punkt 3.2.3)
- ▶ www.biodiv-network.de
- ▶ BMU-Hotline: +49 (0)228 / 30544-10, -11, zentrale E-Mail: cop9mop4@bmu.bund.de

Ostdeutsche Naturschutzflächen**65.000 Hektar gesichert**

■ Bis zu 65.000 Hektar Fläche können in Ostdeutschland zusätzlich dem Naturschutz zur Verfügung gestellt werden. Der Gesetzentwurf zum begünstigten Flächenerwerb nach dem Ausgleichleistungsgesetz und dem Flächenerwerbsänderungsgesetz stand am 19. Februar auf der Agenda des Bundestages. Hintergrund ist die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD, dass gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes unentgeltlich an eine Bundesstiftung oder an die Länder übertragen werden sollen. Den privatrechtlichen Umweltstiftungen einschließlich der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, den Naturschutzverbänden und den Trägern von Naturschutz-Großprojekten des Bundes sollen die Flächen durch notarielle Verträge übertragen werden. Die Bundesregierung erwartet durch die Flächenübertragung Ausfälle an Erlösen in Höhe von etwa 70 Millionen Euro. [bv]

- ▶ Gesetzentwurf: www.kurzlink.de/gesetzflaechenerwerb

Unesco-Weltnaturerbe**Deutsche Buchenwälder suchen Öffentlichkeit**

■ Eine Öffentlichkeitskampagne unterstützt seit März den Nominierungsprozess besonders naturnaher deutscher Buchenwälder zum Weltnaturerbe. Indem die interessierte Öffentlichkeit in den Regionen einbezogen wird, soll das ehrgeizige Vorhaben auf eine breite Basis gestellt werden.

Vorgeschlagen werden ausgewählte Bereiche aus den Nationalparks Jasmund, Müritz (Mecklenburg-Vorpommern), Hainich (Thüringen) und Kellerwald (Hessen) sowie dem Biosphärenreservat Schorfheide (Brandenburg). Bis zum Herbst wollen die vier Bundesländer gemeinsam einen Aufnahmeantrag erarbeiten. Dieser soll Anfang 2009 beim Welterbekomitee eingereicht werden. Die Gebiete repräsentieren die wertvollsten Relikte großflächiger naturnaher Buchenwälder in Deutschland und sollen das seit 2007 bestehende Weltnaturerbe „Buchenurwälder der Karpaten“ ergänzen.

Bisher dominieren Kulturstätten die europäische Welterbeliste. Als Naturstätte ist in Deutschland lediglich die Grube Messel bei Darmstadt aufgrund ihres Fossilienvorkommens eingeschrieben, der Nominierungsprozess des Wattenmeers zum Welterbe läuft noch. [bv]

- ▶ www.weltnaturerbe-buchenwaelder.de

Vogelschutz**Insektenfresser hungern**

■ Eine neue Veröffentlichung der Vogelschutzorganisation Bird Studies Canada beschreibt alarmierende Trends bei den insektenfressenden Vögeln. Allein in den letzten zwei Jahrzehnten seien die Populationen vieler ehemals häufiger Arten um über 70 Prozent zurückgegangen. Ein Grund dafür sei der Rückgang fliegender Insekten. [bv]

- ▶ www.bsc-eoc.org/download/BWCwi08.pdf

Gänsejagd**Niedersachsen will schießen**

■ Die niedersächsische Landesregierung plant die Einführung von Jagdzeiten für die bislang geschützten Bless-, Saat-, Ringel- und Nilgänse sowie eine Ausweitung bestehender Jagdzeiten für Grau- und Kanadagans sowie den Höckerschwan. Ähnliche Bestrebungen gibt es nach Informationen aus Naturschutzverbänden auch in Nordrhein-Westfalen. Das Vogelschutzkomitee hat eine Protestpetition gestartet. [bv]

► www.gaensefreunde.de/2.html

Urwälder**Zweifel an FSC-Zertifikaten**

■ Eine Kampagne von Regenwaldaktivisten gegen die FSC-Zertifizierung von Holz aus ursprünglichen Wäldern soll dessen Kennzeichnung als nachhaltig und biodiversitätsfreundlich unterbinden. Auf ihrem Internetportal werben die Aktivisten um Unterschriften unter einen Protestbrief, um gegen Unternehmen vorzugehen, die das FSC-Siegel für das Abholzen von Urwäldern verwenden. [bv, io]

► www.rainforestportal.org („Forest Liars“)

TIERSCHUTZ & ETHIK

Kaninchenhaltung**EU soll für mehr Platz im Käfig sorgen**

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat die industrielle Mastkaninchenhaltung in Europa kritisiert. Die Tierschützer machten auf diverse Missstände in der Käfighaltung aufmerksam. Den Tieren fehle es an Platz, Verkrümmungen und Gelenkentzündungen seien die Folge. Die in Deutschland ansässigen Mastbetriebe richten sich nach den Vorgaben des Weltverbandes World Rabbit Science Association. Dieser schreibt eine Käfiggröße von 0,3 Quadratmetern für bis zu 3,5 Kilogramm schwere Kaninchen vor. Der Bundesverband der deutschen Kaninchenfleischerzeuger argumentiert, nur so sei die Haltung bezahlbar. Im letzten Jahr hatten einige Lebensmittelketten Kaninchenfleisch aus Osteuropa vorübergehend aus dem Sortiment genommen, darunter Rewe und Edeka. Der Tierschutzbund fordert eine EU-weite Regelung der Haltungsbedingungen. [tt]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Dialog EU – Lateinamerika**Geld für Umweltprojekte**

■ Am 4. März haben sich zum ersten Mal rund zwei Dutzend UmweltministerInnen aus Lateinamerika, der Karibik und der EU getroffen. Auf der Agenda standen die Themen Anpassung an den Klimawandel, erneuerbare Energien, Verlust der Artenvielfalt und Waldrodung – alles Themen, die einen großen Einfluss auf die Ökonomien Lateinamerikas haben. Der Kontinent weist weltweit die höchste Artenvielfalt auf. Die EU will zwischen 2007 und 2010 insgesamt 100 Millionen Euro für Projekte im Waldmanagement oder für Klimaanpassung beisteuern. 2,8 Milliarden Euro will die Europäische Investitionsbank für Nachhaltigkeit, Treibhausgasreduktion, erneuerbare Energien und CO₂-Speicherung beisteuern. Das Treffen sollte gemeinsame Prioritäten und Kooperationsvereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten erarbeiten. Es diene außerdem der Vorbereitung eines Gipfels der Staats- und Regierungschefs im Mai in Lima. [jg]

► Slowenische EU-Ratspräsidentschaft zum Dialog: www.kurzlink.de/eu-dialog-lac

Nachhaltigkeit**A-Z****A wie Artenvielfalt**

"Raus in die Natur" zieht es die nimmermüden Stadtmenschen, sobald die Frühlingssonne lacht. Rechnen müssen sie dabei neuerdings mit Gegenverkehr. Viele Tiere und Pflanzen finden auf dem Land keinen Lebensraum mehr und retten sich in die Städte. Die Großstadt Berlin belegt bereits einen Spitzenplatz unter den deutschen Vogelschutzgebieten. In einem Münchner Innenhof wurden bis zu 260 Schmetterlingsarten gezählt.

J. H. Reichholf

Stadtnatur

Eine neue Heimat für Tiere und Pflanzen

oekom verlag, München 2007, 320 Seiten, 24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-042-7

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
verlag

„Unser Gesetzentwurf gegen geheime Privatisierungsverträge ist ein Muster für alle Kommunen“

Privatisierung in Deutschland: Vor neun Jahren verkaufte Berlin seine Trinkwasserversorgung zu 49 Prozent an die Konzerne RWE und Veolia. Von Renditegarantien war die Rede – doch die Verträge sind geheim. Nun steigen die Wasserpreise. Licht ins Dunkel bringen will eine Volksinitiative. Doch die Landesregierung blockiert die direkte Demokratie, berichtet Aktivist Thomas Rudek.

umwelt aktuell: Ihre Initiative will die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe durchleuchten. Ein Volksbegehren zur Offenlegung der Verträge hat die Landesregierung aber als verfassungswidrig abgelehnt. War alles umsonst?

Thomas Rudek: Ganz bestimmt nicht. Gegen den Bescheid vom März werden wir vor dem Berliner Verfassungsgericht klagen – denn dieses entscheidet und nicht der Berliner Senat.

Was war denn so schlecht an der Privatisierung? Das Land behält 51 Prozent der Anteile und hat nun kapitalkräftige Partner...

...denen die alleinige Entscheidungskompetenz zugebilligt worden ist und die die Wasserbetriebe entsprechend ausschlachten. Die Konzerne RWE und Veolia haben die kaufmännische und technische Leitung, die Rolle des Landes beschränkt sich aufs Abnicken.

Warum war überhaupt ein Volksbegehren notwendig? Hat die parlamentarische Politik hier versagt?

Die Teilprivatisierung von 1999 muss insgesamt als abgekartetes Spiel bezeichnet werden. Gegen das Privatisierungsgesetz hat die damalige Opposition vor dem Verfassungsgericht geklagt und teilweise – was die Höhe der Tarifikalkulation betrifft – Recht erhalten. Die Konzerne haben daraufhin die Auflagen des Verfassungsgerichts mithilfe privatrechtlicher Geheimverträge unterlaufen. Und das Land Berlin hat als Vertragspartner bei diesem kriminellen Geschäft zulasten der Verbraucherinnen und Steuerzahler mitgemacht.

Was ändert es denn, wenn die Verträge öffentlich werden? Das wäre doch höchstens ein allererster Schritt.

Richtig, aber der entscheidende. Solange die geheimen Verträge gelten, werden die Wasserpreise trotz einer sehr guten Gewinnsituation weiter steigen – Jahr für Jahr bis 2028. Erst durch unser Gesetz zur Publizitätspflicht können die Verträge öffentlich und unabhängig überprüft werden. Informelle Kenntnisse haben keine rechtliche Relevanz. Ohne gesetzliche Offenlegung würde alles beim Alten bleiben.

Stellt Berlin einen Einzelfall dar oder haben wir es mit einer bundesweiten Entwicklung zu tun?

Fast jede Privatisierung wird von Geheimverträgen mit Renditegarantien begleitet, die notfalls sogar aus den verschuldeten öffentlichen Haushalten bezahlt werden. Darum ist der von uns erarbeitete Gesetzentwurf auch als Muster für andere Kommunen und Bundesländer gedacht.

Warum gibt es zu diesem wichtigen Thema eigentlich kaum Zeitungsberichte? Über das Volksbegehren zum Erhalt des Flughafens Berlin-Tempelhof wird doch auch ständig berichtet.

RWE und Veolia sind bei der großen regionalen Tagespresse mächtige Anzeigenkunden. Das verpflichtet die Redaktionen und schränkt die unabhängige Berichterstattung ein. Da sollte sich niemand etwas vormachen. Als kleine Bürgerinitiative arbeiten wir deshalb auch mit den Pressestellen der Grünen Liga, des Berliner Verbraucherschutzes und von Mehr Demokratie zusammen. Trotzdem ist es schwer, die Resistenz der Redaktionen aufzubrechen. Kleinere Blätter, bei denen die Anzeigenschaltungen keine Rolle spielen, haben uns durchaus unterstützt. Doch die eigentliche Brisanz der informativen Entmündigung durch privatrechtliche Geheimverträge konnten viele Bürger in ihrer Tragweite noch nicht voll erkennen.

Ist Veolia nicht ein verantwortungsvoller Konzern? Er diskutiert seinen Umweltbericht mit Verbänden, unterstützt ein „Kompetenzzentrum Wasser“ und einen Nachhaltigkeitskongress.

Diese Art von Unterstützung hat dazu geführt, dass in der Zeitschrift des Kongressveranstalters über unser Volksbegehren nicht berichtet wurde. Zensur durch Sponsoring, so viel zum Verantwortungsbewusstsein dieses Konzerns.

Wollen Sie denn zurück zu den alten Staatsbetrieben? Die sind doch auch häufig ineffizient und undurchschaubar.

„Effizienz“ beschränkt sich bei den Privaten einzig auf die betriebswirtschaftliche Optimierung. Hierzu werden die sogenannten „kalkulatorischen Kosten“ von den Finanzjongleuren undurchschaubar in die Höhe

getrieben, wie das Negativbeispiel Berlin zeigt. Ein Modell, das ich persönlich favorisiere, sieht vor, dass die Interessen der Umwelt und der Verbraucher in die Entscheidungsprozesse frühzeitig eingebunden werden. Und gegen den bekannten Gremiendünkel hilft nachhaltige Transparenz: Angefangen von der Veröffentlichung der Gremienprotokolle bis hin zur Offenlegung der Investitions- und Finanzplanungen. Das sympathische Motto „Wasser in Bürgerhand“ muss sich rechtsverbindlich in Gesetzen, Satzungen und Unternehmensregeln widerspiegeln.

Was werden Sie jetzt als Nächstes tun und was wünschen Sie sich von den Bürgerinnen und Bürgern?

Zunächst bereiten unsere Juristen die Klage vor. Für die Vorbereitung auf die zweite Stufe nach dem Volksbegehren haben wir eine Telefon- und E-Mail-Liste angelegt, mit der sich Menschen und Organisationen auf dem Laufenden halten können. Ganz entscheidend ist das Gewinnen von größeren Organisationen, die uns mit ihrer Professionalität, ihren Kontakten und hoffentlich auch mit Spenden unterstützen können. Mit einem sehr bescheidenen Etat von nicht einmal 7.000 Euro haben wir die erste Stufe mit fast 40.000 Unterschriften geschafft. Für die Klage und für die zweite Stufe, bei der wir 170.000 Unterschriften brauchen, haben wir 50.000 bis 90.000 Euro veranschlagt. Um die Seriosität unserer Finanzplanung zu unterstreichen, haben wir die Ausgaben für die erste Stufe ins Netz gestellt. Allen, die mehr als 500 Euro auf unser gemeinnütziges Konto spenden, sichern wir zu, dass nicht benötigte Mittel anteilig zurückerstattet werden.

[Interview: Matthias Bauer]

Thomas Rudek ist Politikwissenschaftler und ehrenamtlich für den Berliner Wassertisch tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2613389
E-Mail: thrudek@gmx.de
www.berliner-wassertisch.net



DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

1

NEU!

2008



SCHWERPUNKT

Visionen für die Waldwirtschaft

Für eine nachhaltige Entwicklung von Wald- und Landnutzung

WEITERE THEMEN

- Die kommunale Verkehrspolitik vor dem Aus
- Freiwillige Umwelt- und Sozialstandards auf Erfolgskurs
- Analysing the effects of European Agricultural Policy

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

oekom@de.rhenus.com

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abbedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

Industriepolitik I

Nachhaltigkeitspaket: Alles nur freiwillig?

■ Die EU-Kommission will im Mai zwei Aktionspläne veröffentlichen, die schon mehrfach verschoben worden sind: Einen zu nachhaltiger Industriepolitik und einen zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern. Die Behörde hatte im letzten Jahr ein Konsultationsdokument hierzu veröffentlicht, in dem es um neue Regelungen zu ökologischem Produktdesign und Zielwerten für Ressourcen- und Materialeffizienz ging. Um die Industrieproduktion in Europa umweltfreundlicher zu machen, setzt der zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen auf einen „anreizbasierten Ansatz“. Dieser könne zwar zu bindenden Regeln führen, das sei aber definitiv nicht die erste Priorität. Laut dem Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily schätzt Verheugen sich selbst als das „zögerlichste Mitglied der EU-Kommission“ ein, wenn es um rechtlich verbindliche Regulierung geht.

Umweltverbände nannten auf einem Seminar Ende Februar zum Thema die bisher vorgelegten Entwürfe des geplanten Nachhaltigkeitspakets „zu eng gefasst“ und „vage“. Das Europäische Umweltbüro (EEB) und die Schwedische Gesellschaft für Naturschutz (SSNC) legten dazu eine Studie vor. Freiwillige Vereinbarungen reichten nicht aus, es müsse zum Beispiel verbindliche Zielwerte für das umweltfreundliche Beschaffungswesen und mehr Vorschriften für die ökologische Gestaltung von Produkten geben.

Auch die Europäische Umweltagentur (EEA) befindet in einer neuen Broschüre, dass es „Zeit zum Handeln“ für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sei. Haushalte, Ernährung und Verkehr hätten gerechnet auf den gesamten Lebenszyklus den größten Einfluss auf die Umwelt. Die Broschüre fasst Ergebnisse einer Konferenz aus dem letzten Jahr zusammen. [jg]

- ▶ EEB-Studie „Forcing Products to go green?“ (1,7 MB): www.eeb.org (Publications)
- ▶ EEA-Broschüre: www.kurzlink.de/eea_konsum

Industriepolitik II

19-Punkte-Plan für die Forstindustrie

■ 19 Maßnahmen sollen der von der Forstwirtschaft abhängigen Industrie unter die Arme greifen. Das sieht zumindest ein Plan der EU-Kommission vor, den diese Ende Februar vorgestellt hat. Die Kommission will damit die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors erhöhen – unter anderem durch eine bessere Einbeziehung der Holzernnteproduktion in die EU-Klimaschutzpolitik. Außerdem soll die nachhaltige Waldbewirtschaftung stärker unterstützt werden. Die Mitgliedstaaten, die Industrie und die Waldbesitzer sollen Auf- und Wiederaufforstung fördern.

Die Vorschläge waren Gegenstand einer öffentlichen Konsultation und wurden vom Beratenden Ausschuss für die Holzwirtschaftspolitik der EU geprüft. Der 19-Punkte-Plan gehört zur integrierten Industriepolitik der Kommission. [jg]

▶ www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/319)

EU-Subventionen

Regional umweltfeindlich

■ Umweltverbände haben die EU-Regionalfördermaßnahmen untersucht und mehr als 50 aus Umweltsicht fragwürdige Infrastrukturprojekte gefunden. 22 Milliarden Euro wolle die EU für Projekte in Mittel- und Osteuropa ausgeben, die zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt haben – so die Umweltverbände CEE Bankwatch und Friends of the Earth Ende Februar in Brüssel. Auf den Listen der Förderperiode 2007–2013 fanden die Umweltschützer 18 Abfallverbrennungsanlagen, 14 Autobahnen durch wertvolle Naturgebiete und acht Wasserbauprojekte in einzigartigen Naturlandschaften.

10 Milliarden Euro sollen dafür aus EU-Fonds kommen, weitere Gelder stammen aus den Kassen der Europäischen Investitionsbank (EIB). Allein in Polen sollen neun Müllverbrennungsanlagen gefördert

werden, obwohl die Erhöhung der Recyclingrate, die in Polen gerade drei Prozent betrage, sehr viel förderungsbedürftiger wäre, kritisierte CEE Bankwatch. Ein weiteres umstrittenes Projekt, die Verkehrsachse Via Baltica, befindet sich in Polen. Drittes extremes Negativbeispiel ist für die Verbände die Schnellstraße R52, die Brno (Brünn) in Tschechien mit Wien verbinden soll. Die Verbände haben eine Karte erstellt, in der die fünfzig umweltfeindlichen Projekte eingezeichnet sind. [jg]

- ▶ CEE Bankwatch Network, Prag, Tel. +420 / 274816571, E-Mail: main@bankwatch.org
- ▶ Karte: www.bankwatch.org/billions

Umweltrecht international

Globale Rangliste zur Umsetzung von Abkommen

■ Viele Länder versagen bei der Umsetzung internationaler Umweltabkommen, warnen UmweltschützerInnen im Vorfeld eines Treffens der UmweltministerInnen im Rahmen des UN-Umweltprogramms UNEP Ende Februar in Monaco. Anlass war eine Analyse der Umsetzung der internationalen Umweltabkommen, die die britische Organisation Stakeholder Forum für eine sustainable future veröffentlicht hatte.

In einer weltweiten Rangliste bewertete das Stakeholder Forum die Fortschritte der Staaten bei der Umsetzung der fünf wichtigsten UN-Umweltabkommen: Kyoto-Protokoll, Rotterdam-Übereinkommen zum Handel mit gefährlichen Chemikalien, Stockholm-Übereinkommen zu Dauergiften (POPs), Seerechtsübereinkommen und Cartagena-Protokoll zur Biosicherheit. Länder, die alle fünf Abkommen ratifiziert haben, erhielten die höchste Punktzahl. Dazu gehören Japan, Indien, Brasilien und Neuseeland sowie 20 der 27 EU-Staaten, darunter Deutschland. Die EU-Mitglieder, die die Abkommen nicht vollständig ratifiziert haben, sind Italien, Polen, Irland, Ungarn, die Slowakei, Estland und Malta. Die USA und Russland erreichten nur fünf von 15 möglichen Punkten.

Die wichtigsten Umweltthemen werden durch internationale Abkommen abgedeckt, aber die Umsetzung sei sehr lückenhaft, so das Stakeholder Forum. Die Ergebnisse seien eine „dringende Erinnerung“, unterstrich die Organisation. Die weltweite Ratifizierung dieser Umweltabkommen sei ein entscheidender Schritt im Kampf gegen Umweltzerstörung. [bv]

- ▶ www.stakeholderforum.org/7506

Umweltrecht in Deutschland

Umweltgesetzbuch vor der Zerreißprobe

■ Naturschutzverbände sehen das von der Bundesregierung vorgelegte Umweltgesetzbuch (UGB) vor einer Zerreißprobe. „Wenn die massiven Interventionen des Agrar- und des Verkehrsressorts vor allem beim heftig umkämpften Dritten Buch ‚Naturschutz und Landschaftspflege‘ nicht zurückgewiesen werden, bleibt der Naturschutz auf der Strecke“, beklagte der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Hubert Weinzierl.

Die Verbände DNR, NABU und BUND befürchten insbesondere, dass Ersatzgeldzahlungen bei der Zerstörung von Naturflächen zum Standard werden könnten. Das zentrale Instrument für den Schutz von Natur und Landschaft auf der gesamten Fläche, die sogenannte Eingriffsregelung, solle nach dem Willen des Agrar- und des Verkehrsressorts „zu einer bloßen Geldbeschaffungsmaschinerie“ werden, kritisierte der DNR. Die Naturschutzverbände hätten gehofft, dass durch das neue Gesetz Landschaftsverbrauch vermieden, kompensiert und höchstens als letztes Mittel durch finanzielle Zahlungen ausgeglichen wird. Der vorliegende UGB-Entwurf weise aber in eine ganz andere Richtung.

Großer Flurschaden für den Naturschutz entstände nach Ansicht der Verbände auch durch die vom Landwirtschaftsministerium geforderte Streichung verbindlicher Regeln für naturverträgliche Land-, Forst-, und Fischereiwirtschaft, der

sogenannten guten fachlichen Praxis. Die „gravierenden ökologischen Auswirkungen der industrialisierten Landwirtschaft“, wie die Belastung von Boden und Wasser, müssten durch konkrete Betreiberpflichten an die Landwirte eingedämmt werden. Entscheidend sei darüber hinaus eine flächenhafte Anwendung der Landschaftsplanung auch auf örtlicher Ebene.

DNR, BUND und NABU nannten es einen „gravierenden Geburtsfehler des UGB“, dass infolge der Föderalismusreform die Länder die Möglichkeit hätten, von Bestimmungen des Umweltgesetzbuches abzuweichen. Das „föderale Chaos im Umweltrecht“ werde dadurch weiter vergrößert, jahrelange Rechtsstreitigkeiten vor dem Bundesverfassungsgericht seien vorgezeichnet. Das Umweltgesetzbuch bringe in der momentanen Entwurfsfassung keine ökologischen Verbesserungen, sondern teilweise sogar eine Absenkung von Standards. [jg]

- ▶ DNR, Ellen Krüsemann, Tel. +49 (0)208 / 8805921, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de, www.kurzlink.de/dnr-projekt-ugb
- ▶ www.umweltgesetzbuch.org

EU-Kommission

Androula Vassiliou neue Gesundheitskommissarin

■ Neue EU-Gesundheitskommissarin ist Androula Vassiliou aus Zypern. Die Anwältin und Politikerin tritt die Nachfolge von Markos Kyprianou an, der Außenminister Zyperns wird. Vassiliou muss sich nach ihrer formalen Ernennung durch den EU-Ministerrat auch dem Europäischen Parlament zu einer Befragung stellen. Von 1996 bis 2001 und von 2001 bis 2006 war die künftige Gesundheitskommissarin Abgeordnete des zypriischen Parlaments und stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei (ELDR). [jg]

- ▶ www.ec.europa.eu/commission_barroso/index_de.htm

Europäisches Recht**EU-Vertrag in einem Guss**

■ Die Übereinkunft der Staats- und Regierungschefs über eine neue vertragliche Grundlage der EU, der sogenannte Lissabon-Vertrag, ist jetzt endlich auch in einer konsolidierten Version vorhanden. Bisher bestand er nur aus einer großen Anzahl von Anhängen, Fußnoten und Textbausteinen. [ms]

- www.statewatch.org/news/2008/jan/eu-lisbon-treaty-consolidated.pdf (engl., 336 S., 750 kB)

VERKEHR & TOURISMUS

Öffentliche Verkehrsmittel**UNO wirbt für Bus und Bahn**

■ Ende Februar haben der internationale Verband für öffentlichen Verkehr (UITP) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eine Werbekampagne gestartet, um zum Umsteigen vom Auto auf Busse, Straßenbahnen und Züge zu bewegen. Die Kampagne soll auf allen großen TV-Sendern weltweit laufen.

20 Prozent der europäischen CO₂-Emissionen werden vom Straßenverkehr verursacht. Deshalb können aus Sicht von UITP und UNEP AutofahrerInnen erheblich dazu beitragen, den negativen Einfluss von Abgasen zu mindern. Die Hälfte aller städtischen Wege seien weniger als fünf Kilometer lang und könnten zu Fuß, per Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden, so UITP.

Gezielte Aktionen und Maßnahmen, die die Bewegung ohne Auto sicherer und attraktiver machen, sollen im Oktober präsentiert werden. Zielgruppe der Kampagne sind auch Kommunalverwaltungen, die Gebührensysteme wie die Citymaut einführen könnten. [mbu]

- UITP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 6736100, www.uitp.org
- www.unep.org

Feinstaub in Städten**Umweltzonen jetzt auch in Baden-Württemberg**

■ Seit März gibt es weitere Umweltzonen in Baden-Württemberg. Nach Berlin, Köln und Hannover, die bereits im Januar Umweltzonen eingeführt hatten (umwelt aktuell 02.08, S. 24), gelten nun auch in Stuttgart, Mannheim, Ludwigsburg, Reutlingen, Tübingen, Leonberg, Schwäbisch Gmünd und Ilsfeld Fahrverbote für Fahrzeuge ohne Schadstoffplakette.

Grund für die Schaffung von Umweltzonen ist die schlechte Luftqualität: In den genannten Städten wurde der Grenzwert für Feinstaub im vergangenen Jahr öfter überschritten als erlaubt, und zwar meistens an stark befahrenen innerstädtischen Straßen. Der Verkehrsclub VCD forderte Fahrer von Dieselaufos auf, einen Partikelfilter einbauen zu lassen. Damit verringere sich der gefährliche Feinstaubausstoß eines Fahrzeugs beträchtlich und es könne so eine Schadstoffplakette erhalten. [mbu]

- VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Fortbewegung in Städten**Mobilitätspreis für Kroatien**

■ Im Februar hat EU-Umweltkommissar Stavros Dimas in Brüssel die Preise für die Europäische Mobilitätswoche 2007 verliehen. Gewinnerin ist Koprivnica (Kroatien), gefolgt von Frankfurt am Main und Arad (Rumänien). Die Mobilitätswoche setzt sich für nachhaltigen Verkehr in Städten ein. Sie wird von den drei europäischen Städtenetzwerken Eurocities, Climate Alliance und Energie-Cités koordiniert und von der EU-Kommission unterstützt. Im vergangenen September stand sie unter dem Motto „Straßen für Menschen“ und sollte die Stadtverwaltungen anregen, mehr Straßenflächen für Fußgänger und Radfahrer zur Verfügung zu stellen.

Koprivnica überzeugte die Jury mit einem Programm, das darauf abzielt, alle

öffentlichen Gebäude, Bürgersteige und Kreuzungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen, Straßen im Zentrum auf den nicht motorisierten Verkehr umzustellen und das Zufußgehen sowie mit Biodiesel betriebene öffentliche Verkehrsmittel zu fördern.

Frankfurt führte eine Informationskampagne durch, bei der man etwas über Verkehrs- und Umweltfragen lernen und alternative Verkehrsmittel wie Fahrradtaxi und solarbetriebene Fahrzeuge ausprobieren konnte.

In Arad standen pädagogische Aktivitäten zu Luftqualität, nachhaltigem Verkehr und Umweltschutz im Mittelpunkt. So wurde an Straßen die Luftqualität gemessen, um den Bewohnern die Auswirkungen der Verkehrsemissionen vor Augen zu führen. [mbu]

- Europäische Mobilitätswoche, www.mobilityweek-europe.org
- EU-Kommission, Umwelt, Brüssel, www.ec.europa.eu/environment

Wasserstofftechnologie**Milliardenspritze für H₂-Autos**

■ Die Nutzung von Wasserstoff kann bis zum Jahr 2050 den Erdölverbrauch im Verkehr um 40 Prozent senken. Dieser Ansicht sind die EU-Forschungsminister, die sich dabei auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse berufen. Ende Februar stimmten sie einer Verordnung für eine langfristige öffentlich-private Forschungspartnerschaft zu Brennstoffzellen zu. Die EU plant bis 2014 Investitionen von 940 Millionen Euro in das Forschungsprogramm, die zu gleichen Teilen aus öffentlichen und privaten Mitteln kommen sollen. Damit soll die Einführung der Wasserstofftechnologie beschleunigt werden. Wasserstoff (H₂) gilt als sauberer Energiespeicher, sofern er regenerativ erzeugt wird. Umweltverbände befürchten jedoch, dass die Einführung zu lange dauert und zu teuer wird. [mbu]

- www.ec.europa.eu/research/energy/nn/nn_pu/hyways/article_0001_en.htm

EU-Verkehrspolitik I**Balkan soll auf neuen Straßen in die EU fahren**

■ Die Europäische Kommission hat im März Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen der EU und ihren Nachbarn beschlossen. So schlug sie vor, einen Vertrag über eine Verkehrsgemeinschaft mit den westlichen Balkanstaaten auszuhandeln. Ziel der Verhandlungen ist ein integrierter Markt für den Land- und Schiffsverkehr. Die Infrastrukturen zwischen Nachbarländern sollen verknüpft und die Rechtsvorschriften für Sicherheit, Umwelt und Dienstleistungen angeglichen werden, sagte EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot. In der EU-Kommission rechne man damit, dass die Verkehrsgemeinschaft auch die Vorbereitungen der Westbalkanländer für einen EU-Beitritt beschleunige.

Seit diesem Jahr gelten für Albanien, Bosnien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien erleichterte Visabestimmungen. Die Kommission kündigte einen Zeitplan zur Aufhebung der Visapflicht an. [mbu]

► www.kurzlink.de/verkehrsgemeinschaft

EU-Verkehrspolitik II**Citymaut spart Energie**

■ Damit auch der Verkehrssektor das für 2020 angestrebte EU-Ziel von 20 Prozent weniger CO₂-Emissionen erreicht, hat das Europäische Parlament im März eine nachhaltige Verkehrspolitik in den Mitgliedstaaten gefordert. Ein Viertel der gesamten Treibhausgasemissionen in der EU gehe auf den Verkehr zu Land, auf dem Wasser und in der Luft zurück. Weil das Verkehrsaufkommen ständig wachse, steige auch der Ausstoß klimaschädlicher Gase weiter.

Unter anderem schlugen die Abgeordneten eine Citymaut sowie Straßenbenutzungsgebühren vor. Auch die Förderung technologischer Entwicklungen und der

Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente, wie zum Beispiel steuerliche Anreize, gehören aus Sicht der Parlamentarier zu den notwendigen Maßnahmen.

Die Grünen im EU-Parlament stimmten gegen den sogenannten Albertini-Bericht über eine nachhaltige europäische Verkehrspolitik. Der Bericht gehe davon aus, dass die meisten Verkehrsprobleme mit Technik lösbar seien, kritisierte der verkehrspolitische Sprecher Michael Cramer. Die Grünen forderten stattdessen, zügig die Eurovignette einzuführen, damit auch die Umweltkosten, die vor allem der Lkw-Verkehr verursache, berücksichtigt würden. Da der verkehrsbedingte CO₂-Ausstoß in der EU von 1990 bis 2005 um ein Drittel zugenommen habe, bestehe dringender Handlungsbedarf. [mbu]

- Europäisches Parlament, Verkehr: www.europarl.europa.eu/news/public/documents_par_theme/910/default_de.htm
- Michael Cramer, MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2845779, E-Mail: mrcramer@europarl.europa.eu

WASSER & MEERE

Hochwasserforschung**Donau wird gemeinsam beobachtet**

■ Die Internationale Kommission für den Schutz der Donau hat im März ein länderübergreifendes Warnsystem vor Hochwasser vorgestellt. Die Anrainer sollen damit die Möglichkeit haben, sich schon bis zu zehn Tage vor einer Hochwasserwelle auf diese vorzubereiten. Die Maßnahmen reichen von der Verstärkung der Deiche durch Sandsäcke bis hin zu Evakuierungsplänen. Das Europäische Flutwarnsystem (EFAS), an das europaweit 25 nationale Behörden angeschlossen sind, wird vom gemeinsamen Forschungszentrum (JRC) der EU betrieben. [jg]

► www.kurzlink.de/jrc_donau

EU-Pestizidpolitik**Dänemark sieht Gefahr für Trinkwasser**

■ Dänemark hat die Vorschläge der EU, die Pestizidregelung zu überarbeiten scharf kritisiert, berichtet der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Umweltminister Troels Lund Poulsen warnte, das laxe EU-Zulassungsverfahren könne die dänische Trinkwasserversorgung gefährden. Der Rat für Ökologie, eine dänische Nichtregierungsorganisation, schätzt, dass die Pläne der EU-Kommission zu einem Anstieg der erlaubten Pestizidwirkstoffe von bisher 83 auf dann 210 führen können. Dänemark bezieht sein Trinkwasser aus unbehandelten Grundwasserreserven. Ende Mai soll der EU-Ministerrat über die Vorschläge der EU-Kommission zu Pestiziden abstimmen. [jg]

► www.ecocouncil.dk

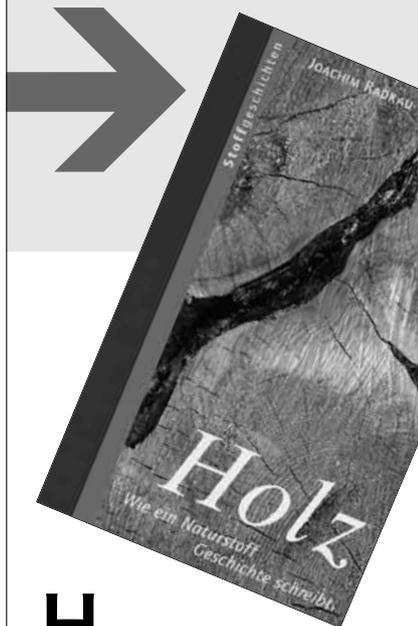
Recht auf Wasser**Frauen gegen Privatisierung**

■ Geschlechtergerechten Zugang zu sauberem Trinkwasser haben Ende Februar Frauen auf einer internationalen Fachtagung in Berlin gefordert. 120 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen diskutierten die Auswirkungen von Privatisierung, Verschmutzung und Verschwendung von Wasser auf die Lebensbedingungen von Frauen und Männern. Organisiert wurde die Tagung von Ecomujer, ver.di, genanet und der Menschenrechtsorganisation FIAN.

Besonders in den Ländern des Südens seien viele Frauen unmittelbar von Wasserverknappung, Verteilungskämpfen und dem lukrativen Handel mit dem „blauen Gold“ betroffen, hieß es auf der Konferenz. Vor allem die industrielle Landwirtschaft mit ihren bewässerungsintensiven Monokulturen verursache in den Ländern des Südens Wassermangel. Mit dem kostbaren Wasser würden Nahrungsmittel und

Nachhaltigkeit

A-Z



H wie Holz

»Ötzi«, der Mann aus dem Eis, konnte bei seiner Gletscherbesteigung ebenso wenig darauf verzichten wie die Baumeister mittelalterlicher Kathedralen oder die Energieunternehmen unserer Tage: Holz ist als Werk, Bau- und Brennstoff unentbehrlich. Dieser Band erzählt die Kulturgeschichte des Holzes und verschafft überraschende Einblicke in die Beziehung zwischen dem Naturstoff und seinem Nutznießer Mensch.

J. Radkau

Holz

Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt
oekom verlag, München 2007
Reihe Stoffgeschichten Band 3
344 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen
24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-049-6

Erhältlich bei

www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Energiepflanzen für die Industrieländer erzeugt. Im Jahr 2002 haben die Vereinten Nationen das Menschenrecht auf Wasser formuliert. Obwohl 147 Staaten dieses Prinzip unterschrieben hätten, werde das Recht auf Wasser ständig verletzt, so die Veranstalterinnen. [jg]

► www.genanet.de

Forschung**Gefährden Nanopartikel die Gewässer?**

■ Eine dänische Forschergruppe unter Leitung des Umweltoxikologen Anders Baun hat den Effekt von Nanopartikeln auf die Giftwirkung anderer Stoffe in aquatischen Ökosystemen untersucht. Vier allgemein verbreitete und für Algen und Krebstiere schädliche Substanzen – Atrazin, Methylparathion, PCP und Phenathren – wurden in Wechselwirkung mit C₆₀-Fullerenen analysiert. Auch die Wirkung der Partikel selbst wurde getestet. Die Forscher fanden heraus, dass die Anwesenheit von C₆₀-Nanopartikeln die Aufnahme anderer Wirkstoffe in Wasserorganismen beschleunigt. Die Toxizität von Phenathren stieg auch bei geringerer Menge der Substanz im Wasser. Die Giftigkeit von PCP dagegen ließ nach. Nur geringe Effekte waren bei den anderen beiden Stoffen nachweisbar.

Nanopartikel beeinflussen Geschwindigkeit und Menge der Aufnahme von Fremdstoffen in den Körper von Krebstieren. Auch C₆₀-Partikel selbst waren im Verdauungstrakt der Krebse nachweisbar. Die Gruppe empfahl, bei Risikobewertungen auch mögliche Wechselwirkungen mit anderen Umweltschadstoffen zu berücksichtigen. Auch wie die unterschiedlichen Phasen von Nanopartikeln ihr Verhalten in Wasser, Suspensionen oder Molekülklumpen (Clustern) beeinflussen, müsse untersucht werden. [jg]

► www.kurzlink.de/nano-tox-c60

► Anders Baun, Lyngby, E-Mail: anb@env.dtu.dk

Abwasser**In Kläranlagen vermehren sich resistente Bakterien**

■ Auch wenn Abwasser in Kläranlagen gereinigt wurde, kann das entlassene Klarwasser antibiotikaresistente Bakterien enthalten. Davor warnen Wissenschaftler des Forschungszentrums Karlsruhe. Im Klärschlamm könnten sich antibiotikaresistente Bakterien vermehren oder das Resistenz-Gen über den sogenannten horizontalen Gentransfer weitergeben. Die resistenten Bakterien würden in Flüsse und von dort wieder in den Nahrungskreislauf des Menschen gelangen. Vor allem in Klinikabwässern ließen sich multiresistente Bakterien nachweisen, ebenso auch Antibiotika selbst. Diese könnten schon in geringen Mengen biologische Effekte auslösen. [jg]

► Forschungszentrum Karlsruhe, Dr. Thomas Schwartz, Tel. +49 (0)7247 / 822861, E-Mail: thomas.schwartz@itc-wgt.fzk.de, www.fzk.de

Staudambau in der Türkei**Fluten und flüchten**

■ Rund 1.500 Menschen in der Türkei wollen Asyl in Deutschland, Österreich und der Schweiz suchen, wenn im türkischen Tigris-Tal der umstrittene Ilisu-Staudamm gebaut wird. Die drei Staaten unterstützen mit Exportkreditgarantien das Projekt, das rund 55.000 BewohnerInnen die Heimat nehmen und die antike Stadt Hasankeyf überfluten wird. Kritiker fordern die Einhaltung internationaler Standards. Ein im März veröffentlichter Expertenbericht zu Umsiedlungen, Denkmal- und Umweltschutz belegt jedoch, dass die türkische Regierung ihre diesbezüglichen Zusagen nicht eingehalten hat. Der geplante Stausee hat durch seine Lage im kurdischen Gebiet an der syrisch-irakischen Grenze zudem eine brisante politische Dimension. [jg]

► WEED, Heike Drillisch, +49 (0)177 / 3452611, www.weed-online.org/ilisu

Meeresverschmutzung**Lizenz für echte Strafen**

■ Die EU-Mitgliedstaaten sollen härter gegen die Verursacher von Meeresverschmutzung vorgehen. Dazu hat die EU-Kommission im März eine neue Richtlinie vorgelegt. Diese sieht eine strafrechtliche Verfolgung und wirksamere Sanktionen gegen die Umweltverschmutzung durch Schiffe vor und enthält auch eine Definition der Verstöße. Außerdem sollen Unternehmen für Straftaten, die in diesem Bereich zu ihren Gunsten begangen werden, belangt werden können. Der neue Vorschlag soll einen Rahmenbeschluss von 2005 ersetzen, der den Mitgliedstaaten Art und Höhe vorschlug, wie in besonders schweren Fällen Straf- oder Verwaltungs-sanktionen zu verhängen wären. Justizangelegenheiten sind allerdings immer noch Sache der Staaten, weshalb es richterliche Auseinandersetzungen deswegen gab.

Die neue Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Verstöße strafrechtlich zu sanktionieren. Schuldigen Unternehmen sollen „wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen administrativer oder strafrechtlicher Natur auferlegt werden“, wobei die Richtlinie nicht die Höhe der Strafe festlegt. Sollten die Mitgliedstaaten die Richtlinie nach ihrer Annahme durch EU-Ministerrat und Parlament nicht umsetzen, könnte die EU-Kommission über den Europäischen Gerichtshof Vertragsverletzungsverfahren anstreben. Die Erfahrung der letzten Jahre zeige, dass die Strafen in einigen Mitgliedstaaten „zu niedrig“ seien, so die Kommission. Eine Entscheidung in den beiden zustimmungspflichtigen Organen Rat und Parlament könnte schon vor dem Sommer fallen.

Vereinheitlichte Strafmaße können theoretisch gesetzlich eingeführt werden, sobald der EU-Reformvertrag in Kraft getreten ist. Dann will die EU-Kommission erwägen, ob sie erneut einen Vorschlag über die Höhe der Strafen erarbeitet. [jg]

- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid/ (IP/08/420, MEMO/08/156)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Helcom-Treffen**In kleinen Schritten gegen Ostseeverschmutzung**

■ Die Ostsee-Anrainerstaaten haben sich über neue Empfehlungen zum Meeresschutz geeinigt. Das 29. Jahrestreffen der Helsinki-Kommission (Helcom) im März verabschiedete Resolutionen zur Verminderung von Emissionen aus Krematorien – unter anderem von Quecksilber – sowie zur Berichtspflicht über Abfälle an Stränden. Die Sammlung standardisierter Daten über Art und Menge von Müll aus dem Meer ist Teil einer globalen Initiative, um dessen Auswirkungen zu bewerten.

Außerdem diskutierten die Vertreter der Anrainerstaaten bei dem zweitägigen Treffen über die Umsetzung des Ostsee-Aktionsplans zur Verminderung von Umweltverschmutzung. Im April soll dazu eine internationale Arbeitsgruppe unter Vorsitz des finnischen Diplomaten Ole Norrback ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Mitgliedstaaten nominierten hierfür staatliche Vertreter, Finanzexpertinnen und andere Interessenvertreter. Die Finanzierung des Ostsee-Aktionsplans ist aber weiter unklar. Dabei gibt es an der Ostsee noch immer 79 kritische „Hot Spots“ mit besonders hoher Umweltverschmutzung. Ursprünglich waren von Helcom 162 besonders schwere Fälle von Verschmutzung festgestellt worden.

Das Helcom-Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets wurde 1974 unterzeichnet und 1992 überarbeitet. Der internationale Vertrag soll die Ostsee, eines der am stärksten beanspruchten Meere der Welt, vor Verschmutzungen schützen. Zu den Aufgaben des Helcom-Sekretariats in Helsinki gehören die Erarbeitung von Maßnahmenempfehlungen sowie sogenannte Monitoring-Programme: Die Unterzeichnerstaaten sollen Daten sammeln, die eine umfassende Beurteilung des Zustands der Ostsee ermöglichen. [jg]

- ▶ Helcom, Nikolay Vlasov, Helsinki, Tel. +358 (0)207 / 412-635, Fax -639, E-Mail: nikolay.vlasov@helcom.fi, www.helcom.fi

Meeresökologie**Klimawandel gefährdet Fischgründe**

■ Die globale Erwärmung wirkt sich neben Verschmutzung und Überfischung negativ auf die globalen Fischbestände aus, lautet die Aussage des Ende Februar veröffentlichten UNEP-Berichts „In Dead Water“. Laut dem Bericht des UN-Umweltprogramms könnten mindestens drei Viertel der Fischgründe durch eine klimabedingte Änderung der Meeresströmung gefährdet sein. Diese natürlichen Pumpen könnten sich abschwächen oder ganz ausfallen. Das hätte zur Folge, dass den Fischgründen keine Nährstoffe und sauberes Wasser mehr zugeführt würde. Darüber hinaus werden aufgrund der steigenden Oberflächentemperaturen weltweit voraussichtlich bis zu 80 Prozent der Korallenriffe, natürlichen Barrieren und Laichgründe stark beeinträchtigt sein oder sterben. Hinzu kommen die Auswirkungen der Meeresversauerung durch CO₂-Emissionen. Erstmals sind in dem Bericht „In Dead Water“ die vielfältigen Auswirkungen von Verschmutzung, invasiven gebietsfremden Arten, Überfischung und Klimawandel auf die Meere und Ozeane abgebildet. Laut dem Bericht konzentrieren sich die Auswirkungen des Klimawandels mit Verschmutzungen, Überfischungen und invasiven gebietsfremden Arten auf zehn bis 15 Prozent der Ozeane. Diese decken sich größtenteils mit den wertvollsten Fischgründen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/indeadwater

Fossile Energien**Bohrt Dea im Wattenmeer?**

■ Der Energiekonzern RWE/Dea will im Wattenmeer großflächig nach Öl- und Gasvorkommen suchen. Der Konzern hatte beim nordfriesischen Kreistag einen „Antrag auf Aufsuchung“ – also die Suche nach den Bodenschätzen Öl und Gas – gestellt; dieser wurde am 7. März abgelehnt. ▶

Die Schutzstation Wattenmeer, der WWF, der NABU und andere Umweltverbände protestierten gegen die geplanten neuen Bohrtürme im Wattenmeer und appellierten an RWE/Dea, auf das Ansinnen vollständig zu verzichten. Seit Monaten baue der Konzern 50.000 Quadratmeter Watt und Priele rund um die 1987 in Betrieb genommene Förderplattform „Mittelplatte“, um diese vor einem heranwandernden Priel zu schützen. Als Skandal bezeichnen die Verbände, dass RWE/Dea den schwerwiegenden Eingriff ohne Genehmigung vornimmt. Der Konzern beruft sich dabei auf das Berggesetz, nach dem bei unvorhergesehenen und akuten Problemen sofort gehandelt werden dürfe. Die Wanderung von Prielen im Watt sei jedoch ein normaler Vorgang, mit dem immer gerechnet werden müsse, so die Verbände.

RWE/Dea plant außerdem weitere Probebohrungen im schleswig-holsteinischen Nationalpark Wattenmeer. Zwar hat die Firma nach öffentlichem Druck angekündigt, keine weiteren Bohrinnseln bauen zu wollen, dies ist aber nicht rechtsverbindlich. Auch im niedersächsischen Nationalpark Wattenmeer will RWE/Dea nach Öl bohren. [jg]

► Schutzstation Wattenmeer, Rainer Borchering, Rendsburg, Tel. +49 (0)4331 / 23622, www.schutzstation-wattenmeer.de

Gefährdungskarte der Meere

Mensch zerstört Meer

■ Die im Wissenschaftsmagazin Science veröffentlichte erste globale Gefährdungskarte der Meere zeigt, wie und wo der Mensch das Meer zerstört. Über 40 Prozent der Ozeane der Welt sind durch menschlichen Einfluss stark beeinträchtigt, nur noch vier Prozent sind vom Menschen unberührt. Laut der vom Meeresforscher Benjamin Halpern erstellten Karte sind die Küstenbereiche der Industrienationen besonders stark betroffen: Nordsee, Mittelmeer, Chinesisches und Japanisches Meer sowie die Ostküste der USA kämpfen mit Gewässerverschmutzung, Fischerei, Hafentbauten und Bohrinnseln. Erstmals ist das weltweite Ausmaß der Schäden und ihre Verteilung genau angegeben. Greenpeace fordert, weltweit mindestens 40 Prozent der Meeresfläche als Schutzgebiete auszuweisen. Durch eine Änderung der UN-Seerechtskonvention wird erstmals die gesetzliche Grundlage geschaffen, Schutzgebiete auf hoher See einzurichten. In den EU-Gewässern ist Deutschland mit 30 Prozent seiner Meeresfläche Vorreiter bei der Einrichtung von Schutzgebieten. [bv]

► Meeresgefährdungskarte: www.kurzlink.de/meeresgefaehrdung
► www.greenpeace.at/meeresschutz.html

Nachhaltige Fischereiprodukte

MSC-Siegel setzt sich langsam durch

■ Die Zahl der Fischprodukte mit dem MSC-Siegel hat sich seit 2005 nahezu verfünffacht. Mittlerweile tragen weltweit knapp 1.200 Erzeugnisse aus 26 Fischereien das Siegel des „Marine Stewardship Council“ für eine umweltschonende Fischerei. Weitere 63 Fischereien befinden sich derzeit im Prüfungsverfahren, darunter auch eine erste deutsche Fischerei. In Deutschland wird der Marktanteil der derzeit 150 MSC-Produkte auf etwa zehn Prozent geschätzt. Vorbild sind die Niederlande, wo der Handel ab 2011 nur noch MSC-Fisch anbieten will.

Der Marine Stewardship Council erfüllt die Kriterien der UN-Welternährungsorganisation FAO für nachhaltige Fischerei. Er schreibt schonende Fangmethoden vor und verlangt effiziente Kontrollen. Unterstützt wird MSC vom WWF, zu den ersten Trägern gehörten Produkte der Firma Iglo. Andere Umweltorganisationen wie Greenpeace bemängeln allerdings, dass die besonders problematische Grundschieppnetzerei mit dem Siegel nicht eingeschränkt werde. [bv]

► www.wwf.de

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

Nachhaltigkeitspolitik geht in die nächste Runde

Die Bundesregierung arbeitet am zweiten vollständigen Fortschrittsbericht zu ihrer vor sechs Jahren verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie. Sie möchte den Bericht auch mit der Zivilgesellschaft diskutieren und hat dazu ein Konsultationspapier vorgelegt. Die den Prozess begleitenden Umweltverbände können darin jedoch kaum Anzeichen für den Einzug von Nachhaltigkeitsprinzipien in die Realpolitik entdecken.

■ In diesem Jahr erarbeitet die Bundesregierung den zweiten umfassenden Fortschrittsbericht zu ihrer Nachhaltigkeitspolitik. Neben einer Bilanz soll dabei auch eine inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklung stattfinden. Im Dezember 2007 hat die Regierung bereits ein Konsultationspapier vorgelegt, das die Struktur und die Inhalte des Fortschrittsberichtes skizziert. Sie eröffnete damit eine neue Runde für den zivilgesellschaftlichen Dialog zum Nachhaltigkeitsprozess. Die Umweltverbände DNR, BUND und NABU haben ihre Erwartungen an den Fortschrittsbericht 2008 in einer Stellungnahme deutlich gemacht.

Ziele ehrgeiziger setzen

Die drei Verbände begleiten den Nachhaltigkeitsprozess der Bundesregierung schon seit 2001 kritisch. Die Regierung will ihre 2002 verabschiedete Nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln und arbeitet nun am zweiten vollständigen Fortschrittsbericht. Ihr dazu im Dezember präsentiertes Konsultationspapier macht allerdings wenig Hoffnung auf eine tatsächliche Weiterentwicklung der Strategie. Schon seit Beginn des Nachhaltigkeitsprozesses kritisieren DNR, BUND und NABU, dass die Ziele zum Teil nicht anspruchsvoll genug sind und dass in vielen Bereichen konkrete Maßnahmen fehlen. Sechs Jahre nach Verabschiedung der Strategie hat sich der Nachhaltigkeitsgedanke noch immer nicht in der Realpolitik niedergeschlagen. Es muss nun endlich ein Weg gefunden werden, Nachhaltigkeit für alle Politikresorts verbindlich zu machen.

Nachdem die Bundesregierung das ursprünglich in der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegte Klimaziel, die Treibhausgasemissionen bis 2005 um 25 Prozent zu senken, kommentarlos fallen ließ und das weniger anspruchsvolle Kyoto-Ziel

übernahm, sollte hier wenigstens eine Anpassung an die aktuelle Diskussion stattfinden: Das politisch bereits etablierte Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, gehört in die Nachhaltigkeitsstrategie.

Den täglichen Flächenverbrauch von derzeit 100 Hektar auf 30 Hektar bis 2020 zu senken ist durchaus ein anspruchsvolles Ziel – dennoch ist es nötig den Flächenverbrauch bis dahin ganz zu stoppen.

Defizite nennen, Maßnahmen festlegen

Inwieweit die konkreten Ziele und Indikatoren erreicht wurden, wird vom Statistischen Bundesamt ermittelt. Von dieser Bilanz ist zu erwarten, dass die Defizite in der Umsetzung klar benannt werden – ähnlich wie im Indikatorenbericht 2006. Damit belegte das Statistische Bundesamt, dass ein Großteil der Treibhausgasreduktion weniger auf strategische Maßnahmen als vielmehr auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zurückzuführen ist.

Die Defizite zu benennen reicht aber nicht aus. Die Regierung muss nun endlich Maßnahmen festlegen, mit denen sie diese Defizite beheben und ihre Ziele erreichen will.

Das wird am Beispiel Ökolandbau besonders deutlich. 20 Prozent Ökolandbau bis 2010 – das war der hohe Anspruch, den Renate Künast als Landwirtschaftsministerin durchsetzen konnte. Die Realpolitik lief diesem Ziel aber total entgegen, sodass heute gerade einmal 4,7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Die Gründe für dieses Scheitern müssen offen und eindeutig dargelegt werden. Außerdem muss das ursprüngliche Ziel angepasst werden: Es ist durchaus realistisch, die Zielmarke von 20 Prozent Ökolandbau bis 2015 zu erreichen, wenn jetzt entsprechende Maßnahmen beschlossen und wirklich ergriffen werden.

Die Hoffnung, dass die Bundesregierung in wichtigen Politikfeldern zielführende Maßnahmen festlegen wird, ist allerdings gering. Denn in ihrem Konsultationspapier kündigt sie an, in Bereichen wie Verkehr, Konsum/Produktion oder

Der Nachhaltigkeitsprozess

- ▶ 2002: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie
- ▶ 2004: Erster Fortschrittsbericht
- ▶ 2005: Wegweiser Nachhaltigkeit
- ▶ 2007: Indikatorenbericht 2006
- ▶ 2008: Zweiter Fortschrittsbericht

Ursprünglich wollte die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Fortschrittsbericht verfassen, der das Erreichen der 21 Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie bilanziert und gleichzeitig die Strategie weiterentwickelt.

Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 veröffentlichte die Regierung noch unter Kanzler Gerhard Schröder einen „Wegweiser Nachhaltigkeit“, der vor allem die Regierungsaktivitäten auflistet, aber weder das Erreichen der Ziele bilanziert noch konkrete Maßnahmen für die Schwerpunktthemen festlegt.

2007 veröffentlichte das Bundeskanzleramt unter Angela Merkel den Indikatorenbericht, der erstmals vom Statistischen Bundesamt und damit von einer unabhängigen Institution erstellt wurde, sich jedoch auf die Bilanzierung der 21 Ziele und Indikatoren beschränkt.

In diesem Jahr wird ein zweiter vollständiger Fortschrittsbericht erarbeitet, der im gesellschaftlichen Dialog diskutiert werden soll. Voraussichtlich im Juni wird die Regierung den Entwurf zur Diskussion stellen und Umweltverbände zu Konsultationsgesprächen einladen.

natürliche Ressourcen (Fläche, biologische Vielfalt, Fischbestände) vor allem die bisher ergriffenen Maßnahmen darzulegen. Weitere Maßnahmen werden nicht explizit angestrebt. Denkbar ist eine Weiterentwicklung der Strategie deshalb lediglich in den Schwerpunktthemen. Das sind Klima und Energieeffizienz, nachhaltige Rohstoffwirtschaft sowie demografischer Wandel.

Für das Kapitel Klima und Energieeffizienz sieht die Regierung vor, sowohl über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen zu berichten als auch „weitere Akzente“ zu setzen. Konsequenterweise müsste sie ihre Klimaschutzziele unabhängig von der EU und deutlich ehrgeiziger festlegen. Defizite wie das Fehlen des Flugverkehrs im Emissionshandel oder die zu niedrigen Fördergrenzen bei der Kraft-Wärme-Kopplung sollten im Rahmen einer ehrgeizigen Nachhaltigkeitsstrategie behoben werden.

Die im Konsultationspapier aufgeführten Aktivitäten und Forschungsinitiativen für eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft sehen DNR, BUND und NABU als Schritt in die richtige Richtung an. Das Papier listet Maßnahmen für Verbraucher sowie zur Forschungs- und Entwicklungsförderung auf. Es fehlt allerdings ein ausgestalteter Entwurf für die zu setzenden politischen Rahmenbedingungen. Allein durch Anreize und Förderprogramme ohne politische Zielvorstellungen werden sich die Initiativen nicht durchsetzen.

Das Schwerpunktthema demografischer Wandel dagegen wird ausschließlich unter sozialen Aspekten behandelt. Es berücksichtigt Fragen der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen. Die notwendige Anpassung der Verkehrs- und Siedlungspolitik an den demografischen Wandel kommt in dem Eckpunktepapier der Bundesregierung überhaupt nicht vor. Vorschläge, die die Umweltverbände schon vor einiger Zeit gemacht haben, hat die Regierung nicht aufgegriffen. **[Annette Littmeier]**

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, Annette Littmeier, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-86, Fax -80, E-Mail: annette.littmeier@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

DNR INTERN

DNR-Gremien

Gipfelvorbereitung und Transparenz-Tipps

■ Im Mittelpunkt der Präsidiumssitzung des Deutschen Naturschutzrings im Februar stand die Vorbereitung des UN-Biodiversitätsgipfels im Mai in Bonn, die alle Verbandsgremien zurzeit beschäftigt und die eine besondere Herausforderung für die DNR-Verbände darstellt. Der DNR und das Forum Umwelt und Entwicklung haben bei der Tagung „100 Tage bis zur UN-Konferenz über die biologische Vielfalt“ und bei weiteren größeren und kleineren Veranstaltungen die inhaltlichen Positionen erarbeitet. Nun konzentrieren sich die Verbände darauf, die Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Dazu gehört nach Ansicht des DNR-Präsidiums vor allem, die Texte und Positionen der Umweltverbände verständlich zu präsentieren, um eine über die Fachebene hinausgehende Verbreitung zu erreichen.

Nach einer ausführlichen Diskussion über die in der Mitgliederversammlung 2007 angeregte Forderung nach mehr Transparenz bei der Kooperation von Verbänden mit Wirtschaftsunternehmen beschloss das Präsidium, Handreichungen für die Mitgliedsverbände zu erarbeiten, um ein Sponsoring oder eine mögliche Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen besser prüfen und beurteilen zu können. Das Thema war auch Schwerpunkt beim DNR-Verbändeforum am 18. März. Die Handreichungen sollen auf der diesjährigen Mitgliederversammlung verabschiedet werden, die am 29. November 2008 in Berlin stattfindet. Ein weiterer Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung wird die alle vier Jahre stattfindende Wahl des DNR-Präsidiums sein. **[hih]**

- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helga-inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.biodiv-network.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Deutscher Naturschutztag 2008

Naturschutz im Umbruch

■ Unter dem Motto „Stimmt das Klima? Naturschutz im Umbruch“ laden das Bundesamt für Naturschutz (BfN), der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) zum diesjährigen Deutschen Naturschutztag (DNT) vom 15. bis 19. September in Karlsruhe ein. Als Themenschwerpunkte sind die aktuellen Entwicklungen im Naturschutz sowie der Klimawandel vorgesehen – wobei unter Klimawandel sowohl die Wetterveränderungen als auch das gewandelte gesellschaftliche Klima verstanden werden sollen.

Die zum ersten Mal in Deutschland stattfindende Vertragsstaatenkonferenz zur Umsetzung der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) ist ein Diskussionsschwerpunkt des DNT 2008. Im Zusammenhang damit geht es auch um die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, die die Bundesregierung verabschiedet hat und deren Umsetzung in den nächsten Jahren ansteht. Nicht zuletzt dürfte die geplante Neugestaltung des Naturschutzrechts im Rahmen des Umweltgesetzbuches zu intensiven Diskussionen führen.

Das ansonsten weit gefächerte Themenspektrum bietet einen ebenso umfassenden wie kompakten Überblick über den aktuellen Stand der Fachdiskussion – interessant für die konkrete Arbeit vor Ort bis hin zur Arbeit auf internationaler Ebene.

Der Deutsche Naturschutztag ist seit 1925 der zentrale Fachkongress des Naturschutzes in Deutschland. Alle Naturschutzverbände, -gruppen und -experten sind dazu eingeladen. **[tt, mb]**

- ▶ Fachinformation: DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: helga-inden-heinrich@dnr.de
- ▶ Anmeldung: BBN, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3244, -1401, E-Mail: mail@bbn-online.de
- ▶ www.deutscher-naturschutztag.de

EHRENAMT

Engagement-Woche 2008**Naturschutz ist Thema**

■ Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) veranstaltet vom 19. bis 28. September zum vierten Mal die Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Natur und Umwelt, Bildung sowie soziales Engagement sind diesmal die Themenschwerpunkte. Die zentrale Auftaktveranstaltung soll in Berlin stattfinden, aber Verbände, Ortsgruppen und Vereine sind bundesweit aufgerufen, vor Ort auf ihre Freiwilligenprogramme, Projekte und Initiativen aufmerksam zu machen. Ab April können Veranstaltungen in die BBE-Datenbank eintragen werden. Das BBE verschickt Material, weitere Informationen gibt es im Internet. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) fordert seine Mitgliedsverbände auf, an möglichst vielen Orten die eigene Arbeit vorzustellen und so für das Ehrenamt zu werben. [jg]

- ▶ DNR, Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)160 / 97209108, E-Mail: sekretariat@dnr.de
- ▶ www.engagement-macht-stark.de

Bundestagsanhörung**Abgeordnete informiert**

■ Der Bundestags-Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement hat sich im März bei einer Anhörung zum Engagement im Umwelt- und Naturschutz über Veränderungen, Probleme und Verbesserungsvorschläge informiert. Neben dem Bundesumweltministerium äußerten sich vor allem Mitglieder des Arbeitskreises Ehrenamt. Die Verbände DNR, NABU, BUND und Euronatur sind dort besonders aktiv beim Entwickeln neuer, angepasster Modelle für ehrenamtliches Engagement.

Bei der Anhörung ging es auch darum, wie neue Zielgruppen für ein Engagement gewonnen und bereits Engagierte dauerhaft gebunden werden können. Der

Deutsche Naturschutzring (DNR) berichtete über die Ehrenamtsbeauftragten in seinen Mitgliedsverbänden. Es soll sie künftig in möglichst vielen der 96 DNR-Verbände geben. Erfolgreich seien auch das Naturschutzhelfer-Handbuch und der „Kurs Zukunftspiloten“, in dem der DNR jungen Umweltschützern Leitungskompetenzen vermittelt. DNR, NABU und BUND informierten auch über ihre 15-monatige Ausbildung von 100 Freiwilligenmanagern im Jahr 2005. Sie soll 2008 wiederholt werden.

Auf die Frage der PolitikerInnen, wie sie die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz verbessern könnten, verwies der DNR auf einen Gesetzentwurf der Linksfraktion vom 9. Mai 2007. Er greife eine Reihe wichtiger Vorschläge auf, etwa die Einführung von Instrumenten direkter Demokratie auf Bundesebene, die Umstellung der Fehlbedarfsfinanzierung für gemeinnützige Organisationen auf Festbetragsfinanzierung und die Befreiung aller gemeinnützigen Organisationen von der Grunderwerbssteuer. [mb]

- ▶ DNR, Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)160 / 97209108, E-Mail: sekretariat@dnr.de

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Deutsche Naturschutzmedaille**DNR sucht Vorbilder für kooperativen Naturschutz**

■ Die 2007 vom Deutschen Naturschutzring ins Leben gerufene Deutsche Naturschutzmedaille wird in diesem Jahr erneut vergeben. Mitgliedsverbände können bis zum 1. Mai dem DNR-Präsidium Kandidaten und Kandidatinnen vorschlagen. Den Preis erhalten Einzelpersonen, Vereine, Verbände, Initiativen oder Gruppen, die in vorbildhafter und origineller Weise zu Schutz und Erhaltung der Natur beitragen. Geehrt werden können herausra-

gende Verdienste mit Nachahmungseffekt, die praktische Umsetzung von Strategien mit Modellcharakter auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene, kooperationsfördernde Leistungen mit innovativen, vernetzten Ansätzen, die Wahrung und Bündelung verbandspolitischer Interessen, die Förderung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure, Lebens- und Pionierleistungen, langjähriges zielstrebiges Engagement, beispielhaftes fachlich kompetentes, professionelles oder öffentliches Engagement im Natur- und Umweltschutz, in der Bildung für nachhaltige Entwicklung und bei der Förderung zukunftsfähiger Lebensstile.

Vorschlagsberechtigt sind Mitgliedsverbände, deren Jugendorganisationen sowie das Präsidium des DNR. Anträge sind formlos schriftlich bis zum 1. Mai eines jeden Jahres bei der DNR-Geschäftsstelle einzureichen. Im Antrag sind die Verdienste oder Leistungen unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Kriterien darzustellen. Über die Verleihung entscheidet das DNR-Präsidium. Die Medaille wird mit einer Urkunde überreicht, die vom Präsidenten des DNR unterzeichnet ist. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. [hih]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Biopiraterie-Preis**Captain Hook in Bonn**

■ Die internationale Koalition gegen Biopiraterie bittet um Nominierungen für die „Captain Hook Awards“, die während der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai in Bonn verliehen werden. Gesucht werden der „gefährlichste“ und der „gierigste Biopirat“ sowie die „besten Verteidiger“ gegen Biopiraterie – die Aneignung genetischer Ressourcen und traditionellen Wissens mit Hilfe des Patentrechts. Bis zum 30. April sind eine kurze Schilderung und eine Dokumentation des jeweiligen Falles einzureichen. [mv]

- ▶ www.captainhookawards.org

REZENSIONEN

„Lebe wild und emissionsfrei!“

Behrend erhobene Zeigefinger, Katastrophenbeschwerden – so sind oft die Bücher, die über Umweltprobleme berichten. Humor ist selten, dabei geht es auch anders, zeigt Peter Unfried. Wie man ein „neuer Öko“ wird und dabei auch noch einen Lustgewinn erzielt.



■ Eine vor Frust und Wut bebende, sperrige Schreibe findet sich in vielen Publikationen über Umweltprobleme. Geht es doch um eine todernste Sache, nämlich um die Rettung der

Welt vor der Unwissenheit und Verderbtheit der Spezies Mensch.

Wie elegant und leicht präsentiert sich da im Gegensatz die vorliegende Publikation! Schon das fröhlich-grüne Cover lädt zum Zugreifen ein, der Untertitel macht neugierig, nach den ersten Seiten ist man schließlich gefangen und gespannt auf mehr. Es geht also auch anders. Mit einer tüchtigen Prise Humor und Selbstironie, garniert mit so mancher Anekdote aus dem Alltag, dabei aber nie oberflächlich und inhaltsleer, schildert uns der stellvertretende Chefredakteur der taz, Peter Unfried, seinen persönlichen Wandel vom „gedankenlosen Genießer zum bewussten Konsumenten“. Stets erfreulich ehrlich („Neumarkter Lammsbräu Bioweißbier trinke ich, weil es das beste Bier ist. Und überhaupt nicht, weil es Bio ist.“) schreibt er von den vielen kleinen „Nöten“ des Alltags, die schon am Frühstückstisch beginnen, wenn man erfreut feststellt, dass die Bio-Milch aus der Region kommt, sich aber dann die Tatsache bewusst macht, dass auch glückliche Kühe schädliches Methan rülpsen. Ja, man hat es wirklich nicht leicht, wenn man ein „Öko“, pardon, ein „Neuer Öko“ werden will! Was aber ist ein „Neuer Öko“? Nun, sicher kein ideologisch verbissener „Wollsocken-Müsli“ alter Prägung. Sondern jemand, der etwas für die Umwelt tun, dabei aber trotzdem das Leben genießen will, denn „Ökologie“,

so Unfried, „läuft heute nicht mehr über Gewissen und Verzicht, sondern auch über Lust“. Der bewusste Konsument, so Unfried weiter, „schafft im Idealfall eine Win-win-Situation: Er verbessert sein eigenes Leben und er tut etwas für einen besseren Markt und gegen den Klimawandel. (...) Insofern ist der Konsum auch politisch: Was nachgefragt wird, wird produziert.“ Kritiker haben diese neue Spezies Mensch bereits als „Öko-Yuppies“ misskreditiert. Unfried ist hier pragmatisch und lässt nach dem Motto: „Wenn es der Umwelt hilft, ist die dahinter stehende Motivation sekundär“ vieles zu. Er selbst identifiziert sich ohnehin eher mit der Gruppe der „Lohas“, also Menschen, die einen „Lifestyle of Health and Sustainability“ pflegen: Genuss, Luxus & Design trifft Nachhaltigkeit, Ethik & Umweltorientierung. Wenn es dazu beiträgt, ein Thema vom Rande der Gesellschaft in deren Mitte zu führen, warum nicht? Sofern wir uns überhaupt vom Grundsatz: „Eine bessere Welt ist möglich!“ leiten lassen wollen, ist unser aller Leben voll von derartigen Entscheidungskonflikten, wie sie der Autor durchlebt und beschreibt: Beginnend beim VfB-Trikot des Filius, welches von einem Werbeaufdruck für einen Atomstromkonzern verunstaltet wird, endend beim Urlaubsflug und dessen katastrophaler CO₂-Bilanz, die unser zwischenzeitliches Streben nach einem nachhaltigen Lebensstil mit einem Schlag zunichte macht. Wer Lust hat auf ein unterhaltsames Wochenende und sich selbst immer wieder ertappen, dabei aber auch den einen oder anderen Tipp mitnehmen möchte, wie man im doppelten Sinne besser lebt, dem sei „Öko“ wärmstens empfohlen! [Christoph Hirsch]

► Unfried, P.: Öko. Al Gore, der neue Kühlschrank und ich. DuMont, Köln 2008, 240 S., 14,90 €, ISBN 978-3-8321-8063-8.

Katastrophenklima?

Der Klimawandel hat die Medienlandschaft erobert. Doch wie seriös sind die Berichte, wie genau werden wissenschaftliche Ergebnisse aufbereitet? Das hat Senja Post erforscht.



■ Klimaschutz und Klimawandel sind mittlerweile en vogue! Doch sind die Berichterstattungen alle seriös? Oder wird uns von journalistischer Seite so manche Geschichte aufge-

tischt? Das Problem ist, dass wir in den meisten Fällen keine Experten und damit letztlich manipulierbar sind. Wo liegt also die „Wahrheit“?

Zur Beantwortung dieser Frage hat die Forschungsstelle für Medienwirtschaft und Kommunikationsforschung der Universität Hohenheim 133 Klimaforscher aus allen Bereichen der Naturwissenschaften um sich geschart. Thematisiert wurden neben der Qualität der Medienberichterstattung auch „harte“ Fakten wie die Ursachen des Klimawandels. Nicht überall sind sich die Fachleute einig. Gerade wenn es darum geht einzuschätzen, ob die Computer leistungsstark genug für die Modellierung sind oder ob das Klimasystem in seiner Gesamtheit ausreichend genug verstanden ist oder wie hoch der Anteil des Menschen am Klimawandel ist, gehen die Meinungen doch stark auseinander. „Skeptischen Beobachtern“ stehen „überzeugte Warner“ gegenüber, dazwischen steht eine diffuse „Mittelgruppe“. Dies ist nicht wirklich neu, aber nun haben wir es schwarz auf weiß beziehungsweise in Prozentzahlen ausgedrückt.

Doch wie steht es nun um die Aufbereitung des Themas in den Medien? Hier herrscht bei den Befragten weit größere Einigkeit vor: Es wird nur allzu gerne über beunruhigende Ergebnisse berichtet, die Sachkompetenz ist nicht immer ausreichend, in der Klimaforschung umstrittenes Wissen wird viel zu schnell als gesichert

dargestellt. Und: Wer sich seriös informieren möchte, greife am besten zur Süddeutschen Zeitung und der Zeit.

Die hier vorliegende Publikation liefert viele Informationen zum Thema. Die Konzeption des Buches als „wissenschaftlicher Meinungsbericht“ bringt es jedoch mit sich, dass das Bedürfnis nach Lesegenuss nicht immer befriedigt wird.

[Christoph Hirsch]

- Post, S.: Klimakatastrophe oder Katastrophenklima? Die Berichterstattung über den Klimawandel aus Sicht der Klimaforscher. Reinhard Fischer, München 2008, 209 S., 22,- €, ISBN 978-3-88927-446-5

Bioenergie ohne Monokultur

■ In ihrem diesjährigen kritischen Agrarbericht hat sich das AgrarBündnis die „Landwirtschaft als Energieerzeuger“ zum Schwerpunkt genommen. Elf der insgesamt 43 Beiträge des Sammelbandes sind diesem Thema gewidmet. Das Bündnis hält der Bundesregierung eine verfehlte Energiepolitik vor. Die Biomassennutzung in ihrer gegenwärtigen Form verschärft die negativen Auswirkungen der Agrarindustrie auf Klima und Umwelt. Die Entwicklung erneuerbarer Energien sei viel stärker auf die Nutzung von Reststoffen und Nebenprodukten auszurichten. Die Energieerzeugung auf dem Acker müsse zu einer Vielfalt in der Fruchtfolge statt zu Monokulturen führen.

Weitere Themen des Jahrbuches sind in bewährter Form die soziale Lage auf dem Land, Welthandel, Biolandbau, Märkte und Preise, Tierschutz, Regionalentwicklung und Gentechnik. Der kritische Agrarbericht wird seit 1993 herausgegeben. Das AgrarBündnis ist eine Allianz von Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Verbraucher- und Entwicklungspolitik. [Annegret Grafen]

- AgrarBündnis (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht 2008. Landwirtschaft als Energieerzeuger. AbL Bauernblatt, Hamm 2008, 304 S., 19,80 €, ISBN 978-3-930413-33-1
- www.kritischer-agrarbericht.de

Natur ist nicht ohne uns da



■ Natur erscheint „natürlich“, durchläuft aber einen Prozess der Gestaltung durch den Menschen, der nicht zufällig ist, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Ob Industriebrache, Regenwald, Vorgarten oder Streuobstwiese: Natur wird geformt, sei es durch Klimawandel, Agrarwirtschaft, Geschlechterverhältnisse oder postmodernes Freizeitverhalten.

In Diskussionen um Nachhaltigkeit und Naturschutz ist das aber nur selten Thema. Dabei könnte ein wenig dekonstruktivistisches Rütteln an den eigenen lieb gewonnenen Gewissheiten frischen Wind in so manche eingefahrene Diskussion bringen. Grund genug, sich auf das soziologische Konzept „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“ einzulassen und zu erkunden, in welchem Verhältnis Gesellschaft und Natur zueinander stehen, wie dieses Verhältnis sich historisch entwickelt hat und welche (Macht-)Dynamiken es heute prägen. All dies sind Themen eines Readers der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO).

Entlang der Debatten um nachhaltige Entwicklung analysieren Ulrich Brand, Christoph Görg und Elmar Altvater den Aufstieg eines Konzeptes, das sich die Erfüllung widersprüchlicher Ziele vorgenommen hat: die Entwicklungsversprechen der Moderne einzulösen und gleichzeitig die Weiterexistenz von Natur, Gesellschaft und herrschender Wirtschaftsweise zu sichern. Die Lösungsstrategien der Nachhaltigkeitspolitik orientieren sich, so die Autoren, stark an Effizienzsteigerung sowie an der Kombination von Schutz und Nutzung der Natur. Doch welche Rolle erhalten dabei Natur und Gesellschaft? Inwieweit wird – auch und gerade in Konzepten nachhaltiger Entwicklung – die Natur beherrscht, als Ressource inwertgesetzt und der Logik von Effizienz und Nützlichkeit unterworfen? Diese Frage wird oft

nicht gestellt geschweige denn bearbeitet.

Zwei weitere Abschnitte widmen sich aktuellen Politikfeldern, die oft auf rein umweltpolitische Fragestellungen verkürzt werden. Kristina Dietz und Achim Brunnengraber betrachten klimapolitische Instrumente und stellen fest, dass zum Beispiel die Mechanismen des Emissionshandels sich nicht am sozial-ökologisch Notwendigen, nämlich der Existenzsicherung, orientieren, sondern vor allem versuchen etablierte Produktionsweisen, Konsumstile und Mobilitätsbedürfnisse auch inmitten der Klimakrise zu erhalten – eine Anpassungsstrategie, von der nur wenige profitieren. Gregor Kaiser und Silvia Ribeiro befassen sich mit Biopiraterie, also der Privatisierung und Kommerzialisierung genetischer Ressourcen. Sie stellen fest, dass internationale Biodiversitätspolitik sich oft auf Naturschutz beschränkt, die Interessen lokaler und indigener Bevölkerung zu wenig einbezieht und der Privatisierung von Natur Vorschub leistet. Prädikat: lesenswert! [Franziska Müller]

- BUKO (Hrsg.): Wie grün sollen Linke sein? Herrschende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen. Hamburg, 2008, 124 S. Download (PDF, 930 kb): www.buko.info/dokumentation/pdfs/reader_naturverhaeltnis.pdf

Senioren per Rad mobil

■ Eine vergleichende Untersuchung zur Radmobilität von SeniorInnen in ländlichen Räumen stellte eine hohe Bereitschaft von Menschen über 50 fest, mit dem Rad mobil zu sein. Allerdings ist das auch notwendig, weil im ländlichen Raum oftmals Infrastrukturen fehlen. Erkenntnisse über und Empfehlungen für den Radverkehr fasst eine Broschüre zusammen. Die Studie der Hochschule Neubrandenburg ist auch im Internet einsehbar. [jg]

- Burmeister, J.: Radmobilität von Senior/innen in ländlichen Räumen. Erkenntnisse und Empfehlungen für Bürgerengagement, Selbstorganisation und Vernetzung. Schriftenreihe C, Band 21. Neubrandenburg 2008, ISBN 978-3-932227-82-0
- www.kurzlink.de/sen-mobilitaet-rad

INTERNET

Exportinitiative für Energieeffizienz

Das Bundeswirtschaftsministerium will mittelständische Unternehmen bei Auslandsgeschäften mit energieeffizienten Produkten unterstützen. Die sogenannte „Exportinitiative Energieeffizienz“ basiert vorwiegend auf Beratungsleistungen durch ein Sekretariat und ein Internetportal sowie der Vermittlung von Kontakten im Ausland. Finanzielle Leistungen sind bisher nicht vorgesehen.

[ms]

► www.ency-from-germany.info

Alles über Verbraucherschutz

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat eine neue Internetsuchmaschine für Verbraucher gestartet. Der junge, dynamische Professor Clewwa sucht als Maskottchen mit den NutzerInnen nach Stichworten in einem fest definierten und selbst einschränkbareren Katalog von weiteren Internetseiten. Es ist möglich, per Häkchen das Suchwort nur auf Medien- oder Behördenseiten finden zu lassen. Außerdem auf Seiten von Umwelt- und Verbraucherverbänden, wissenschaftlichen Einrichtungen oder Seiten der Wirtschaft. Dabei werden nach Angaben der Betreiber die Internetseiten wichtiger Akteure in den jeweiligen Themengebieten berücksichtigt, ohne Ansehen der vertretenen Positionen. Es handelt sich demnach um eine Metasuchmaschine, die die Themen Lebensmittel, Kosmetik, Textilien, Tabak, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Pflanzenschutz, Tiergesundheit, Umwelt, Gentechnik und Verbraucherschutz umfasst.

Außerdem hilfreich ist ein Link auf ein Glossar, in dem Fachbegriffe und Abkürzungen erläutert werden. Von „Acute Reference Dose“ bis „Zusatzstoffe in Lebensmitteln“ kann per Mausklick alles nachgelesen werden.

[jg]

► www.clewwa.de

Virtuelle Fachbibliothek Biologie

Wer Fachliteratur und -informationen zu einem biologischen Thema sucht, ist bei der virtuellen Fachbibliothek Biologie, kurz vifabio, genau richtig. Vifabio bietet Zugang zu Bibliothekskatalogen, ausgewählten und geprüften Internetquellen, elektronischen Zeitschriften, Datenbanken und Volltextdokumenten. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Internetportal ist seit März 2007 online und kostenlos nutzbar.

Seit Kurzem bietet vifabio auch einen kostenpflichtigen Zugang zu den aktuellen Jahrgängen der Zeitschriften Biological Abstracts oder Zoological Record. Man zahlt pro Recherche eine geringe Gebühr, die stundenweise Suche kann aber auch unterbrochen werden. Der Preis für zwölf Stunden Recherche liegt zwischen fünf und zehn Euro. Auch die alten Jahrgänge (1926–2004 von Biological Abstracts und 1864–2006 von Zoological Record) können mitrecherchiert werden. Vorher muss man sich registrieren lassen.

[bv, jg]

► www.vifabio.de

Menschen und Ozeane

Das im kalifornischen Santa Barbara gelegene National Center of Ecological Analysis and Synthesis untersucht die Auswirkungen menschlicher Tätigkeit auf das Ökosystem Meer. Die im Internet publizierten Forschungsergebnisse werden den BesucherInnen mithilfe verschiedener Karten dargestellt. Die WissenschaftlerInnen vereinen ein großes Spektrum an Fachwissen. Daraus resultieren neue Erkenntnisse über das Verhältnis Mensch–Ozean, zum Beispiel die schädlichen Auswirkungen von Düngemitteln auf Korallenriffe.

Auf den ersten Blick erscheint es dem Laien schwierig, die teils sehr speziellen Seekarten auszuwerten, aber mit etwas Einarbeitungszeit und dank der fachlichen Beschreibungen gelingt dies nach einiger Zeit recht gut. Auch sind Englischkenntnisse von Vorteil. Reinschauen lohnt sich.

[tt]

► www.nceas.ucsb.edu/GlobalMarine

Klimarettter-Atlas

„Sie sind nicht allein!“, heißt es auf der Internetseite des „Klimarettter-Atlas“. Seit März können sich hier Initiativen und Verbände aus dem ganzen Bundesgebiet vorstellen. Klima-Interessierte können so eine Gruppe in ihrer Nähe finden. Auf der interaktiven Landkarte sind die Gruppen mit einer „Nadel“ verzeichnet. Zum Start waren es rund 100, von der Klimaschutz-AG im BUND Kiel und der Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk“ im Vorpommerschen Lubmin bis zum GreenCity e.V. in München. Vertreten sind neben lokalen Initiativen auch regionale Gruppen von Mitgliedern der Klima-Allianz. Neben der Suche nach Regionen und Postleitzahlen hat der Atlas auch ein thematisches Verzeichnis. Noch nicht verzeichnete Gruppen können sich selbst in die Datenbank eintragen – und Internetnutzer werden aufgerufen: „Sie, ja, SIE dort am Computer! SIE müssen aktiv werden.“

[mb]

► www.wir-klimarettter.de/atlas

Umsteuern mit Energiesteuern

Eine Initiative, die die herkömmlichen wirtschaftstheoretischen Grundannahmen der neoklassischen und neokeynsianischen Schule – etwa das immerwährende Wachstum – aufs Korn nimmt, hat eine neue Internetseite gestaltet. Hier werden die Ergebnisse einer ökonomischen Untersuchung zur Energie als Produktivkraft der modernen Wirtschaft dargestellt und in Thesen vorgebracht. Als Lösungsansatz werden Marktinstrumente für Arbeit und Umwelt präsentiert, außerdem soll der Produktionsfaktor Energie für die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben und der sozialen Sicherungssysteme stärker herangezogen werden – durch Energiesteuern. Die dabei entwickelten Thesen können Interessierte unterschreiben. Außerdem finden sich hier Beiträge zur Auseinandersetzung mit den Dogmen der Mainstream-Ökonomie und zu „populären Scheinlösungen“ sowie Aktuelles zum Thema Klimaschutz.

[jg]

► www.energiesteuer.net

NEU ERSCHEINEN

- ▶ Alt, F.: **Sonnige Aussichten. Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird.** Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2008, 239 S., 19,95 €, ISBN 978-3-579-06966-1
- ▶ Boysen, M.: **Health Foods aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Eine neue Generation grüner Gentechnik aus der Sicht von Verbrauchern und Forschern.** WvV, Berlin 2007, 406 S., 46,- €, ISBN 978-3-86573-243-9
- ▶ Breckling, B.; Dolek, M. et al.: **GVO-Monitoring vor der Umsetzung.** Bonn-Bad Godesberg 2007, 244 S., 18,- €, ISBN 978-3-7843-3949-8
- ▶ Burnie, D.: **Die größten Naturwunder. Tiere und Pflanzen in faszinierenden Lebensräumen.** Dorling Kindersley, München 2008, 64 S., 14,95 €, ISBN 978-3-8310-1146-9
- ▶ Cousteau, J.-Y.; Schiefelbein, S.: **Der Mensch, die Orchidee und der Oktopus. Mein Leben für die Erforschung und Bewahrung unserer Umwelt.** Campus, Frankfurt 2008, 368 S., 24,90 €, ISBN 978-3-593-38564-8
- ▶ Cross, L.; Neumann, B.: **Die heimlichen Krankmacher. Wie Elektromog und Handstrahlen, Lärm und Umweltgifte unsere Gesundheit bedrohen.** Pendo, Zürich 2008, 300 S., 18,- €, ISBN 978-3-86612-161-4
- ▶ Eigner, C.; Weibel, P. (Hrsg.): **Un/Fair Trade. Die Kunst der Gerechtigkeit.** Springer, Wien 2008, 436 S./CD, 39,95 €, ISBN 978-3-211-73221-2
- ▶ Gege, M.: **Das Zukunftsprogramm. So retten wir das Klima.** Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2008, 220 S., 16,90 €, ISBN 978-3-434-50615-7
- ▶ Hanus, B.: **Das neue Solar- & Windenergie-Werkbuch für Haus und Garten.** Franzis, Poing 2008, 384 S., 19,95 €, ISBN 978-3-7723-5537-0
- ▶ Heller, P.: **Wir schreiten ein. Der Kampf des Paul Watson gegen die Walfangflotten der Welt.** Marebuchverlag, Hamburg 2008, 352 S., 22,90 €, ISBN 978-3-86648-083-4
- ▶ Hough, R.: **Kleine Taten – Große Wirkung.** Kosmos, Stuttgart 2008, 176 S., 12,95 €, ISBN 978-3-440-11459-9
- ▶ Klos, G.; Kretschmer, H.; Roth, R. et al.: **Siedlungsnahe Flächen für Erholung, Natursport und Naturerlebnis.** Bonn/Bad Godesberg 2007, 108 S., 14,- €, ISBN 978-3-7843-3951-1
- ▶ Lucker, T.; Kölsch, O.: **Naturschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Fokus: Lebenslanges Lernen.** Landwirtschaftsverlag, Münster 2008, 304 S., 18,- €, ISBN 978-3-7843-3950-4
- ▶ Maathai, W.: **Afrika, mein Leben. Erinnerungen einer Unbeugsamen.** Dumont, Köln 2008, 375 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8321-8036-2
- ▶ Peters, V.: **Gemeinschaften und Ökodörfer in Europa.** Eurotopia, Bandau 2007, 460 S., 18,- €. Bezug: www.eurotopia.de
- ▶ Potthast, T. (Bearb.): **Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?** Bundesamt für Naturschutz, Bonn/Bad Godesberg 2007, 232 S., 18,- €, ISBN 978-3-7843-3948-1
- ▶ Ruppert, H.; Eigner-Thiel, S.: **Wege zum Bioenergie-dorf. Wärme- und Stromversorgung mit Biomasse im ländlichen Raum.** FNR, Gülzow 2008, 120 S./DVD, kostenlos. Bezug: www.fnr.de
- ▶ Schuster, K.: **Gesellschaft und Naturschutz. Lebensstilorientierte Naturschutzkommunikation.** Landwirtschaftsverlag, Münster, 2008. 198 S., 16,- €, ISBN 978-3-7843-3953-5
- ▶ Sommer, V.: **Schimpansenland. Wildes Leben in Afrika.** C.H. Beck, München 2008, 251 S., 19,90 €, ISBN 978-3-406-56891-6
- ▶ Walker, G.; King, D.: **Ganz heiß. Die Herausforderungen des Klimawandels.** Berlin Verlag, 2008, 304 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8270-0766-7
- ▶ Welzer, H.: **Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird.** Fischer (S.), Frankfurt 2008, 300 S., 19,90 €, ISBN 978-3100894335
- ▶ Wohlleben, P.: **Wald ohne Hüter. Im Würgegriff von Jagdinteressen und Forstwirtschaft.** Adatia, St. Augustin, 2008, 140 S., 12,90 €, ISBN 978-3-940461-01-8

Impressum

umwelt aktuell April 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantw.)

Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]

Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen

Redaktionelle Mitarbeit: Isabel Oettinger [io], Florian Noto [fn], Tim Treibmann [tt]

Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de

Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Stiftung Forum für Verantwortung bei.



TERMINE

APRIL

04.04., bundesweit (D)
**Aktionstag der Länder
 zur biologischen
 Vielfalt**

► DNR; DUH, Agnes
 Sauter, Radolfzell,

Tel. +49 (0)7732 / 9995-11, E-Mail: sauter@duh.de,
 www.biodive.de

07.–11.04., Insel Vilm bei Rügen (D)

Natura 2000 und Management

► Bundesamt für Naturschutz (BfN), Martina Finger,
 Tel. +49 (0)38301 / 8611-2, E-Mail: martina.finger@
 bfn-vilm.de, www.bfn.de/0603_kalender.html

08./09.04., Berlin (D)

Klimawandel und Biodiversität. Konferenz

► NABU, Johanna Theunissen, Berlin,
 Tel. +49 (0)30 / 284984-1520, Fax -3520, E-Mail:
 johanna.theunissen@nabu.de, www.nabu.de

09.04., Bonn (D)

**Biologische Globalisierung durch invasive Arten?
 Die Situation in Deutschland und der Bezug zur
 9. UN-Konferenz über die biologische Vielfalt 2008
 in Bonn. Workshop**

► DNR/Forum Umwelt und Entwicklung, Tel. +49
 (0)228 / 92399353, Fax +49 (0)228 / 359096, E-Mail:
 bettina.lange@dnr.de, www.biodiv-network.de

10./11.04., Badenweiler (D)

Historische Gärten im Klimawandel. Fachtagung

► Gartenakademie Baden-Württemberg, Jeanette
 Schweikert, Heidelberg, Tel. +49 (0)6221 / 70981-5,
 Fax -6, E-Mail: gartenakademie@lv.g.bwl.de,
 www.gartenakademie.info

14./15.04., Leipzig (D)

10. Eurosolar-Konferenz:

Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt
 ► Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 36-2373,
 Fax -1279, E-Mail: info@eurosolar.org,
 www.eurosolar.org

14.–16.04., Esslingen am Neckar (D)

**WLAN, Bluetooth, Mobilfunk, DECT:
 Zu den biologischen Auswirkungen gepulster
 Mikrowellen**

► Akademie Esslingen, Frank Bohner, Stuttgart,
 Tel. +49 (0)711 / 732684, E-Mail: bohnerfr@uni-
 hohenheim.de, www.mobilfunk-buergerforum.de

14.04., Berlin (D)

Was kann das Planungsrecht für die Umwelt tun?

► Umweltbundesamt, Michael Marty, Dessau,
 Tel. +49 (0)340 / 21032249, Fax -42249, E-Mail:
 michael.marty@uba.de, www.umweltbundesamt.de

16.–18.04., Darmstadt (D)

**Ökologisch verträglicher Schutz vor Hochwasser-
 schäden. Internationale Fachkonferenz**

► nofdp, TU Darmstadt, Axel Winterscheid,
 Tel. +49 (0)6151 / 162043, Fax 163243,
 E-Mail: winterscheid@ihwb.tu-darmstadt.de,
 www.nofdp.net

17./18.04., Leipzig (D)

**Auf dem Weg zu einem Umweltgesetzbuch nach
 der Föderalismusreform. Tagung**

► Universität Leipzig, Katja Rath,
 Tel. +49 (0)341 / 235-1693, Fax -1836,
 E-Mail: katja.rath@ufz.de, www.ufz.de/ugb-tagung

17./18.04., Ludwigshafen (D)

**Rechtliche Absicherung von
 Radverkehrsmaßnahmen**

► Deutsches Institut für Urbanistik, Fahrradakade-
 mie, Ina Kaube, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 39001-132,
 Fax -241, E-Mail: fahradakademie@difu.de,
 www.difu.de/seminare/seminarliste

18.–20.04., Wartburg bei Eisenach/Thür. (D)

Tag der Regionen. Klimaschutz durch kurze Wege

► Tag der Regionen, Brigitte Hilcher, Borgentreich,
 Tel. +49 (0)5643 / 948-537, Fax -803,
 E-Mail: bund-nord@tag-der-regionen.de,
 www.tag-der-regionen.de

24.–26.04., Berlin (D)

**Qualifizierung von Ehrenamts- und Freiwilligen-
 koordinatorenInnen. Seminarprojekt**

► Naturschutzbund, Ralf Schulte, Berlin,
 Tel. +49 (0)30 / 284984-1131, Fax -3131,
 E-Mail: ralf.schulte@nabu.de, www.mitarbeit.de

MAI

12.–16.05., Bonn (D)

**Planet Diversity – Lokal, Vielfältig,
 Gentechnikfrei. Internationaler Kongress**

► Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Benedikt Haerlin,
 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275903-09, E-Mail: info@
 planet-diversity.org, www.planet-diversity.org/de

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

umwelt & bildung



Alles unter einem Hut!

Ihre Eintrittskarten für die Fußball-EM-Spiele ...

... haben Sie sich hoffentlich schon selbst besorgt. Aber was Fußball mit Nachhaltigkeit zu tun hat, darüber werden Sie als LeserInnen von **umwelt & bildung** bestens informiert, denn **umwelt & bildung** bringt alles unter einen Hut. Was auf den ersten Blick irritiert und den zweiten interessiert, lässt sich oft über originelle Zusammenhänge aufklären. Das ist unsere Stärke. Denn Umweltbildung entwickelt sich weiter – zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

umwelt & bildung: Lesen für eine lebenswerte Zukunft! 4 x im Jahr.

Einzelheft: EUR 5,-, Jahresabo:
 [Ö] EUR 14,-/[D, CH] EUR 19,-,
 (inkl. Versand)

JETZT BESTELLEN: Gratis Probeheft oder gleich ein Abo!



Bei:
 FORUM Umweltbildung,
 Alserstraße 21, 1080 Wien
 Tel.: 0043/1/402 47 01,
 Fax: 0043/1/402 47 01-51,
 E-Mail: forum@umweltbildung.at
 Oder über das Internet:
 www.umweltbildung.at

Außerschulische Umweltbildung

Vielfältig. Modern. Nachhaltig

Die kurze Geschichte der außerschulischen Umweltbildung ist eine einzige Erfolgsstory. Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung ANU hat die Vielfalt dieses Bildungsbereiches in einer neuen Publikation zusammengefasst.

□ Bei Umweltbildung denken viele Menschen zunächst an die Schule. Doch gerade außerhalb der Schule bieten sich für die pädagogische Arbeit viele Möglichkeiten an. Umweltbildungszentren und freiberuflich tätige UmweltpädagogInnen locken mit ihren Angeboten Schulen, aber auch Menschen jeden Alters, hinaus in die Natur und ermöglichen dadurch prägende Erlebnisse und tief greifende pädagogische Wirkungen.

Außerschulische Vielfalt

Die außerschulischen Bildungseinrichtungen nennen sich Naturschutzzentren, Schulbiologiezentren, Biologische Stationen, Freilandlabore, Waldschulen, Lernbauernhöfe, Zoologische oder Botanische Gärten, Umweltakademien, Schullandheime oder Umweltstudienplätze in Jugendherbergen. Allein diese Aufzählung belegt die Vielfalt an Konzepten, Kompetenzen und Zielsetzungen. Mehr als 600 solcher Umweltzentren gibt es in Deutschland. Ihr Repertoire umfasst neben Bildungsangeboten wie Seminaren, Führungen oder Gruppenbetreuungen auch praktische Mithilfe, Vermietung von Schulungsräumen, eigene Ausstellungen und Erleben im attraktiven Außengelände.

Etwa 600 weitere Bildungsanbieter verfügen über kein eigenes Zentrum. Hierzu gehören beispielsweise die Umweltmobile, die mit einem Fahrzeug verschiedene Lernorte in der Landschaft oder in Städten für ihre Veranstaltungen aufsuchen und Umweltbildung direkt vor Ort ermöglichen.

Träger dieser verschiedenen außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen sind Verbände und Vereine, Kirchen, Stiftungen, Kommunen, Landkreise, Bundesländer und Unternehmen. Sie beschäftigen mehr als 5.000 Personen, die als PädagogInnen oder NaturwissenschaftlerInnen

die interdisziplinären Bildungskonzepte umsetzen. Unterstützt werden sie von Menschen in der Verwaltung, im Zivildienst oder in Freiwilligendiensten.

ANU als bundesweiter Dachverband

Viele dieser Bildungseinrichtungen, aber auch zahlreiche freiberufliche UmweltpädagogInnen und andere Einzelpersonen, gehören der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) als bundesweitem Dachverband an. Die ANU hat mit Förderung durch das Bundesumweltministerium ein zweijähriges Projekt „Begleitende Maßnahmen zur UN-Dekade“ durchgeführt und das Ergebnis in der Broschüre „Mit Umweltbildung auf dem Weg in die Zukunft“ zusammengefasst. Auf 32 Seiten wird in deutscher und englischer Sprache dargestellt, welchen Beitrag diese Einrichtungen zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) leisten. Mit kurzen Texten und reicher Bebilderung wendet sich das Heft vor allem an diejenigen, die sich neu mit dem Thema beschäftigen und einen Überblick erhalten wollen. Zugleich bietet die ANU einen Einblick in ihre Verbandsstrukturen auf Bundes- und Landesebene und ihre Angebote zu Information und Mitwirkung.

Von der Umweltbildung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

Zahlreiche der vorgestellten Beispiele sind von der Unesco inzwischen als offizielle Projekte der UN-Dekade BNE ausgezeichnet worden. Die Beschreibungen zeigen, wie eine moderne, dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtete Umweltbildung arbeitet. Die Themen reichen von einer grundlegenden Naturbildung über Ökologie und Klimawandel bis zur global vernetzten Wirtschaft und der Perspektive sozialer Gerechtigkeit. Die Bildungsangebote

setzen bei den Bedürfnissen der Menschen direkt an, bei ihrer Ernährung, Mobilität, Erholung und ihrem Wohnen. Unter dem Motto „Lokal verankert – die Welt im Blick“ zeigt die Broschüre, wie Umweltbildungszentren mit ihren Partnern vor Ort und überregional in vernetzten Lernorten arbeiten. Zugleich wird deutlich, dass auch unsere natürlichen Ressourcen ähnliche Stationen durchlaufen, etwa bei der Herstellung unserer Konsumgüter. Dies ermöglicht den Teilnehmenden, Zusammenhänge zu erkennen und Kompetenzen für die Gestaltung einer lebenswerten, sozial gerechten und nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft zu erwerben. Die außerschulische Umweltbildung fördert dadurch bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen soziales Engagement, Teamfähigkeit, und aktives Handeln in komplexen Zusammenhängen.

Investition in Umweltbildung stärkt die Zivilgesellschaft

Partner und Kunden der außerschulischen Bildungseinrichtungen und Anbieter sind beispielsweise Schulen, Kitas, Verbände, Kommunen, aber auch der Staat und Unternehmen. Sie schätzen die innovativen Impulse von „außen“ besonders. Die steigende Nachfrage belegt den Erfolg der außerschulischen Umweltbildung. Bildung und speziell Umweltbildung sind staatliche Aufgaben, die kaum kostendeckend geleistet werden können, sondern immer Zuschüsse benötigen werden. Doch diese lohnen sich: Wer in außerschulische Umweltbildung investiert, stärkt die Zivilgesellschaft mit ihrer Kreativität und Innovationskraft – und somit auch die Weiterentwicklung staatlicher Bildungsbereiche.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V. (ANU), Hanau, Tel. +49 (0)6181 / 1804778, E-Mail: bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de
- ▷ ANU (Hrsg.): Mit Umweltbildung auf dem Weg in die Zukunft. 32 S., 2,50 €. Bezug: ANU-Verwaltungsgeschäftsstelle, c/o Internationalpark Unteres Odertal, Criewen, Park 3, Schloss, D-16303 Schwedt, E-Mail: verwaltung@anu.de. Kostenloser Download: www.umweltbildung.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU diskutiert über stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen

□ Der ANU-Bundesvorstand plant ein bundesweites Weiterbildungsprogramm für ErzieherInnen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt Energie und Umwelt. Vorgesehen sind eine Pilotphase in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen und Hamburg sowie die bundesweite Ausdehnung über neun Regionalstellen. Da mit einem Energiekonzern als Sponsor verhandelt wird, gibt es innerhalb der ANU umfangreiche Diskussionen.

Der Bundesverband hat auf der Mitgliederversammlung letztes Jahr mit großer Mehrheit ein Grundsatzpapier zur Kooperation mit Unternehmen verabschiedet. Darin heißt es unter anderem: „Wirtschaftsunternehmen sind wesentliche Bestandteile unserer Gesellschaft. Es liegt in ihrer Verantwortung [...] durch Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit die Grundlagen der Zukunft zu sichern. Die (Umwelt)Bildung ist nach wie vor Aufgabe des Staates [...], [doch] die finanziellen Aufwendungen dafür übersteigen bereits jetzt die Zuwendungen des Staates. Die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen bietet eine unverzichtbare Chance für gemeinsame Projekte und Mitteleinwerbung“.

Die ANU will durch die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen zu einer höheren Breitenwirkung der Umweltbildung in der Öffentlichkeit kommen und die nachhaltige Ausrichtung des Unternehmens im Sinne der Corporate Social Responsibility (Unternehmensverantwortung) fördern. Die verabschiedeten Grundsätze orientieren sich am „Global Compact“, einer im Jahr 2000 vom damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan ins Leben gerufenen Initiative. Darin werden Unternehmen aufgefordert, zehn wichtige Prinzipien zu Menschenrechten, Arbeitsnormen, Umweltstandards und zur Korruptionsbekämpfung zu berücksichtigen.

▷ www.umweltbildung.de
(Download im Mitgliederraum)

Umweltakademie Schleswig-Holstein unterstützt Ehrenamt

Zur Unterstützung Ehrenamtlicher bietet die Umweltakademie Schleswig-Holstein kostenlose halbtägige Workshops an: Am 5. Juni wird der Umgang mit Veränderungsprozessen behandelt, am 16. September steht die Didaktik von Geländeführungen auf dem Programm und am 28. Oktober das Thema Finanzierungsmöglichkeiten am Beispiel der Bingo-Projektförderung. Kostenlos abrufbar im Internet ist die neue Veröffentlichung „Mit Strategie zum Erfolg... Fit für 's Ehrenamt?“ Sie gibt Tipps zu Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising und Veranstaltungsorganisation und stellt Methoden wie kollegiale Beratung oder Gruppendynamik vor.

▷ Akademie für Natur und Umwelt, Bettina Watermann, Flintbek, Tel. +49 (0)4347 / 704789, E-Mail: bettina.watermann@afnu.landsh.de, www.afnu.schleswig-holstein.de

SCHWERPUNKT: KLIMASCHUTZ

Naturgut Ophoven startet Klimakampagne in Leverkusen

Das Umweltzentrum NaturGut Ophoven startete im Oktober 2007 gemeinsam mit NABU, BUND und der Stadt Leverkusen das Projekt „Stoppt die Sintflut“. Es soll das Thema Klimaschutz ein Jahr lang in den Medien und der Öffentlichkeit halten, die Bevölkerung informieren und zum Handeln anregen. Große Banner mit dem Slogan „Klimaschutz – Jeder, jeden Tag“ hängen für je drei Wochen an den verschiedensten Standorten in Leverkusen. Engagierte BürgerInnen können mit etwas kleineren Fahnen, die einen deutlich sichtbaren Internetlink zum Klimaschutz aufweisen, ihre Unterstützung signalisieren. Die lokalen Medien sind ebenso einbezogen wie die Verwaltung, die bei der Sponsorsuche helfen will. Im Internet finden sich neben einer Chronik der Klimakampagne viele Praxistipps sowie Fachinformationen und Unterrichtsmaterialien.

▷ www.naturgut-ophoven.de

Projekt Klimadetektive

□ Das Umweltbüro Nord e.V. will bis Mitte 2009 durch sein Projekt „Klimadetektive“ den Klimaschutz in Schulen im gesamten Bundesgebiet voranbringen. Dafür erhielten die Stralsunder kürzlich die Auszeichnung als offizielles Dekade-Projekt. Die ersten Bausteine, darunter Indikatoren für den CO₂-Ausstoß, ein „Negawatt-Sparschwein“ und finanzielle Instrumente zum sparsamen Umgang mit Ressourcen, sind schon erarbeitet.

▷ www.umweltschulen.de/klima

CO₂-Rechner für das eigene Auto

□ Wenn schon Auto, dann klimafreundlich: Der CO₂-Rechner der Dekra im Internet zeigt an, wie viel Kohlendioxid das Auto oder Motorrad pro Kilometer ausstößt. Ebenso einfach lässt sich die CO₂-Menge über die gefahrenen Kilometer berechnen. Dazu gibt es zahlreiche Tipps zu umweltschonender Fahrweise.

▷ www.dekra-online.de/co2/co2_rechner.html

Klimaschutz-Aktionsheft

□ Die Organisation Germanwatch hat ihr Klimaschutz-Aktionsheft überarbeitet. Die umfangreiche Broschüre enthält unter anderem ein Klima-Rollenspiel für Gruppen ab der 5. Klasse, ein Unterrichtsprojekt zur Entwicklung von Zukunftsszenarien sowie eine Material- und Adressensammlung zu Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Regenwald. Das Heft kann für acht Euro bestellt oder im Internet heruntergeladen werden. Für Hamburg gibt es eine Regionalausgabe.

▷ www.germanwatch.org/pub (2003 bis 2008)

Online-Computerspiel lässt Hochwasserversicherte gewinnen

□ SimFlood ist ein Online-Computerspiel, in dem der Spieler in die Rolle eines Hauseigentümers schlüpft, der sich zu entscheiden hat, ob und zu welchem Preis er sich durch eine Versicherung gegen

ein drohendes Überschwemmungsrisiko schützen möchte. Das Spiel wurde an der Universität Karlsruhe im Rahmen einer Doktorarbeit konzipiert. Hintergrund ist die Tatsache, dass in Deutschland nur etwa zehn Prozent der privaten Haushalte gegen Überschwemmungsrisiken versichert sind und angesichts der drohenden Klimafolgen die Vorsorge- und Versicherungsbereitschaft der Bevölkerung erhöht werden muss.

▷ www.simflood.de

Klimafreundlich verreisen – in deutsche Naturparke

□ Die Broschüre „Reisen in die Naturparke 2008“ stellt 15 klimafreundliche und umweltschonende Angebote vor – von der Zeitreise per Rad in der Wildeshäuser Geest bis zur Wanderwoche im Naturpark Oberer Bayerischer Wald. Der Verband Deutscher Naturparke kooperiert dabei mit der Reisezeitschrift *Verträglich Reisen* und den Öko-Versandhäusern *Waschbär* und *Panda*. Die Broschüre kann kostenlos beim Verband Deutscher Naturparke (VDN) bezogen oder von dessen Internetseite heruntergeladen werden.

▷ VDN e.V., Bonn, Tel. +49 (0)228 / 9212860,
E-Mail: info@naturparke.de, www.naturparke.de

Baumspende soll Urlaub in Mecklenburg klimaneutral machen

□ Mit 22 Prozent ist Mecklenburg-Vorpommern ein vergleichsweise waldarmes Land. Nun wirbt das Land mit sogenannten Waldaktien um klimabewusste Touristen. Eine vierköpfige Familie, die zwei Wochen in Mecklenburg-Vorpommern verbringt, setzt samt Anreise mit dem Auto, Unterkunft und Freizeitaktivitäten etwa 850 kg Kohlendioxid frei. Durch den Kauf einer Aktie in Höhe von zehn Euro kann ein Hartholzbaum gepflanzt und gepflegt werden, der die im Urlaub von einer vierköpfigen Familie verursachten Kohlendioxid-Emissionen ausgleicht.

▷ www.waldaktie.de

Energiesparmeister 2008 gesucht

□ Die Sendung ZDF. *umwelt* und die vom Bundesumweltministerium geförderte Kampagne „Klima sucht Schutz“ suchen zum vierten Mal Energiesparmeister, die nachweislich ihre Energie- und CO₂-Bilanz verbessert haben – ob mit Gebäudedämmung, stromeffizienten Haushaltsgeräten, verändertem Heiz- und Reiseverhalten oder einfach mit einer guten Idee. Die Gewinner erhalten Geld- und Sachpreise in Höhe von insgesamt 50.000 Euro. Am 4. April 2008 ist Bewerbungsschluss.

▷ www.klima-sucht-schutz.de/energiesparmeister

Klimawandel mal anders

□ Das neue Buch des Baumfachmannes Harald Vieth aus Hamburg ist kein weiteres wissenschaftliches Werk, wenngleich es natürlich die neuesten Erkenntnisse der Klimaforscher berücksichtigt. Die vielen Karikaturen und Fotos sowie die ausführlichen Informationen und Anregungen fordern zum Weiterlesen auf und machen das Buch auch für Schulen geeignet.

▷ www.viethverlag.de

Europaweiter „Tag der Sonne 2008“

□ Am 16. und 17. Mai findet in vielen Ländern Europas der „Tag der Sonne“ statt. Die Aktion startete 2001 in Österreich, zwei Jahre später folgte die Schweiz. Das Datum ist ein guter Anlass, um Energiethemata an der Schule aufzugreifen. In der Schweiz werden teilnehmende Schulen kostenlos mit Informationsmaterial, Plakaten, T-Shirts und Luftballons unterstützt, außerdem sind Solar-Unterrichtshilfen im Internet-Lehrercenter zu finden. In Deutschland ruft das Bundesumweltministerium zur „Woche der Sonne“ vom 16. bis 25. Mai alle Handwerker, Solarvereine, Kommunen, Anlagenbetreiber, Schulen und weitere Solarakteure auf, sich mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen.

▷ www.solarwaerme.at/Aktionstag
▷ www.swissolar.ch/?404
▷ www.woche-der-sonne.de

Klima-Schulpartnerschaft mit Usbekistan

□ SchülerInnen aus Bonn und Buchara in Usbekistan haben in den letzten zwei Jahren in dem Projekt „Schools Partnership to Improve Conservation of Energy“ (SPICE) zusammengearbeitet. Das EU-geförderte Projekt will pädagogische und praktische Beiträge zum Klimaschutz leisten. Es wurden Lehr- und Informationsmaterialien erarbeitet, eine Webseite erstellt und eine Unterrichts-DVD in deutscher und russischer Sprache entwickelt. Außerdem wurden an beiden Schulen Energiesparmaßnahmen durchgeführt.

▷ www.spice.bonn.de, www.spice.buchara.ws

Partnerschulen an BP-Standorten

□ Seit 2005 arbeitet die Deutsche BP AG mit Schulen zusammen, insbesondere an den großen Unternehmensstandorten Bochum, Gelsenkirchen und Hamburg. Zu den Angeboten des Energiekonzerns gehören Führungen, Bewerbertrainings, Informationen über Klimawandel und Diskussionen mit Experten über Energieversorgung und Nachhaltigkeit. Angeboten werden eine kostenlose Klima-CD, Lehrmaterialien sowie ein CO₂-Rechner, mit dessen Hilfe der CO₂-Fußabdruck des Klassenzimmers oder der gesamten Schule ermittelt werden kann. Inzwischen gibt es 19 Partnerschulen.

▷ www.deutschebp.de (Suche: „Schule“)

Vattenfall startete Klimaakademie für Schulen

Rund 100 Schulen in Berlin, Hamburg und der Lausitz sind als Sieger aus einem Bewerbungsverfahren hervorgegangen und dürfen in diesem Frühjahr an der „Klimaakademie“ des Energiekonzerns Vattenfall teilnehmen. Dabei fährt ein großer, gelber Infobus zu Aktionstagen in die Schulen und führt Unterricht durch. Die Klimaakademie bietet auch Lehrerfortbildungen zum Thema Klimaschutz und Energieeffizienz an und erstellt Maßnahmenpakete zur Energie- und Kosteneinsparung. Für Berliner SchülerInnen ab der Klassenstufe

sieben gibt es einen Kreativwettbewerb zum Thema „Klima Prima?“

In Brandenburg übten Umweltverbände und Oppositionsparteien dagegen harte Kritik: In einem solchen Unterricht sei eine objektive Auseinandersetzung zum Thema Braunkohle und Klimaschutz nicht möglich. Der Konzern wolle nur sein schlechtes Image reinwaschen, da er seine Energie fast vollständig aus fossilen Energieträgern gewinne und erheblich zu den negativen Klimafolgen beitrage. Vattenfall wies die Vorwürfe zurück.

- ▷ www.vattenfall.de (Suche: „Klimaakademie“)
- ▷ www.klima-luegendetektor.de/2008/02/08

Firma Sharp besucht japanische Schulen

Das Elektronikunternehmen Sharp baut sein Engagement in japanischen Grundschulen aus. Rund 30.000 Kinder aus 315 Schulen nahmen letztes Jahr von März bis Oktober an Umweltbildungsprogrammen teil. Die Veranstaltungen werden gemeinsam mit der japanischen Nichtregierungsorganisation Weather Caster Network durchgeführt. Die Kooperation besteht bereits seit mehreren Jahren.

- ▷ www.japanfs.org/db/1981-e

WEITERBILDUNG

Kommunale KlimaschutzexpertIn

Das Klimabündnis Österreich hat gemeinsam mit dem Lebensministerium und weiteren Organisationen einen europaweiten Lehrgang zur Ausbildung von kommunalen Klimaschutz-ExpertInnen geschaffen. Er findet von April bis Oktober 2008 in Linz und Salzburg statt und richtet sich an Umwelt- und andere GemeinderätInnen, Klimabündnisbeauftragte und sonstige Interessierte. Sie sollen mit den Grundlagen der nationalen und internationalen Klimapolitik vertraut gemacht werden.

- ▷ www.oneworld.at/root/start.asp?ID=16341
- ▷ www.doku.cac.at/informationen_zum_lehrgang.pdf

Renewable Energy Management

Der neue internationale Masterstudiengang „Renewable Energy Management“ verknüpft erstmals eine breite Qualifikation in allen Disziplinen Erneuerbarer Energien mit der Vertiefung in einer Disziplin und einer breiten Ausbildung im Management Erneuerbarer Energien. Der Studiengang REM wird ab dem Wintersemester 2008/2009 von der Universität Freiburg angeboten.

- ▷ www.rem.uni-freiburg.de

Herzschlag der Natur

Die modulare Weiterbildung „Herzschlag der Natur“ hilft Menschen in pädagogischen und therapeutischen Berufen sowie Interessierten mit Begeisterung für die Welt der Heilpflanzen, die eigene „Wiederverwurzelung“ in der Natur zu betreiben und den Herzschlag der Natur wieder zu vernehmen. Themen sind Geschichte von Heilpflanzen, Bestimmungsübungen, Anwendungen und Energie. Der Einstieg ist jederzeit möglich, die anderthalbtägigen Seminare finden in der Biologischen Station Haus Bürgel bei Düsseldorf statt.

- ▷ Naturräume, Susanne Stahlschmidt, Tel. +49 (0)234 / 9048562, suse@naturtraeume.net

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

03./04.04., Hamburg (D)

Energie erleben! Projekt-Tipps für ErzieherInnen
▷ www.uport-hh.de/?id=159&master_id=5864

05.04., Neusath-Perschen / Bayern (D)

Auftakt zur Wasserkampagne 2008 und Verleihung der Marke Umweltbildung
▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

08.04., Bad Oldesloe (D)

Klimawandel und Klimaschutz in Umweltbildung und Schule
▷ www.umweltakademie-sh.de

10.04., Hamburg (D)

Schülerfirmen als Methode der BNE?
▷ www.anu-hamburg.de

10.04., Stuttgart (D)

Heimat und Natur. Gegen die Wissenserosion
▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

16.04., Dortmund (D)

Runder Tisch Umweltbildung. Mit ANU NRW
▷ www.nua.nrw.de

24.04., München (D)

Der rote Faden zum Erfolg. Methodik in der Umweltbildung/BNE
▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

25.-27.04., Nationalpark Bayerischer Wald (D)

Wald und Märchen. Freies Erzählen in Verbindung mit Naturerfahrung
▷ www.waldzeit.de

26.04., Dortmund (D)

Kinder brauchen Naturerfahrung
▷ www.nua.nrw.de

26./27.04., Hamburg (D)

Primitive Wildnisküche. Seminar
▷ www.jordsand.de/termine

01.05., Dresden (D)

Marketing für Umweltbildung in Sachsen
▷ www.lanu.de

01.-04.05., Bonn (D)

Kindergipfel zur biologischen Vielfalt
▷ www.naturfreundejugend.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de